

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Ressourcenreichtum: Fluch oder Segen?“

Verfasserin

Carina Ille

angestrebter akademischer Grad

Magistra (Mag.)

Wien, 2014

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 057 390

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Individuelles Diplomstudium Internationale Entwicklung

Betreuer:

Dr. Arno Tausch , Privatdoz.

Danksagungen

Eine Arbeit schreibt sich nicht alleine. Deshalb möchte mich an dieser Stelle bei all jenen Menschen bedanken, die mich im Laufe meines Studiums und in schwierigen Zeiten motiviert und unterstützt haben.

Für wichtige Anregungen und hilfreiche Inputs danke ich besonders meinem Diplomarbeitsbetreuer Dr. Arno Tausch.

Carina Ille

INHALTSVERZEICHNIS:

1	Einleitung	1
1.1	Erkenntnisinteresse	1
1.2	Fragestellungen	1
1.3	Aufbau der Arbeit	2
1.4	Methoden	3
2	Allgemeine Theorien	5
2.1	Eine Theorie der Gerechtigkeit nach John Rawls	5
2.1.1	Aufgabe der Gerechtigkeitstheorie	5
2.1.2	Gegenstand der Gerechtigkeitsgrundsätze	6
2.1.3	Gerechtigkeit als Fairness	6
2.1.4	Der Urzustand	7
2.1.5	Inhalt der Gerechtigkeitsgrundsätze	9
2.1.6	Gerechtigkeit versus Gleichheit	10
2.2	Die Idee der Gerechtigkeit nach Amaratya Sen	10
2.2.1	Armut als Mangel an Chancen	14
2.2.2	Entwicklung als Freiheit	15
3	Entwicklungstheorien	17
3.1	Der Entwicklungsbegriff	17
3.2	Auszüge aus der Theorie des ökonomischen Wachstums nach William Arthur Lewis	18
3.2.1	Freiheit der Märkte	18
3.2.2	Spezielle Probleme wirtschaftlicher Institutionen: die Organisation der Landwirtschaft	20
3.2.3	Kapitalschaffung: Finanzierung durch ausländisches Kapital	21
3.3	Dependenztheorie	23
3.3.1	Peripherer Kapitalismus nach Dieter Senghaas	24
3.3.2	Die Entwicklung der Unterentwicklung nach Andre Gunder Frank	26
3.3.3	Dependenztheorie und nicht-lateinamerikanische Entwicklungstheorien	29
3.4	Exkurs: Die peruanische Wirklichkeit nach José Carlos Mariátegui	30

3.4.1	Abriss der wirtschaftlichen Entwicklung	31
3.4.2	Das Bodenproblem	37
4	Kapitalistische Verhältnisse Nord-Süd	51
4.1	Nord-Süd-Beziehungen	51
4.1.1	Rohstoffreichtum, Rente und ungleiche Spezialisierung	53
4.2	Ausbeutung und die „Entwicklung der Unterentwicklung“	55
5	Reichtum messen	58
5.1	Reichtum im weltweiten Vergleich	58
5.2	Reichtum bewerten	61
5.3	Methoden zur Bewertung von Kapital	62
5.4	Weitere Indikatoren zur Beurteilung von Reichtum	64
5.4.1	Natürliche Ressourcen und Entwicklung	64
5.4.2	Politik und Institutionen	65
5.4.3	Sparen und Investitionen	65
5.4.4	Fiskalpolitik und Umfassender Reichtum	66
5.5	Kernaussagen zu Reichtum	67
6	Rohstoffreichtum	69
6.1	Wem gehören die Ressourcen?	73
6.2	Soziale und ökologische Folgen der Rohstoffgewinnung	75
6.3	Das Debakel der internationalen Rohstoffpolitik	77
6.3.1	Aus dem Fluch einen Segen machen?	78
7	Fallbeispiele	80
7.1	Afrika – ein Überblick	80
7.1.1	Abhängigkeit und Unterentwicklung in Afrika	80
7.1.2	Der neue Wettlauf nach Afrika	81
7.1.3	Afrika im Weltkapitalismus	85
7.2	Die Rohstoffökonomie in Botswana	92
7.3	Nigeria: Reich und doch arm	94
8	Zusammenfassung der Ergebnisse	97
9	Literaturverzeichnis	103

10	Anhang	110
10.1	Tabellenverzeichnis	110
10.2	Abbildungsverzeichnis	111
10.3	Abstract – <i>Englisch</i>	112
10.4	Abstract – <i>Deutsch</i>	113
10.5	Lebenslauf	115

1 EINLEITUNG

1.1 Erkenntnisinteresse

Im Rahmen einer Lehrveranstaltung im Laufe meines Studiums bin ich auf die Problematik von Rohstoffen gestoßen. Im Zuge der näheren Beschäftigung mit dem Thema habe ich herausgefunden, dass diese Problematik sehr viele Bereiche in Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur sowie in der Wissenschaft beinhaltet. Da es ein Thema ist, das weit in die Vergangenheit zurück reicht, spielt auch der geschichtliche Hintergrund eine maßgebliche Rolle. Jedoch muss man in diesem Zusammenhang erwähnen, dass die Rohstoffproblematik eher einer jüngeren Thematisierung angehört.

Nichts desto trotz wird der Reichtum an Rohstoffen in bestimmten Ländern zunehmend zum Thema, mit dem sich Politik, Wirtschaft und Wissenschaft auseinander setzen. Viele Entwicklungsländer sind reich an Rohstoffen, wie verschiedenen Metallen, Erdöl oder Bodenschätzen. Dieser Reichtum könnte für Entwicklung und Wohlstand stehen, jedoch herrscht in vielen dieser Länder trotz größter Bemühungen Armut. Nun habe ich mir die Frage gestellt, welche Auswirkung der Rohstoffreichtum in den Entwicklungsländern hat? In wie weit Rohstoffe entwicklungsfördernd sein können? Angesichts dieser Tatsachen, dass viele Länder nach wie vor mit Armut kämpfen, stellt sich die Frage ob es eventuell Alternativen zum derzeitig herrschenden Wirtschaftssystem gibt, welches vorrangig nach Wohlstand strebt?

Damit die Arbeit nicht zu umfangreich wird, habe ich beschlossen, mich auf die Region Afrika zu beschränken. Hierbei soll je ein positives und ein negatives Beispiel genannt werden, um zu zeigen, dass Ressourcenreichtum sowohl ein Segen als auch ein Fluch sein kann.

1.2 Fragestellungen

Wie der Titel bereits verrät ist die übergeordnete Frage:

Ist Ressourcenreichtum ein Fluch oder ein Segen?

Dies soll anhand von Beispielen geklärt werden und daher ergeben sich folgende Subfragen:

1. Wie sehen die Beziehungen zwischen Entwicklungsländern und entwickelten Ländern aus? Welche Ausbeutungsverhältnisse bestehen in diesem Zusammenhang? Welche Rolle spielen die Ausbeutungsverhältnisse für rohstoffreiche Länder?
2. Wie und woran kann man (Ressourcen)Reichtum messen und welche Auswirkungen kann Ressourcenreichtum haben?
3. Wie sehen die Ausbeutungsverhältnisse im Bezug auf Rohstoffe in Afrika aus?
4. Ist Afrika, als rohstoffreicher Kontinent, überhaupt in der Lage sich zu entwickeln, wenn diese aufgrund der herrschenden Ausbeutungsverhältnisse von den Industrieländern „beraubt“ bzw. ausgebeutet werden?

1.3 Aufbau der Arbeit

In einem ersten Schritt wird zunächst auf die allgemeinen Theorien, insbesondere auf Gerechtigkeitstheorien, eingegangen werden. Hierbei wird zunächst die „Theorie der Gerechtigkeit“ von John Rawls erklärt, welche Aufgabe diese verfolgt und welche Inhalte diese hat. Daran anschließend folgt eine Erklärung des Werkes „Die Idee der Gerechtigkeit“ von Amartya Sen, welcher sich in seiner Arbeit auf Rawls bezieht, aber ihn auch kritisiert. Dieser Abschnitt soll einen Einblick darin geben, was Gerechtigkeit bedeutet und was dafür notwendig ist.

Im zweiten Teil werden neben einer kurzen Erklärung des Entwicklungsbegriffs, Entwicklungstheorien (vor allem die Dependenztheorie) näher erläutert. Hier finden sich Ausschnitte aus der „Theorie des ökonomischen Wachstums“ von William Arthur Lewis, der bereits Mitte des 20. Jahrhunderts die ungleichen Entwicklungen in den verschiedenen Ländern thematisiert hat. Im Abschnitt der Dependenztheorie finden sich die Schriften von Dieter Senghaas, Andre Gunder Frank, sowie die von Samir Admin wieder. All diese Theoretiker beschäftigen sich mit der Frage nach Abhängigkeit und der daraus resultierenden „Entwicklung der Unterentwicklung“. Daran anschließend werden noch zwei Essays von José Carlos Mariátegui vorgestellt. Mariátegui ist quasi ein Vorreiter der Dependenztheorie und stellt die schon lange bestehende Problematik der Ausbeutung anhand des Beispiels Peru fest.

Des Weiteren werden im nächsten Kapitel die kapitalistischen Verhältnisse zwischen dem globalen Norden und dem globalen Süden näher betrachtet. Hier geben vor allem die Schriften von Hartmut Elsenhans Aufschluss darüber, in welcher Beziehung Nord und Süd zueinanderstehen.

Nach dem theoretischen Teil folgt der quantitative Teil, indem es darum geht wie und woran Reichtum überhaupt gemessen werden kann. Es werden einige Indikatoren vorgestellt. Zudem soll in einem weltweiten Vergleich verschiedener Faktoren gezeigt werden, wie sich die unterschiedlichen Kapitalanteile (natürliches, produziertes und immaterielles Kapital) aufteilen.

Weiters wird, wie bereits teilweise zuvor, der Rohstoffreichtum problematisiert. Hier geht es in erster Linie um die Frage: Ist Rohstoffreichtum nun ein Fluch oder ein Segen? Es werden aber auch die sozialen und ökologischen Folgen der Rohstoffgewinnung sowie die internationale Rohstoffpolitik thematisiert.

Im vorletzten Punkt geht es nun um die Konkretisierung des Themas anhand des Fallbeispiels Afrika. Nachdem ein allgemeiner Überblick über die derzeitige Lage im Bezug auf Rohstoffe in Afrika gegeben wurde, wird auf der einen Seite die Rohstoffökonomie in Botswana (Positivbeispiel) und auf der anderen Seite die Ausbeutung der Rohstoffe in Nigeria (Negativbeispiel) näher betrachtet.

Abschließend ziehe ich in einer Conclusio noch ein Fazit über die Arbeit, wobei die wichtigsten Punkt noch einmal aufgegriffen und zusammengefasst werden.

1.4 Methoden

Als Methode wurde vorrangig die Literaturrecherche gewählt, zu dieser aber gegen Ende der Arbeit quantitative Ergebnisse mit einbezogen werden. Die Einschlusskriterien hierfür waren wissenschaftliche Bücher, Fachzeitschriften, Fachbücher, Nachschlagewerke und Lexika, aber auch seriöse Internetartikel.

Es wurde hierfür an den Bibliotheken der Universität Wien, der Arbeiterkammer Wien und der Österreichischen Forschungsförderung für Internationale Entwicklung recherchiert.

Der Zeitraum der Literatur wurde nicht begrenzt, da für die Darstellung des Themas auch ältere Literatur notwendig ist.

Für die quantitative Forschung wurden Datenbanken der Weltbank, des Internationalen Währungsfonds, der Welthandels- und Entwicklungskonferenz, der Welthandelsorganisation und der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe verwendet.

2 ALLGEMEINE THEORIEN

2.1 Eine Theorie der Gerechtigkeit nach John Rawls

Rawls zentraler Gedanke in seinem Werk „Eine Theorie der Gerechtigkeit“ ist das Verständnis von Gerechtigkeit als Fairness. Er verwendet hierbei ein Gedankenexperiment: er schafft eine hypothetische Situation, in der Menschen, welche ihre künftig gesellschaftliche Stellung noch nicht kennen, gemeinsam die Grundsätze für ihr Zusammenleben definieren. Er nennt es den „*Schleier der Unwissenheit*“, welcher zu Folge hat, dass die einzelnen Interessen und Einflussnahmen keinerlei Auswirkungen auf die Entscheidungen der Menschen haben. So kann (zumindest theoretisch) garantiert werden, dass sich auch die Interessen durchsetzen, welche alle Menschen teilen. Obwohl Rawls lediglich aufzeigt, unter welchen Bedingungen eine gerechte Gesellschaft möglich wäre, so wird deutlich, dass er „Eine Theorie der Gerechtigkeit“ ebenso als Kritik an den Staaten des real existierenden Sozialismus verfasst hat. Diese nahmen nämlich den alten Menschheits Traum einer gerechten Gesellschaft realisiert zu haben, für sich in Anspruch. Rawls Theorie schreibt aber nicht den Einzelnen vor, wie eine gerechte Ordnung bzw. die Gesellschaft auszusehen hat, sondern die Individuen legen die Grundsätze dieser aus freien Stücken fest. Der Autor versucht individuelle Freiheit und soziale Gerechtigkeit als gleichwertige Stützen der modernen Gesellschaft zu verstehen (vgl. Hüther 2006: 270).

2.1.1 Aufgabe der Gerechtigkeitstheorie

In der Gerechtigkeitstheorie geht es darum, Grundsätze der sozialen Gerechtigkeit zu finden, welche einerseits „*die Zuweisung von Rechten und Pflichten in grundlegenden Institutionen der Gesellschaft ermöglichen und [...] die richtige Verteilung der Früchte und der Lasten der gesellschaftlichen Zusammenarbeit*“ (Rawls 2003: 20f) festlegen. Es wird davon ausgegangen, dass die Grundsätze gerecht sein müssen. Ungerechte Gesetze und Institutionen müssen demnach entweder überarbeitet oder aufgegeben werden. (vgl. Rawls 2003: 20f; vgl. Schroth o.J.).

2.1.2 Gegenstand der Gerechtigkeitsgrundsätze

Die Gerechtigkeitsgrundsätze beziehen sich auf die wichtigsten gesellschaftlichen Institutionen, Grundrechte, sowie Grundpflichten. Aber auch die Ergebnisse, die in der Zusammenarbeit der Gesellschaft entstehen, spielen in hierbei eine wichtige Rolle (vgl. Rawls 2003: 23; vgl. Schroth o.J.).

Unter den wichtigsten Institutionen versteht Rawls (2003: 23): *„die Verfassung und die wichtigsten wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse“*. Dazu gehören die gesetzliche Sicherung der Gedanken- und Gewissensfreiheit, Märkte mit Konkurrenz, das Privateigentum an den Produktionsmitteln und die monogame Familie. Insgesamt werden die gesellschaftlichen Rechte und Pflichten von den Institutionen festgelegt. Das führt dazu, dass diese quasi bestimmen, wie es den Menschen geht und was aus ihnen werden kann. Dies ist daher *„Hauptgegenstand der Gerechtigkeit“*, da deren Auswirkungen von Beginn an einen gravierenden Einfluss haben (vgl. ebd.: 23).

2.1.3 Gerechtigkeit als Fairness

Die Gerechtigkeitsgrundsätze *„sind diejenigen Grundsätze, die freie und vernünftige Menschen in ihrem eigenen Interesse in einer anfänglichen Situation der Gleichheit zur Bestimmung der Grundverhältnisse ihrer Verbindung annehmen würden. Ihnen haben sich alle weiteren Vereinbarungen anzupassen; sie bestimmen die möglichen Arten der gesellschaftlichen Zusammenarbeit und der Regierung. Diese Betrachtungsweise der Gerechtigkeitsgrundsätze nenne ich Theorie der Gerechtigkeit als Fairneß.“* (Rawls 2003: 28)

Gerechtigkeit als Fairness, wie es Rawls nennt, aber auch andere Gesellschaftsvertragstheorien haben bestimmte Voraussetzungen. Zum einen besteht sie in der Präzisierung des Urzustandes sowie des Entscheidungsproblems und zum anderen in einem sogenannten Grundsatzsystem, welches von der Gesellschaft angenommen würde. Diese beiden Voraussetzungen können auch unabhängig voneinander akzeptiert werden. Aus diesen Annahmen schließt der Autor auf Gerechtigkeitsgrundsätze, die *„dem Utilitarismus und dem Perfektionismus entgegengesetzt sind“* (ebd.: 32f).

2.1.4 Der Urzustand

Die Bezeichnung „*Gerechtigkeit als Fairness*“ geht von dem Grundgedanken aus, dass die Gerechtigkeitsgrundsätze in einem fairen Ausgangszustand beschlossen werden (Rawls 2003.: 29). Der Urzustand, eben dieser faire Ausgangszustand, gewährleistet, dass die grundsätzlichen Vereinbarungen fair sind (ebd.: 34). Dieser Urzustand „*ist eine hypothetische Situation*“ (Schroth o.J.) und ist durch folgende Grundvoraussetzungen gekennzeichnet:

1. Gleichheit

Im Urzustand sind alle Menschen gleich, d. h. es besteht für jeden Mensch das gleiche Recht bei der Wahl der Grundsätze. Es können ebenso Vorschläge gemacht und Gründe dafür vorgebracht werden. Aufbauend auf dieser Basis sollen die Gleichheit zwischen den Menschen als Individuen darstellen und eine Vorstellung von ihrem eigenen Wohl und Gerechtigkeitssinn haben. Hierbei wird ebenso der Gleichheitsgrundsatz herangezogen (vgl. Rawls 2003: 36f).

2. Gerechtigkeitssinn und Verbindlichkeit der Grundsätze

Diese Voraussetzung soll sicherstellen, dass die Regeln der Gerechtigkeitsgrundsätze eingehalten werden. Unter allen Beteiligten soll der Sinn von Gerechtigkeit vorhanden sein. Damit soll gewährleistet werden, dass sich alle Beteiligten aufeinander verlassen können und jeder die Grundsätze versteht, nach ihnen agiert und sie auch einhält. Der Gerechtigkeitssinn sorgt demnach dafür, dass die Grundsätze ernstgenommen werden (vgl. ebd.: 168f).

3. Schleier des Nichtwissens

Es besteht die Annahme, dass den Beteiligten bestimmte einzelne Tatsachen nicht bekannt sind. Insbesondere weiß niemand welchen Platz, welche Klasse oder welchen Status er oder sie in der Gesellschaft einnimmt. Genauso kennt keiner seine natürlichen Gaben, seine Intelligenz oder seine Körperkraft. Im weiteren Sinne besteht auch ein Unwissen über das Gute oder Böse in einem Lebenszyklus. Das bedeutet, dass keiner über die bestimmten Verhältnisse der eigenen Gesellschaft Bescheid weiß. Die wirtschaftliche und politische Lage sowie der Entwicklungsstand der eigenen Gesellschaft sind demnach völlig unbekannt (vgl. Rawls 2003: 160).

Daraus ergibt sich, dass den Beteiligten im Urzustand gewisse Informationen fehlen, und somit niemand die Gerechtigkeitsprinzipien auf seine eigenen Umstände entsprechend anpassen kann (vgl. Schroth o.J.).

Zudem sind allgemeiner Tatsachen erlaubt. Sie ergeben sich so Rawls (2003: 160), „aus dem Alltagsverstand und allgemein anerkannten Analysemethoden“.

Die Menschen im Urzustand verstehen demnach politische Fragen, die grundlegende Wirtschaftstheorie, die gesellschaftliche Organisation sowie die Gesetze der menschlichen Psychologie. Es sind also jene allgemeinen Tatsachen bekannt, die zur Festlegung von Gerechtigkeitsgrundsätzen wichtig sind. Im Bezug auf das allgemeine Wissen gibt es also keine Beschränkung, da die Gerechtigkeitsvorstellungen ja das Ergebnis der gesellschaftlichen Zusammenarbeit darstellen (vgl. Rawls 2003: 160f).

4. Vernünftigkeit

Es wird davon ausgegangen, dass die Menschen im Urzustand vernünftig sind (Schroth o.J.). Dieser nimmt seine Möglichkeiten aufgrund seines widerspruchsfreien Systems von Privilegien wahr. Sie werden je nach Nutzen und Wichtigkeit eingereiht. Hier wird dem Plan gefolgt, der die meisten seiner Wünsche erfüllt oder besonders gute Aussicht auf eine erfolgreiche Umsetzung ermöglicht. Rawls geht auch zusätzlich davon aus, dass „ein vernunftgeleiteter Mensch keinen Neid kennt“, und somit auch ein gewisses Maß an Desinteresse vorliegt (vgl. Rawls 2003: 166-168; vgl. Schroth o.J.)

5. Die gesellschaftlichen Grundgüter

Grundgüter sind nach Rawls Dinge, von denen man annehmen kann, dass sie ein vernunftgeleiteter Mensch haben möchte, egal was er vielleicht sonst haben könnte. Zudem besteht die Vorstellung, dass es unterschiedliche Dinge gibt, wovon der Mensch lieber mehr haben möchte. Das würde nämlich bedeuten, dass derjenige der mehr hat, auch mehr Erfolg genießt.

Zu den wichtigsten gesellschaftlichen Grundgütern zählen: Rechte, Freiheiten, Chancen, Einkommen und Vermögen sowie Selbstwertgefühl. Diese Güter sind allgemeine, gesellschaftliche Grundgüter, da sie mit der Grundstruktur in Verbindung stehen. Freiheit und Chancen, aber auch die Einkommens- und Vermögensverteilung werden

beispielsweise durch die Regeln der wichtigen Institutionen bestimmt (vgl. Rawls 2003: 112f).

2.1.5 Inhalt der Gerechtigkeitsgrundsätze

„Erster Grundsatz:

Jedermann hat gleiches Recht auf das umfangreichste Gesamtsystem gleicher Grundfreiheiten, das für alle möglich ist.

Zweiter Grundsatz:

Soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten müssen folgendermaßen beschaffen sein:

(a) sie müssen unter der Einschränkung des gerechten Spargrundsatzes den am wenigsten Begünstigten den größtmöglichen Vorteil bringen, und

(b) sie müssen mit Ämtern und Positionen verbunden sein, die allen gemäß fairer Chancengleichheit offenstehen.

Erste Vorrangregel (Vorrang der Freiheit):

Die Gerechtigkeitsgrundsätze stehen in lexikalischer Ordnung; demgemäß können die Grundfreiheiten nur um der Freiheit willen eingeschränkt werden, und zwar in folgenden Fällen:

(a) eine weniger umfangreiche Freiheit muß das Gesamtsystem der Freiheiten für alle stärken;

(b) eine geringere als gleiche Freiheit muß für die davon Betroffenen annehmbar sein.

Zweite Vorrangregel (Vorrang der Gerechtigkeit vor Leistungsfähigkeit und Lebensstandard):

Der zweite Gerechtigkeitsgrundsatz ist dem Grundsatz der Leistungsfähigkeit und Nutzenmaximierung lexikalisch vorgeordnet; die faire Chancengleichheit ist dem Unterschiedsprinzip vorgeordnet, und zwar in folgenden Fällen:

(a) eine Chancen-Ungleichheit muß die Chancen der Benachteiligten verbessern;

(b) eine besonders hohe Sparrate muß insgesamt die Last der von ihr Betroffenen mildern.“ (Rawls 2003: 336f)

Rawls geht davon aus, dass die Gerechtigkeitsgrundsätze und Vorrangregeln bestimmt nicht vollständig sind, jedoch möchte er diese auch nicht verkomplizieren und ist der Meinung, dass diese in vielen Fällen durchaus vernünftig scheinen würden (vgl. ebd. 337).

2.1.6 Gerechtigkeit versus Gleichheit

Wichtig ist in diesem Zusammenhang anzumerken, dass Gleichheit nicht per se Gerechtigkeit bedeutet. Gleichheit bezieht sich auf der einen Seite auf die Verteilung von Gütern in einer Gesellschaft und auf der anderen Seite auf den Zugriff darauf. Auf der anderen Seite beschreibt der Begriff in der Debatte, die Gleichheit vor dem Gesetz, also wer welche Möglichkeiten der Partizipation und Mitbestimmung in der Gesellschaft hat. Eine Gleichverteilung, also jeder hat den gleichen Zugang zu bestimmten Ressourcen und eine Gleichberechtigung, jeder kann in gleichem Umfang auf die Ressourcen zugreifen, ist nicht gleichbedeutend mit dem Gerechtigkeitsbegriff. In einer Gesellschaft muss es eine Einigung darüber geben, welche Ressourcen elementar sind und deren Zugang geregelt werden soll. Hierbei kommt die Gerechtigkeitstheorie von Rawls zum Tragen, da deren Hauptkriterium lautet, dass jede faktische Ungleichheit auch weniger Privilegierten mehr Vorteile bieten müsse als strikte Gleichheit (vgl. Nolte 2005: 19f; vgl. Fiechtner et al. 2013: 16).

2.2 Die Idee der Gerechtigkeit nach Amartya Sen

„Die Idee der Gerechtigkeit“ ist das Hauptwerk von Amartya Sen zum Thema Gerechtigkeit, in dem er vor allem auf die „Theorie der Gerechtigkeit“ von Rawls eingeht. Indem er versucht „Gerechtigkeit“ zu umfassen, steckt er jedoch den Rahmen dafür weiter. Denn für Sen ist Gerechtigkeit eine regulative Theorie, und eine Theorie der Gerechtigkeit muss seiner Meinung nach eine Theorie über die praktische Funktion dieser Idee für kollektive Entscheidungen sein (vgl. Neuhäuser 2013: 91). Er geht in seinem Ansatz von zwei sich unterscheidenden Traditionen aus: die erste Tradition nennt er den *„transzendentalen Institutionalismus“*, wo neben Thomas Hobbes, John Locke, Jean-Jacques Rousseau und Immanuel Kant auch John Rawls rein fällt. Dies ist die Tradition, welche Sen ablehnt, obwohl sie heutzutage (nach Rawls „Theorie der Gerechtigkeit“) die unter den Philosophen gängigste Form der Gerechtigkeitstheorie darstellt. Dieser Ansatz macht ideale Institutionen zum Maßstab der Gerechtigkeit (vgl. Sen 2010: 33). Auf der anderen Seite steht die Tradition, welche er als *„auf Verwirklichung konzentrierten Vergleich“* bezeichnet. Ihr gehören verschiedene Gerechtigkeitstheoretiker an, wie Adam Smith, Marquis de Condorcet, Jeremy Bentham, Mary Wollstonecraft, Karl Marx, John Stuart Mill und Amartya Sen selbst an

(Neuhäuser 2013: 91f). Dieser Ansatz richtet sich auf die soziale Verwirklichung, das bedeutet, auf die Wirkung tatsächlicher Institutionen, tatsächlichen Verhaltens und anderer Einflüsse. Der Abstand zwischen den beiden Traditionen bzw. Ansätzen ist nicht gerade von geringem Ausmaß. Zudem ist zu erwähnen, dass sich die derzeitige politische Philosophie in ihren Untersuchungen zur Theorie der Gerechtigkeit vorwiegend an die erste Tradition hält, so auch John Rawls (Sen 2010: 36).

In seinen theoretischen Bemühungen zur Idee der Gerechtigkeit geht es Sen vornehmlich um die Überwindung konkreter Ungerechtigkeiten. Als Orientierung zur Überwindung konkreter Ungleichheiten ist der transzendente Institutionalismus eine komplett unzweckmäßige und der auf Verwirklichung konzentrierte Vergleich eine wesentlich besser geeignete Gerechtigkeitstheorie (Neuhäuser 2013: 92). Er spricht sich vor allem gegen zwei allgemeine Argumente des transzendentalen Institutionalismus aus: Zum einen gelingt es diesem Ansatz nicht angemessen mit dem vernünftigen Pluralismus unterschiedlicher Werthaltungen umzugehen und diesen in seiner Theoriekonstruktion systematisch zu berücksichtigen. Zum anderen, was Sen für wichtiger hält, kann dieser Ansatz keine sinnvollen Antworten auf die praktische Frage, in welche Richtung ein ungerechter Zustand verbessert werden solle, geben. Der erste Einwand basiert auf der Annahme, dass in einer vernunftgeleiteten Auseinandersetzung eine vollständige Übereinkunft über das richtige Verständnis von Gerechtigkeit nicht gewährleistet werden kann. Eher ist es denkbar, dass es viele vernünftige Meinungsverschiedenheiten über die Grundsätze der Gerechtigkeit und ihr Verhältnis gibt (vgl. Sen 2010: 39-41). Das gilt auch für die, angeblich auf einem vernünftigen Konsens beruhende, Gerechtigkeitstheorie von Rawls. Hier argumentiert Rawls damit, dass in dem sogenannten Urzustand alle Parteien die beiden Gerechtigkeitsgrundsätze wählen würden. Amartya Sen bezweifelt aber diese angebliche Eindeutigkeit (vgl. Neuhäuser 2013: 92f).

Hierbei argumentiert Sen so, dass wenn es nicht einmal auf einer sehr abstrakten Ebene unter Voraussetzung von Unparteilichkeit und vorurteilsfreier Überprüfung nicht möglich ist, eine Einigung über einen allgemeingültigen Standpunkt zu erreichen, dann müsse man eventuell nach einem alternativen Ansatz suchen (ebd.: 94). Demnach müsse es keinen absoluten Maßstab und keine Kenntnis eines vollkommen gerechten Zustands geben, ebenso wie hierbei keine Rangordnung von Nöten ist. (Sen 2010: 44).

Stattdessen sind Theorien der kollektiven Entscheidung und der Sozialwahl wichtig, die dabei helfen, zwischen zwei Alternativen zur Beseitigung von Ungerechtigkeiten entscheiden zu können. Das alles müsse aber, so Sen, auf Grundlage der tatsächlichen Werte und Prioritäten der betroffenen Personen passieren. Warum sich gerechtigkeitstheoretische Überlegungen auch nicht auf die Auswahl von Institutionen und idealen Regeln beschränken sollten. Es müsse also immer um die tatsächlichen Freiheiten und Fähigkeiten der Menschen gehen. Was es dann bedeutet, sich für die Gerechtigkeit einzusetzen und wie es sich dann auswirkt, ergibt sich praktisch gesehen, aus der Situation. Genau diese praktische Orientierung spielt für Sen eine wichtige Rolle und beschreibt für ihn die Überlegenheit eines auf Verwirklichung konzentrierten Vergleichs gegenüber einem transzendentalen Institutionalismus (Neuhäuser 2013: 94f). Konkret kritisiert Sen hier an Rawls, dass er sich im Bezug auf die Gerechtigkeitsprinzipien, auf bestimmte allgemeine Prinzipien humanitären Verhaltens konzentriert. Dies entspricht auch der Perspektive der AktivistInnen, welche gegen die Ungerechtigkeit vorgehen (ebd.: 95). Dazu schreibt Sen:

„In der Tat reduziert die Theorie der Gerechtigkeit, so wie sie vom gegenwärtig vorherrschenden, auf ideale Institutionen fixierten Blick bestimmt wird, viele der wichtigsten Anliegen der Gerechtigkeit zu leerer – wenn auch anerkannt ‚gut gemeinter‘ – Rhetorik. Wenn Menschen überall auf der Welt sich für mehr globale Gerechtigkeit einsetzen – und ich betone ausdrücklich den Komparativ ‚mehr‘ –, dann rufen sie nicht lautstark nach einer Art Minimum von humanitärem Verhalten. Sie agitieren auch nicht für eine ‚vollkommen gerechte‘ Weltgesellschaft, sondern nur für die Abschaffung einiger empörend ungerechter Abmachungen, sie setzen sich für die Vermehrung globaler Gerechtigkeit ein [...]“ (Sen 2010: 55).

Trotz aller Kritik an Rawls, betont Sen, dass er viel von ihm und seiner Philosophie mitgenommen hat. Besonders wichtig an Rawls Theorie findet er die Betonung auf Fairness für Gerechtigkeit, wobei jedoch Fairness als Unparteilichkeit zu verstehen ist. Daraus ergibt sich insbesondere die Notwendigkeit, faire Verfahren auf dem Fundament einer objektiven Vernunft zu etablieren. Ebenso ist er mit Rawls einer Meinung, dass die Menschen als mit moralischen Vermögen ausgestattet betrachtet werden sollten. Ebenso sollte die Freiheit der Menschen im Bezug auf Gerechtigkeit im Vordergrund stehen und es muss darauf geachtet werden, dass es sich um wirkliche und nicht nur um formale Freiheit handelt. Zudem ist Sen mit Rawls gleicher Meinung, wenn es um die

Frage der Güterverteilung geht. Hier sollten die am schlechtesten Gestellten in ihrer Notlage zuerst berücksichtigt werden (vgl. Sen 2010: 90-93; vgl. Sen 2002: 81f; vgl. Neuhäuser 2013: 96).

Abgesehen davon kritisiert er Rawls' Gerechtigkeitsprinzipien, aufgrund der transzendentalen Orientierung, als zu starr. Demnach sollte nicht jede Freiheit immer absoluten Vorrang vor dringenden Güterverteilungen haben, wie dies zum Beispiel bei Naturkatastrophen der Fall ist. In solchen Fällen könne es, so Sen, durchaus angemessen sein, die Freiheit des Eigentums zu verletzen, damit viele Menschenleben gerettet werden können (Sen 2010 93f). Sen sieht aber noch weitere Probleme in der Theorie von Rawls. Das erste grundlegende Problem ist, dass sich Rawls zu sehr auf Institutionen konzentriert und somit die Relevanz des tatsächlichen Verhaltens der Menschen unterschätzt. Das zweite Problem besteht darin, dass der Urzustand kein geeignetes Verfahren ist, mit dem man objektive Gerechtigkeitsgrundsätze ermitteln kann. Hierbei weist Sen darauf hin, dass es immer institutionelle Lücken und Unzulänglichkeiten im individuellen Verhalten geben kann, womit eine Gerechtigkeitstheorie aber umgehen können muss (Neuhäuser 2013: 97f). Deshalb meint Sen: *„Die Natur der Welt, die entsteht, hängt nicht nur von den Institutionen ab. Die sind zwar sehr wichtig, aber wir müssen auch auf das soziale Verhalten schauen. Wir hatten viele Katastrophen in der Welt, weil wir nur auf die Institutionen geachtet und geglaubt haben, das Verhalten der Menschen würde entsprechend schon folgen [...]“* (SWR 2 2010).

Im Zentrum seiner Überlegungen stehen demnach die tatsächliche Befähigung und die Verwirklichung von Befähigungen (Czogalla 2010). Befähigungen sind für Sen ein Weg auf die menschliche Freiheit zu achten, das bedeutet, dass auf das geachtet wird, was wir wirklich tun können. Sie steht im Gegensatz zu den Vorstellungen von Freiheit, welche danach fragen, was erlaubt ist zu tun, ob wir es tun können oder auch nicht. Entsprechend dieser Perspektive nach Erlaubnis, die eine sehr liberale Position darstellt, hat zum Beispiel ein armer Mensch die Freiheit in den Urlaub zu fahren. Tatsache ist jedoch, dass dieser es sich gar nicht leisten kann, kommt hierbei nicht in Betracht, denn er hat ja die Erlaubnis es zu tun. Wenn man aber sagen möchte, dass jemand die Befähigung hat in den Urlaub zu fahren, dann ist es notwendig zu fragen, ob dieser auch wirklich die Fähigkeiten (in diesem Fall die Geldmittel und den Wohlstand) dazu hat. Wie man an dem Beispiel erkennen kann sind Sens Überlegungen aber an konkrete Bedingungen geknüpft (vgl. SWR: 2010).

2.2.1 Armut als Mangel an Chancen

Sen spricht in seinem Buch, wie bereits angeschnitten, an, dass Rawls in seiner Theorie der Gerechtigkeit von sogenannten „Grundgütern“ ausgeht, welche bei der Klärung der Verteilungsprobleme helfen sollen. Grundgüter sind Allzweckmittel, das heißt Einkommen und Wohlstands, Macht und Privilegien von Ämtern, die sozialen Grundlagen der Selbstachtung, usw. Diese Dinge sind für sich genommen nicht wertvoll, können aber beim Streben nach dem, was als wertvoll erachtet wird, behilflich sein. In den Gerechtigkeitsgrundsätzen nach Rawls gelten die Grundgüter als vorrangiger Indikator zur Einschätzung der Verteilungsfairness.

Sen schreibt, dass unterschiedliche Menschen ganz unterschiedliche Chancen haben, um Einkommen sowie andere Grundgüter in charakteristische Merkmale eines guten Lebens und in Freiheit umzuwandeln. Das bedeutet, dass die Beziehung zwischen den Ressourcen und Armut veränderlich und stark abhängig von den Besonderheiten der betroffenen Menschen sowie deren natürliche und soziale Umwelt ist (vgl. Sen 2010: 281f).

Sen bespricht in diesem Zusammenhang vier verschiedene Typen von Abhängigkeiten, die bei der Umwandlung von Einkommen hervorkommen (ebd.: 283f):

1. Ungleichheiten persönlicher Merkmale:

Aufgrund physischer Unterschiede im Bezug auf Alter, Geschlecht, Gesundheit, Behinderung oder Anfälligkeit von Krankheiten bestehen unterschiedliche Bedürfnisse.

2. Unterschiede in der geographischen Umwelt:

Das Einkommen ist ebenso von den Umweltbedingungen einschließlich Klima, Extremtemperaturen oder Überschwemmungen abhängig. Vorherrschende Umweltbedingungen können aber durch kollektive Anstrengungen verbessert oder durch Verschmutzung und Raubbau sogar verschlimmert werden.

3. Varianten im Sozialklima:

Soziale Bedingungen, wie medizinische Versorgung und Epidemieforschung, das staatliche Erziehungs- und Bildungswesen sowie die Verbrechensbekämpfung können eine Transformation hin zu einem besseren Leben beeinflussen. Zudem können auch die Beziehungen in einer Gemeinschaft, also das sogenannte „Humankapital“ wichtig sein.

4. Differenzen in gemeinschaftsbezogenen Perspektiven:

Übliche Verhaltensmuster in einer Gemeinschaft können sich ebenso auf den Bedarf an Einkommen auswirken. Das Gleiche gilt für persönliche Ressourcen, die benötigt werden, um am Gemeinschaftsleben überhaupt teilnehmen zu können und die notwendig sind, damit man den elementaren Ansprüchen der Selbstachtung genügen kann.

Mängel mit unterschiedlichen Ursachen können sich zur Benachteiligung „verketteten“. Das Erkennen dieser Verkettung kann durchaus für das Verständnis von Armut und die öffentlichen Maßnahmen zu deren Verringerung entscheidend sein. Belastungen wie Alter, Behinderung oder Krankheit mindern die Fähigkeit Geld zu verdienen. Zudem wird die Umwandlung von Einkommen in Befähigung erschwert, da ein eingeschränkter Mensch mehr Einkommen (für Hilfsmittel, medizinische Behandlungen oder ähnliches) benötigt. Daher kann Armut als Mangel an Chancen bedrohlicher sein, als man an den Einkommenszahlen ablesen kann. Diese Überlegung kann dazu beitragen, dass bei Unterstützung und Hilfeleistungen entsprechend auf bestimmte Gruppen eingegangen wird, welche sie wirklich brauchen (vgl. Sen 2010: 284).

2.2.2 Entwicklung als Freiheit

Entwicklung ist nach Sen ein Prozess der Erweiterung realer menschlicher Freiheiten. Dies steht im Gegensatz zur engeren Auffassung von Entwicklung, in welcher das Wachstum des Bruttosozialprodukts, der Anstieg des persönlichen Einkommens, die Industrialisierung, der technische Fortschritt oder die gesellschaftliche Modernisierung einher gehen. Diese Dinge können durchaus als Mittel zur Erweiterung der menschlichen Freiheiten gesehen werden, jedoch ist der Begriff der Freiheiten erweitert zu betrachten.

Entwicklung erfordert die Hauptursachen von Unfreiheit und eventueller Abhängigkeit zu beseitigen. Dazu zählen Armut, Despotismus, fehlende wirtschaftliche Optionen und soziale Deprivation, die Vernachlässigung öffentlicher Einrichtungen und die Intoleranz oder Überaktivität repressiver Staaten. Auf der einen Seite nimmt der Wohlstand insgesamt immer mehr zu, wohingegen auf der anderen Seite der Mehrheit der Menschen elementare Freiheiten vorenthalten werden. Substantielle Freiheiten können mit wirtschaftlicher Armut zusammenhängen, bei der die Menschen über keinerlei Freiheit verfügen sich ausreichend und gesund zu ernähren, sowie sich gesundheitlich

zu versorgen oder versorgen zu lassen. Weiters ist Unfreiheit damit verknüpft, dass es an öffentlichen Einrichtungen und sozialer Fürsorge mangelt, wie zum Beispiel ein organisiertes Gesundheitswesen, Bildungseinrichtungen oder effektive Institutionen zur Wahrung von Frieden und Ordnung auf lokaler Ebene. Hinzu kommt, dass Freiheiten bewusst durch autoritäre Regime verletzt werden, indem sie politische und bürgerliche Rechte verweigern oder die Teilnahme am sozialen, politischen und wirtschaftlichen Leben der Gemeinschaften einschränken (vgl. Sen 1999: 281f).

Sen verweist in seinem Text auf die Bedeutung der Märkte für den Entwicklungsprozess. Abgesehen vom Marktmechanismus selbst, spielen hier laut Sen ebenso Tausch- und Handelsfreiheiten auch eine wichtige Rolle. Er misst Freiheit, Worten, Gütern und Geschenken einen höheren Stellenwert bei, als den der Marktmechanismen.

Die Verweigerung der Freiheit am Arbeitsplatz teilzunehmen, ist ein Mittel, um Menschen in Abhängigkeit zu halten. Deshalb ist der Kampf gegen unfreie Arbeit in vielen Entwicklungsländern heute aus denselben Gründen wichtig, wie es bereits im amerikanischen Bürgerkrieg der Fall war. Der freie Zugang zum Markt kann ein wichtiger Beitrag zur Entwicklung sein, unabhängig davon, ob der Marktmechanismus das Wirtschaftswachstum oder die Industrialisierung vorantreibt oder nicht. Der Zugang zum Arbeitsmarkt, aber ebenso der Zugang zum Warenmarkt ist für die Entwicklung in vielen Entwicklungsländern entscheidend. Die Freiheit am wirtschaftlichen Austausch teilzunehmen spielt eine fundamentale Rolle (ebd.: 285f). Ein freier wirtschaftlicher Austausch kurbelt das Wirtschaftswachstum an. Jedoch ist es wichtig, nicht nur dem Markt Anerkennung zukommen zu lassen, sondern auch die Bedeutung anderer wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und politischer Freiheiten für die Verbesserung und Bereicherung des menschlichen Lebens zu berücksichtigen (Sen 1999: 289).

3 ENTWICKLUNGSTHEORIEN

3.1 Der Entwicklungsbegriff

Entwicklung ist ein Begriff dessen Definition selbst einen guten Teil der Entwicklungsproblematik ausmacht. Er ist weder vorgegeben, noch allgemeingültig definierbar und wertneutral. Er ist abhängig von Raum und Zeit, sowie besonders von individuellen und kollektiven Wertvorstellungen. (Nohlen/ Schultze 2005: 196).

Man weiß, dass zu Entwicklung wesentlich mehr gehört als nur wirtschaftliches Wachstum. Es ist an der Zeit, genauere Aussagen zu formulieren, denn es ist weitgehend verbreitet, dass, wenn man über Entwicklung spricht, von der Steigerung des Sozialproduktes spricht. Es wirkt leichtfertig, wenn man Entwicklung mit wirtschaftlicher Entwicklung und wirtschaftliche Entwicklung mit wirtschaftlichem Wachstum assoziiert (vgl. Seers 1974: 39f). Entwicklung ist ein normativer Begriff (Nohlen/ Schultze 2005: 196), welcher quasi als Synonym für Verbesserung steht (Seers 1974: 40). Seit jeher wurde das wirtschaftliche Wachstum im Zuge der Entwicklungstheorie in den Mittelpunkt gerückt, zum Beispiel in der Wachstumstheorie. Ebenso in der Modernisierungs- und Dependenztheorie findet sich die Formel „Entwicklung = Wachstum“ wieder (Nohlen/ Schultze 2005: 196). Deshalb werde ich mich in meiner Arbeit auch hauptsächlich auf dieses Verständnis von Entwicklung beziehen.

Neben dem wirtschaftlichen Wachstum werden auch andere Themen im Zusammenhang mit Entwicklung thematisiert. Hierzu zählte beispielsweise die Verbesserung der Grundbedürfnisse, wobei die Selbstverwirklichung des Menschen im Vordergrund stand. Entwicklung bedeutete demnach eine Verbesserung der Lebensbedingungen (Ernährung, Gesundheit, Beschäftigung, Wohnen, Partizipation usw.) der Bevölkerung (ebd.: 196f).

3.2 Auszüge aus der Theorie des ökonomischen Wachstums nach William Arthur Lewis

William Arthur Lewis macht bereits seit Mitte des 20. Jahrhundert auf den Unterschied zwischen armen und reichen Nationen aufmerksam. Daher habe ich mich entschlossen einige Ausschnitte seiner „Theorie des ökonomischen Wachstums“ mit einzubinden.

3.2.1 Freiheit der Märkte

Wirtschaftliches Wachstum erfordert den freien Zugang zu Produktionsmitteln und zur gewerblichen Tätigkeit. Im Weiteren werden einerseits die Schwierigkeiten, welche dem Zugang zu Produktionsmitteln im Wege stehen und andererseits die Schwierigkeiten des Zugangs zu den Märkten behandelt.

Unter Zugang zu Produktionsmitteln versteht Lewis, *„dass der Unternehmer in der Lage sein sollte, Produktionsfaktoren frei zu kaufen, zu borgen oder zu pachten, da die ökonomischen Vorteile der Spezialisierung und des Großbetriebes nicht erreichbar sind, wenn eine Person nur ihre eigene Arbeitskraft, ihren eigenen Grundbesitz und ihr eigenes Kapital nutzen kann.“* (Lewis 1956: 95)

Das Land muss zugänglich sein. Jedoch gibt es immer wieder Einschränkungen für den Zugang zum Boden. Grundbesitz kann nur einzelnen versagt und lediglich kollektiven Gruppen gestattet sein; oder er kann Fremden, zum Beispiel Einwanderern, Mitgliedern mit bestimmter Zugehörigkeit (politisch, religiös, gesellschaftlich, kulturell) oder einer bestimmten Rasse verboten sein. Zudem können Nichtlandwirte ausgeschlossen werden, oder es gibt Beschränkungen in der Art der Nutzung des Landes. Man kann erkennen, es gibt viele Hindernisse für den Zugang zu Land sowie in der Landnutzung selbst. Daher ist es im Bezug auf Wirtschaftswachstum eine notwendige Voraussetzung Klarheit über die Besitzverhältnisse zu schaffen.

Grundbesitz steht auch im Zusammenhang mit dem sozialen und politischen Status. Für manche Menschen ist ihr Landbesitz mehr als ein Produktionsmittel oder Reichtum, es stellt stattdessen eine soziale Stellung dar. Deshalb werden diese Personen eher an ihrem Land festhalten. Dies ist vor allem in Ländern mit einer sehr ungleichen Verteilung des Grundbesitzes der Fall. In Ländern mit weitverbreitetem Grundbesitz ist es leichter, Grundstücke zu kaufen oder zu pachten. Familiäre Verbundenheit oder

politische Einstellungen verringern die Beweglichkeit des Bodens als Produktionsfaktor und hemmen dadurch das wirtschaftliche Wachstum. Diese Einstellungen haben einige Regierungen dazu gebracht, sich gesetzliche Befugnisse zuzuschreiben – wie den Verkauf eines Landes zu erzwingen, große Güter in kleine zu zerschlagen bzw. kleine Güter zu großen zusammenzufassen – oder den zwangsweisen Landaustausch zu veranlassen. Lewis vermutet zudem, dass wahrscheinlich kein Land der Welt seinen Grundbesitz ausschließlich wegen dessen Wert als Produktionsfaktor handelt.

Der Zugang zu Grund und Boden kann auch aufgrund sozialer Interessen verweigert werden, wie zum Beispiel bei Umweltzerstörung. Einige Landnutzungsmethoden können durchaus der Umwelt schaden, ein gutes Beispiel dafür ist der Bergbau. Aber es gibt auch Landnutzungsarten, die nicht grundlegend destruktiv sind. Ackerbau kann beispielsweise so betrieben werden, dass die Fruchtbarkeit des Bodens erhalten bleibt. Solche soziale Interessen können sich aber auch von den öffentlichen Interessen unterscheiden. Es könnte möglicherweise im öffentlichen Interesse liegen, Zugang zu Bodenschätzen zu erhalten, um deren Erträge für die Entwicklung anderer Produktionsgrundlagen zu verwenden. Verweigerung bedeutet nicht unbedingt, dass kein wirtschaftliches Wachstum möglich ist. Aber auf einer anderen Grundlage kann die Landnutzungskontrolle für das Wachstum wesentlich sein, denn einige Völker sind gerade dadurch zu Schaden gekommen, indem ihre Naturschätze durch Erschöpfung des Bodens, Zerstörung der Wälder oder durch Abbau ihrer Mineralschätze, ohne gleichzeitig andere Produktionsgrundlagen zu schaffen, verwüstet wurden (vgl. Lewis 1956: 96f).

Weiters beschäftigt sich Lewis mit der Frage der Zugänglichkeit der Arbeitskraft. Möchte man die Vorteile der Produktion im großen Maße genießen, so muss es möglich sein, große Massen von Arbeitern unter eine einheitliche Leitung zu bringen, wie zum Beispiel in staatlichen und privaten Betrieben. Da Wachstum gleichzeitig Veränderung bedeutet, ist es notwendig, dass die Arbeitskräfte flexibel und in der Lage sind die Betriebe zu wechseln. In autoritären Gesellschaften kann diese Beweglichkeit durch administrative Zuweisung der Arbeitsstellen erzwungen werden. Demokratische Gesellschaften verlassen sich hingegen auf den Marktprozess, wobei überflüssige Arbeitskräfte entlassen werden und andere notwendige Maßnahmen werden getätigt.

In der Praxis ist Arbeitskraft nur durch Lohnarbeit beweglich, das bedeutet, dass die sogenannte landlose Klasse wichtig ist, um überhaupt Arbeitskräfte anwerben zu

können. Hingegen ist nur ein kleiner Teil der Bevölkerung für den Landbau notwendig. Der Zugang zur Arbeitskraft ist aber nicht nur durch eine weite Verbreitung des Grundbesitzes, sondern ebenso durch Institutionen beschränkt, welche die Menschen an bestimmte Beschäftigungen oder Arbeitgeber binden. Solche Institutionen mindern die Beweglichkeit der Arbeitskräfte und machen es neuen Firmen oder Industrien schwer, sich ins System einzubinden und zu wachsen (Lewis 1956: 97f).

Im Bezug auf Freiheit und Markt spielt auch der Zugang zum Konsumenten eine Rolle und in diesem Zusammenhang verlangt das wirtschaftliche Wachstum, dass Menschen mit neuen Ideen auch die Freiheit haben, diese in die Tat umzusetzen. Selbst wenn sie dabei ihre Wettbewerber schädigen. Deshalb erfordert Wachstum einen freien Wettbewerb. Dieser kann jedoch bei bestimmten Konkurrenten so schädigend sein, dass sie nicht davor zurück schrecken, ihn wieder zu unterdrücken. Der Wettbewerb neuer Ideen, Produkte, Produktionsmethoden oder Verteilungsarten, neuen Bodens, neuer Rohmaterialien oder neuer Materialquellen muss also diejenigen schädigen, deren wirtschaftliches Schicksal an die alten Verfahren gebunden ist und deren Wirtschaftsmittel immobil und nicht auf neue Ideen umgestellt oder ohne großen Verluste auf einen anderen Gewerbebezweig übertragen werden können. Im Gegensatz zur Arbeit sind die meisten Produktionsmittel sowie Land und reproduziertes Kapital mehr oder weniger unbeweglich. Deshalb entsteht ein gewisses Interesse daran, den Wettbewerb einzuschränken. Ökonomisches Wachstum erhöht den Widerstand gegen den Wettbewerb, obwohl dieser in wirtschaftlich schnell wachsenden Ländern leichter ertragen wird als in anderen. Das hängt teilweise daran, dass unter solchen Verhältnissen ökonomische Verluste leichter vermieden werden können als in rückläufigen Ökonomien (ebd.: 99f).

3.2.2 Spezielle Probleme wirtschaftlicher Institutionen: die Organisation der Landwirtschaft

Gesetze und Bräuche über Eigentum und Nutzung von Grundbesitzen sind besonders in den ärmeren Ländern, in denen Landwirtschaft die hauptsächliche wirtschaftliche Tätigkeit ist, von großer Bedeutung. Hinzu kommt, dass der Grundbesitz für die politische und soziale Stellung einer Person eine wichtige Rolle spielt. Lewis beschränkt sich in seiner Arbeit jedoch auf die Besitzverhältnisse vom Boden, die Größe der Betriebe und die Beziehungen zwischen diesen Fakten und dem wirtschaftlichen Anreiz

der Kapitalbildung und dem technischen Fortschritt, da die Regeln und Bräuche eher selten in ökonomischen Gesichtspunkten festgesetzt sind.

Der individuelle Landbesitz ist dem gemeinschaftlichen wirtschaftlich überlegen, was man an den Wirkungen auf Kapitalanlage und Neuerungen sehen kann. Wenn mehrere Menschen ein und dasselbe Grundstück für ihre jeweiligen eigenen Zwecke benutzen, so hat jeder Interesse daran, soviel wie möglich aus dem Boden herauszuholen, ohne wieder etwas hineinzustecken. Wenn dann das Land knapp und der bewirtschaftete Boden durch den übermäßigen Anbau oder Viehbetrieb oder die Vernachlässigung entsprechender Maßnahmen, um die Bodenqualität zu verbessern, immer weniger ertragreich wird, lohnt es sich für den einzelnen nicht, Investitionen für Verbesserungsmaßnahmen zu machen.

Solange die Bevölkerung Afrikas im Verhältnis zu dem vorhandenen Boden gering war, funktionierte die gemeinschaftliche Bewirtschaftung, aber sobald der Bevölkerungsdruck zunahm, führte es zur Zerstörung der Bodenqualität (Lewis 1956: 129f).

3.2.3 Kapitalschaffung: Finanzierung durch ausländisches Kapital

Fast jedes ökonomisch entwickelte Land hat in der Vergangenheit von der Finanzierung durch ausländisches Kapital Gebrauch gemacht, um die eigenen Ersparnisse zu ergänzen. Denn einem Land, dessen Entwicklung noch am Anfang steht, fällt es schwerer, seine Investitionen ausschließlich durch einheimische Ersparnisse zu finanzieren. Auch derartige Entwicklungsprogramme sind in der Regel durch Kapitalgüter aus dem Ausland gestützt. Zusätzlich erhält man durch Exporte fremde Währung und das inländische Einkommen wird aufrechterhalten, allerdings nur bis zu einem bestimmten Grad. Im Laufe der Zeit wird ein Gleichgewicht der Zahlungsbilanz erreicht. Die Deflation schränkt die Importe ein und das Sinken der inländischen Preise führt zu einer Steigerung des Exports. Wenn einmal die notwendigen Anpassungen erledigt sind, kann ein Land ein bestimmtes Maß der Kapitalbildung ohne fremde Hilfe durchhalten. Jedoch wenn plötzlich eine Steigerung der Investitionsrate stattfindet, kann es mit ziemlich großer Wahrscheinlichkeit dazu kommen, dass die Fremdwährung im Land knapp wird. Dem kann entgegengesteuert werden, indem man Auslandsguthaben

abhebt, falls welches vorhanden ist, indem Devisenkontrollen getätigt werden oder indem ausländische Finanzhilfen stattfinden (Lewis 1956: 272f).

Lewis schreibt auch, dass ausländische Hilfe als Quelle der Finanzierung von Investitionen, in Formen von Hilfgeldern oder Darlehen, bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges vor allem aus privater Hand stattgefunden habe. Im Allgemeinen waren es, in Bezug auf Kapital pro Kopf, die entwickelten Länder die Gläubiger, welchen den weniger entwickelten Länder die Darlehen gewährten. Es bestünde aber kein einfaches Gesetz, wonach es gewinnbringender ist, in weniger entwickelte Länder und nicht in Länder mit höherer Entwicklung zu investieren. Es kann genauso sein, dass ein weniger entwickeltes Land wirtschaftlich voranschreitet und vom Darlehensnehmer zum Gläubiger wird. Zudem kann es, wenn man von der Vorstellung einer mit zunehmender Kapitalbildung sinkenden Profitrate ausgeht, ein Grund sein, dass fortgeschrittene Länder die Gläubigerländer sein müssen. Jedoch werden internationale Kapitalbewegungen dadurch gehemmt, da auch in voll entwickelten Ländern fortlaufend neue Investitionsgelegenheiten entstehen. Zudem kommen die, in vielerlei Hinsicht, ungünstigen Voraussetzungen für Investitionen in den weniger entwickelten Ländern. Diese müssen, gerade wegen ihrer zurückgebliebenen Wirtschaftsverhältnisse, ertragreiche Investitionsgelegenheiten anbieten. Demnach kommt es auf den lokalen Kontext an, ob und inwiefern sich Investitionen für die Gläubiger auszahlen. Der gesellschaftliche Rahmen kann sich sowohl positiv als auch negativ auf Investitionen auswirken. Zudem kann ein Mangel an modernen Arbeitsferigkeiten und die mangelnde Anpassungsfähigkeit sowie unterschiedliche Regierungsformen und soziale Haltungen die Produktivität bremsen und zu Risiken in der Kapitalanlage führen (ebd.: 276f). Im Weiteren schreibt Lewis, dass Kapitalanlagen durch ausländische Investoren in unterentwickelten Ländern sowohl aus politischen als auch aus ökonomischen Gründen gefürchtet sind. Auf der politischen Seite wird der Verlust der teilweisen oder kompletten nationalen Unabhängigkeit gefürchtet. Dies kann, nach Lewis, in Form von Zuteilung von Zwangsarbeitern, Steuerfreiheit, Verträgen zu Vorzugsbestimmungen oder Transportmöglichkeiten, welche in gewünschten Gegenden eingerichtet werden, geschehen. Abgesehen von der politischen Befürchtung, gibt es auch die Befürchtung, dass ausländische Kapitalanlagen zu einem übertriebenen Gewinn führen. Es besteht jedoch keine starke Tendenz, die Ergiebigkeit von ausländischen Investitionen zu

übertreiben. Man kann nur davon ausgehen, dass die ausländischen Investitionen nicht wesentlich gewinnbringender sind als die inländischen.

Falls ein Land Kapital und technische Kenntnisse selbst zu Verfügung hat, benötigen sie keine fremde Hilfe für seine Entwicklung. Manchmal tritt auch der Fall auf, dass das Land zwar Kapital zu Verfügung hat, aber keine technischen Kenntnisse. In solch einem Fall wäre es für das Land am besten, wenn es in Zusammenarbeit mit anderen Ländern oder Unternehmen tritt (vgl. Lewis 1956: 289f).

3.3 Dependenztheorie¹

Die Dependenztheorie ist eine Entwicklungstheorie, welche sich vor allem auf die externe Verursachung der Unterentwicklung bezieht und im Gegensatz zur Modernisierungstheorie steht, welche die internen Entwicklungshemmnisse in den Vordergrund der Erklärung stellt. Sie entstand Ende der 1960er Jahre in Lateinamerika als Reaktion auf die Erschöpfungserscheinungen des Entwicklungsmodells der importsubstituierenden Industrialisierung und auf das politische Ende der Reformversuche. Der Begriff der Abhängigkeit bezog sich zum Teil auf unkonventionelle marxistische Ansätze, welche die Unterentwicklung in Lateinamerika nicht auf feudalistische Strukturen, sondern auf die Besonderheiten eines abhängigen peripheren Kapitalismus zurückführte. In Weltmarkttheorien (ungleicher Austausch) und Theorien des peripheren Kapitalismus versuchte die Dependenztheorie die Unterentwicklung bzw. die Entwicklungsblockaden in Lateinamerika und der Peripherie allgemein auf Ausbeutung durch Handel und Gewinntransfer multinationaler Unternehmen und/oder auf strukturelle Verflechtungen mit den Ökonomien der Zentren zurückzuführen. Diese verwehrten der Peripherie die Chance für eine autozentrierte Entwicklung (Nohlen/ Schultze 2005: 149).

Dieter Senghaas schrieb in dem Zusammenhang, dass mangelnde Entwicklung (in Abgrenzung zur Modernisierungstheorie) folgendes bedeutet:

„Unterentwicklung ist vielmehr ein sich historisch entfaltendes integrales Moment des von kapitalistischen Metropolen dominierten internationalen Wirtschaftssystems und damit der internationalen Gesellschaft. Die Entwicklung dieser Metropolen, der Zentren, und die Geschichte der Unterentwicklung der Dritten Welt sind miteinander

¹spanisch *Dependencia*: Anhängigkeit

über das internationale System vermittelte, komplementäre Vorgänge.“ (Senghaas 1974: 18)

3.3.1 Peripherer Kapitalismus nach Dieter Senghaas

Dieter Senghaas verbreitete mit seinen Werken die dependenztheoretische Botschaft im deutschsprachigen Raum. In seinem Werk von 1974, „Peripherer Kapitalismus - Analysen über Abhängigkeit und Unterentwicklung“ griff er zunächst die spezifische Situation von Lateinamerika bezogenen Analysen und Begriffe auf. Er selbst ging aber noch einen Schritt weiter, indem er das Modell des Peripheren Kapitalismus entwickelte. Diese Modell stülpte er über die ganze Dritte Welt und somit wurden Lateinamerika mit seinem relativ fortgeschrittenen Kapitalismus, Afrika mit seinem Nebeneinander von Plantagen- und Subsistenzwirtschaften, der Orient mit seinen Inseln des Rentenkapitalismus und die fernöstlichen Entwicklungsdiktaturen unter einer neuen Weltformel vereinheitlicht. Dies stieß auf herbe Kritik, vor allem bei den marxistischen Theoretikern (vgl. Nuscheler 2006: 216f).

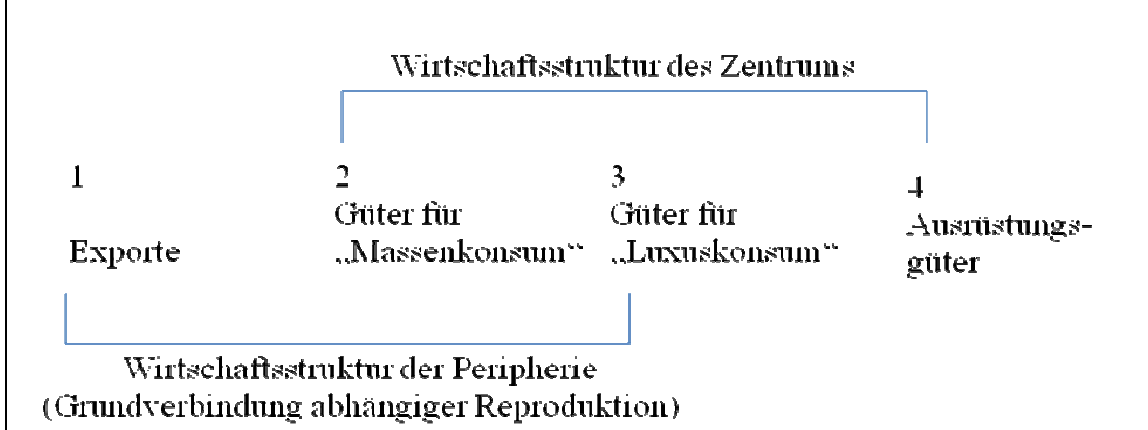
Analyse zum peripheren Kapitalismus von Samir Amin

In Senghaas Buch „Peripherer Kapitalismus: Analysen über Abhängigkeit und Unterentwicklung“ findet sich auch ein Beitrag von Samir Amin. Er vertritt quasi die afrikanische Variante der Unterentwicklungstheorie.

Amin geht in seinem Text im Zusammenhang mit dem kapitalistischen Weltsystem von zwei Kategorien aus: Peripherie und Zentrum. Der Hauptunterschied dieser beiden Kategorien besteht in den kapitalistischen Verhältnissen. Im Zentrum sind diese Ergebnis innergesellschaftlicher Prozesse, wohingegen sie in der Peripherie von außen induziert werden. Demnach sind die Ökonomien im Zentrum autozentriert und die peripheren Ökonomien unterstehen der Akkumulationslogik des Zentrums und können daher nur eine abhängige Entwicklung vorweisen. Die Abhängigkeit der Peripherie ging von der kolonialen in eine neokoloniale Abhängigkeit über. Das bedeutet, dass die Peripherie einer technologischen Abhängigkeit sowie einer Abhängigkeit von multinationalen Konzernen unterliegt (vgl. Többe Gonçalves 2005: 71).

Amin unterscheidet zwei Arten von Kapitalismus: den autozentrierten im Zentrum und den abhängigen in der Peripherie. Zudem teilt er das System in vier Sektoren auf:

Abbildung 1: Wirtschaftsverbindungen im peripheren Kapitalismus



Quelle: Amin 1974: 72

Die entscheidende Verbindung in einem autozentrierten System ist diese, welche den Sektor 2 (die Produktion der „Massenkonsumgüter“) mit dem Sektor 4 (die Produktion von Ausrüstungsgütern, welche die Produktion des Sektors 2 ermöglichen sollen) verknüpft. Diese Verbindung hat tatsächlich die historische Entwicklung des Kapitalismus im Zentrum, also in Europa, Nordamerika und Japan charakterisiert (Amin 1974: 72). Zudem sorgt hier ein bestimmtes Lohnniveau für die Nachfrage am Markt, womit dann der Profit gemacht wird. Dies ist, so Amin (1974: 75), die Bedingung für einen sich selbst reproduzierenden und anschwellenden Kapitalismus.

Dieser Kapitalismus steht dem peripheren Kapitalismus gegenüber, welcher sich durch eine nach außen gerichtete Produktionsstruktur unterscheidet. Diese Produktionsstruktur findet sich sowohl im Sektor 1 (Exportsektor), als auch im Sektor 3 (die Produktion von „Luxusgütern“) für die parasitäre soziale Klasse wieder (Töbke Gonçalves 2005: 72).

Abgesehen davon bildet sich unter dem Druck des Zentrums ein Exportsektor heraus. Das nationale Kapital im Zentrum muss nicht gezwungenermaßen, aufgrund von Mangel an Absatzmärkten im Zentrum, ins Ausland ausweichen. Eher wird es sich erst dann in die Peripherie verlagern, wenn es dort eine bessere Verwertung erzielen kann. Der eigentliche Grund für die Schaffung eines Exportsektors ist, dass man Zugang zu den Produkten der Peripherie haben möchte. Darunter fallen einerseits das konstante Kapital (Rohstoffe) und andererseits das variable Kapital (Lebensmittel). Dadurch verringert das Zentrum seine Produktionskosten (Amin 1974: 76; Tausch 1979: 129).

Demnach hat die Peripherie nur eine untergeordnete Rolle sowie begrenzte Funktionen. Aufgrund dieser Dynamik kommt es zu einer Polarisierung zugunsten des Zentrums. Jedoch entsteht ab einem bestimmten Entwicklungsgrad des Exportsektors in der Peripherie ein Binnenmarkt. Aus diesem Binnenmarkt werden Luxusgüter anstatt Massenkonsumgüter erfragt (Amin 1974: 78).

Der Hauptunterschied zwischen Zentrum und Peripherie liegt demnach in dem in der Peripherie anzutreffenden und von außen induzierten Kapitalismus (Töbke Gonçalves 2005: 73).

3.3.2 Die Entwicklung der Unterentwicklung nach Andre Gunder Frank

Andre Gunder Frank ist einer der bekanntesten Vertreter der Dependenztheorie. Seine Analyse greift vor allem auf marxistische Diskussionen zurück (Kaller-Dietrich/Mayer 2012). Er versuchte in seinen Analysen eine neue Entwicklungstheorie zu schaffen. Im Folgenden befasste ich mich mit einem wichtigen Werk von Frank, und zwar mit der „Entwicklung der Unterentwicklung“.

Frank (1969) schreibt, eine geeignete Entwicklungstheorie und -politik für Unterentwicklung lässt sich erst formulieren, wenn man die wirtschafts- und sozialgeschichtlichen Ursachen der gegenwärtigen Unterentwicklung verstünde. Die meisten Historiker untersuchten jedoch ausschließlich die entwickelten Länder und ließen die kolonialen und unterentwickelten Länder komplett außen vor. Aufgrund dessen entspringen der Großteil der theoretischen Kategorien und Leitlinien der Entwicklungspolitik der fortgeschrittenen kapitalistischen Nationen Europas und Nordamerikas.

Da sich jedoch die historischen Erfahrungen der kolonialen und unterentwickelten Länder nachweisbar völlig davon unterscheidet, wurden die gängigen Theorien der unterentwickelten Ländern überhaupt nicht erfasst und die Geschichte der Welt als Ganzes nur teilweise. Diese Unkenntnis lässt vermuten, dass deren Vergangenheit und Gegenwart den früheren Stadien der entwickelten Länder entspräche. Genau wegen solcher Vermutungen sind vollkommen falsche Vorstellungen von Entwicklung und Unterentwicklung entstanden. Zudem wurde auch verabsäumt, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Metropole und ihren ökonomischen Kolonien während der weltweiten Expansion und Entwicklung des merkantilistischen und kapitalistischen

Systems zu berücksichtigen. Infolgedessen kann der Großteil der westlichen Theorien weder die Struktur der Entwicklung des kapitalistischen Systems als Ganzes erklären noch die Entstehung von Unterentwicklung in einigen Teilen dieses Systems bei gleichzeitiger wirtschaftlicher Entwicklung in anderen begründen. Die allgemeine Annahme war, dass ökonomische Entwicklung eine Abfolge kapitalistischer Stadien darstellt und sich die noch unterentwickelten Länder in einem Stadium befinden, welches die entwickelten Länder schon längst durchlaufenen haben (vgl. Frank 1969: 148f). Hier kann unter anderem Rückschluss auf die Theorie des wirtschaftlichen Wachstums gezogen werden.

Weiters kritisiert Frank, dass die Beobachter von „dualen“ Gesellschaften und Wirtschaftssystemen ausgehen. Die beiden Teile besäßen jeweils eine eigene Geschichte und eine eigene Struktur und Dynamik, welche jeweils vom anderen Teil zumeist unabhängig sei. Für Frank ist diese These falsch, da es mehrere Belege dafür gibt, dass die Expansion des kapitalistischen Systems in den vergangenen Jahrhunderten die unterentwickelte Welt vollständig durchdrungen hat. Deshalb sind die wirtschaftlichen, politischen, sozialen und kulturellen Institutionen und Verhältnisse, wie sie jetzt dort bestehen, ein Produkt der historischen Entwicklung des kapitalistischen Weltsystems (ebd.: 150).

Anhand einer Fallstudie zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte in Chile und Brasilien, die Frank erläutert, soll die oben genannte Behauptung belegt werden: seine Arbeit zur chilenischen Geschichte stellt fest, dass das Land mit der spanischen Eroberung einerseits völlig von der Expansion und Entwicklung des globalen Handels- und der späteren industriekapitalistischen Entwicklung erfasst wurde, sowie andererseits die monokapitalistischen Entwicklung in die chilenische Binnenwirtschaft und Gesellschaft eindrang. Im Verlauf der chilenischen und globalen Geschichte, während des Kapitalismus, des Freihandels, des Imperialismus und in der Gegenwart, wurde Chile immer stärker von der ökonomischen, sozialen und politischen Struktur einer satellitenhaften² Unterentwicklung geprägt. Diese Entwicklung der Unterentwicklung dauert bis heute an, da Chile auf der einen Seite von der globalen Metropole zum

² Frank ersetzt das Begriffspaar Zentrum-Peripherie durch Metropole-Satellit. Damit hebt er die funktionale Bedeutung der abhängigen Länder für die Metropolen hervor. Von den Satelliten kommt es zur einem Surplustransfer zugunsten der Metropolen, welcher deren Entwicklung ermöglicht (Kaller-Dietrich/ Mayer: 2012)

Satelliten gemacht wird, und auf der anderen Seite eine schärfere Polarisierung auf die chilenische Binnenwirtschaft stattfindet.

Bei Brasilien handelt es sich seiner Meinung nach, um den deutlichsten Fall von nationaler, aber auch regionaler Entwicklung der Unterentwicklung. Die Expansion der Weltwirtschaft verwandelte Brasilien nach und nach in eine Exportwirtschaft und gliederte es in die Struktur und Entwicklung des globalen kapitalistischen Systems ein. Während des goldenen Zeitalters konnte so etwas Ähnliches wie Entwicklung angenommen werden, aber es war die Entwicklung eines Satelliten, welcher aus sich selbst heraus nicht entstehen und auch nicht bestehen konnte. Als der Absatzmarkt einbrach und die Produktivität zerfiel, sank das ausländische und einheimische wirtschaftliche Interesse und die Satelliten wurden sich selbst überlassen. Dadurch entwickelte sich jene Unterentwicklung, die bis heute besteht (vgl. Frank 1969: 153f).

Aufgrund der neuen Betrachtungsweise ist es möglich eine bessere Entwicklungstheorie und -politik anhand von Hypothesen über Entwicklung und Unterentwicklung zu konstruieren.

Franks erste Hypothese lautet, dass *„im Gegensatz zur Entwicklung der globalen Metropole, die niemandes Satellit ist, erweist sich die Entwicklung der nationalen und anderer untergeordneter Metropolen als durch ihren Satellitenstatus begrenzt.“* (Frank 1969: 156). Hier meint er, dass es möglicherweise schwierig ist diese Hypothese zu überprüfen, dass deren Bestätigung teilweise von der Überprüfung der anderen Thesen abhängt.

Die zweite Hypothese besagt, dass die Satelliten ihre stärkere ökonomische Entwicklung, besonders eine kapitalistische industrielle Entwicklung dann erleben, wenn ihre Verbindungen zur Metropole am schwächsten sind. Diese Hypothese ist quasi das komplette Gegenteil zu der allgemein akzeptierten These, dass Entwicklung in den unterentwickelten Ländern durch ein Höchstmaß an Kontakt mit den Metropolen und der damit verbundenen Diffusion zustande kommt (vgl. ebd.: 157).

Franks dritte Hypothese, welche sich aus der Metropolen-Satelliten-Struktur ableiten lässt, besagt, dass *„jene Regionen, die heute am unterentwickeltsten sind und besonders feudal erscheinen, in der Vergangenheit die engsten Verbindungen zur Metropole hatten“* (ebd.: 161). Diese Regionen waren die größten Rohstoffexporteure in die globale Metropole sowie deren wichtigste Kapitalquelle, solange bis die Geschäfte aus

irgendeinem Grund nachließen und sie von der Metropole im Stich gelassen wurden. Auch wie die Hypothese davor, steht diese im Widerspruch zu der allgemein vertretenen These. Der Ursprung der Unterentwicklung einer Region liegt in seiner Isolation und seinen vorkapitalistischen Institutionen.

Insgesamt legen die Hypothesen und Untersuchungen von Andre Gunder Frank nahe, dass einige Aspekte weit mehr Aufmerksamkeit im Zusammenhang mit wirtschaftlicher Entwicklung und kultureller Veränderung verdienen, als das bisher der Fall war. Das gilt für die globale Ausdehnung und Einheit des kapitalistischen Systems, seine Monopolstruktur und die andauernd währende ungleiche Entwicklung sowie für das daraus hervorgehende Beharrungsvermögen des Handelskapitalismus gegenüber dem Industriekapitalismus in den Entwicklungsländern (vgl. Kaller-Dietrich/Mayer 2012; vgl. Frank 1969: 166f).

3.3.3 Dependenztheorie und nicht-lateinamerikanische Entwicklungstheorien

Den kritischen Ansätzen der Entwicklungsforschung wird gerne vorgeworfen, dass sie zwar auf Lateinamerika Anwendung finden, jedoch hätten sie für Afrika, Asien und das Mittelmeer keinerlei Relevanz. Arno Tausch (1979) hat in seinen quantitativen Analysen herausgefunden, dass dafür keine Anhaltspunkte bestehen. Aber auch andere Werke beschreiben, dass die Dependenztheorie global zur Anwendung kommen kann, wie z.B. Reinhart Kößler und Tilman Schiel (1996), Hartmut Köß (1998) und Wolfgang Hein (1999) (Egger 2006: 110).

Es bestehen neben Brasilien und Mexiko, genauso in Pakistan, Indien und Südafrika beispielsweise neue Formen der Abhängigkeit. Die Binnenmärkte der Entwicklungsländer sind unter anderem durch hohe Schuldendienstzahlungen manifestiert. Extreme Ausbeutung von Arbeitskraft findet vor allem in Brasilien, Kolumbien, Mexiko, Peru, Marokko und Zambia statt. Dies sind aber nur einige Länder.

Die Dependenzliteratur legt Wert darauf, dass sie historisch verstanden werden will und dadurch sind deren Analysen nicht übertragbar auf andere Gesellschaften. Die konkreten Bedingungen mit Raum und Zeit sind mit bestimmten Gesellschaften verknüpft und daher wäre es verkehrt, wenn man die Werke der Dependenztheoretiker so abwandelt, dass nun externe und nicht mehr, wie zuvor, interne Faktoren für die Unterentwicklung verantwortlich gemacht werden müssen (vgl. Tausch 1979: 65f).

3.4 Exkurs: Die peruanische Wirklichkeit nach José Carlos Mariátegui

José Carlos Mariátegui (* 14. Juni 1894; † 16. April 1930) war ein peruanischer Marxist, Journalist und in der Arbeiterbewegung seiner Zeit wirkungsvoll engagierter Intellektueller. Heutzutage ist er hierzulande nahezu unbekannt. In Lateinamerika hingegen hat die Bedeutung Mariáteguis im Rahmen einer Selbstkritik der kommunistischen und sozialistischen Bewegungen stark zugenommen. In seinem Heimatland Peru ist er schon lange ein wichtiger Bezugspunkt auf die alltägliche politische Diskussion (vgl. Füßel 1986: 7; vgl. Mariátegui/ v. Oertzen 1986: 9; vgl. Becker 1993: 29). Zu Mariátegui kann man sagen, dass er seiner Zeit voraus war. Er war ein Vorreiter der Dependenztheorie, da er die Vorstellung verwarf, dass die Entwicklung einer unabhängigen nationalen Wirtschaft und der Aufbau einer eigenständigen Industrie unter gegebenen Umständen möglich sind (vgl. Pagina-Libre 2002).

Sein Leben fiel in eine Periode ökonomischer und sozialer Transformationen in Peru, welche sich sowohl in seiner literarischen, als auch in seiner politischen Tätigkeit niedergeschlagen hat (Mariátegui/ v. Oertzen 1986: 10, vgl. Becker 1993: 29f). In seinem Werk „Sieben Versuche, die peruanische Wirklichkeit zu verstehen“, welches ich mir im Weiteren näher ansehen werde, wird die ganze Bandbreite seines Denkens unter Beweis gestellt, welche von der Analyse des Problems der Landverteilung bis zu einem Kommentar der peruanischen Literatur reicht. Zum ersten Mal wurde eine explizit marxistische Theorieperspektive zur Erforschung der lateinamerikanischen Wirklichkeit entwickelt. Das bedeutet, dass hier kein allgemeiner Rahmen geschaffen, sondern Einzelprobleme erweitert und neu angeordnet wurden. Es spricht für Mariáteguis intellektuelle Schärfe, dass er erkannt hat, dass es nicht darum geht, den Marxismus als eine wissenschaftliche Terminologie einfach zur Beschreibung von einer beliebigen gesellschaftlichen Wirklichkeit zu verwenden, sondern dass er vielmehr eine Methode ist, um die Genese, Struktur und Funktion einer Kultur zu rekonstruieren und daraus entsprechende politische Konsequenzen zu ziehen (vgl. Füßel 1986: 9).

Im Weiteren gehe ich auf zwei seiner sieben Essays ein, welche, wie ich finde, Aufschluss darüber geben, dass Mariátegui die Verhältnisse von Abhängigkeit und Ausbeutung schon seinerzeit erfasst hat.

3.4.1 Abriss der wirtschaftlichen Entwicklung³

Die Kolonialwirtschaft

Bis hin zur Konquista⁴ entwickelte sich in Peru eine Wirtschaft, welche sich aus eigenem Antrieb und frei aus dem Boden und den Menschen Perus herausbildete. Im Inkareich, jenem Zusammenschluss landwirtschaftlicher und sesshafter Gemeinschaften, war das Interessanteste die Wirtschaft. Das Volk der Inkas, das arbeitsam, diszipliniert, pantheistisch und einfach war, lebte im materiellen Wohlstand. Es gab Lebensmittel in Hülle und Fülle und die Bevölkerung wuchs. Die kollektivistische Organisation wurde zwar durch den individuellen Antrieb geschwächt, aber die Eigenart eines bescheidenen und religiösen Gehorsams ihrer sozialen Pflicht gegenüber brachte Nutzen für ihr Wirtschaftssystem. Die Inkas zogen jeden möglichen sozialen Nutzen aus der Tugend ihres Volkes und steigerten den Wert des Reichsgebietes, indem sie ihre Infrastruktur ausbauten. Die gemeinsamen Bemühungen wirkten sich fruchtbar auf die sozialen Ziele aus.

Durch die spanischen Eroberer wurden diese Produktionsorganisation und die Wirtschaft der Inkas mit einem Schlag zerstört. Die Arbeit der Eingeborenen wurde nicht mehr auf solidarische und organisatorische Art und Weise weitergeführt. Die Eroberer waren hingegen damit beschäftigt, die ergiebige kriegsbeute untereinander aufzuteilen und sich darum zu streiten. Schätze wurden geplündert und der Boden sowie die Menschen wurden untereinander aufgeteilt, ohne diese zu fragen, welche Produktionskräfte und –mittel sie haben würden (vgl. Mariátegui 1986: 17; vgl. Mariátegui/ v. Oertzen 1986: 53f).

In Zeiten des Vizekönigtums wurde versucht ein neues Wirtschaftssystem aufzubauen. Spanien bemühte sich seiner Kolonie eine politische und wirtschaftliche Organisation zu geben und sie begannen den Boden zu bebauen sowie die Gold- und Silberminen auszubeuten. Aus den Resten der sozialistischen Wirtschaft wurde eine Feudalwirtschaft gemacht. Spanien schickte jedoch keine große Masse an Siedlern nach Peru. Es kamen fast nur Vizekönige, Höflinge, Abenteurer, Geistliche, Ärzte und Soldaten. Darum entstand in Peru keine richtige Kolonialisierungskraft. Zudem war es den Kolonisatoren allein nicht möglich eine stabile und organisatorische Wirtschaft zu schaffen. Es fehlte

³ Dies ist das erste Essay seines Werkes „Sieben Versuche, die peruanische Wirklichkeit zu verstehen“

⁴ Eroberung Mittel- und Südamerikas durch die spanischen Eroberer

das demographische Fundament. Außerdem versuchten sie die Indios auszurotten, anstatt sie zu nutzen und importierten sogenannte Negersklaven. Hier kam in der feudalen Gesellschaft das Charakteristikum einer Sklavengesellschaft hinzu. So entstand eine neue peruanische Wirtschaft, eine koloniale Wirtschaft (vgl. Mariátegui 1986: 18f; Mariátegui/ v. Oertzen 1986: 54f).

Die wirtschaftlichen Grundlagen der Republik

Die zweite Etappe der peruanischen Wirtschaft beginnt mit der Unabhängigkeit, welche jedoch von der Kolonialwirtschaft beherrscht wird. Die Politik Spaniens behinderte die wirtschaftliche Entwicklung der Kolonien komplett, denn sie erlaubte ihnen nicht, mit einer anderen Nation Handel zu treiben und nahm jeglichen Anspruch für sich. Daraufhin war der Impuls der Produktivkräfte der Kolonien die Zerschlagung dieser Verkettungen. Es war notwendig sich von der Autorität des Königs von Spanien zu lösen, um die eigene Weiterentwicklung voran zu treiben. Die treibende Kraft hierbei waren jedoch weniger die Indios, sondern eher die kapitalistische Zivilisation. Zu dieser Zeit bildete sich das britische Imperium heraus, welches die Interessen der kapitalistischen Zivilisation repräsentieren sollten. Somit begann die Anbindung an England eine bedeutende Rolle zu spielen. Das spanische Imperium ging unter, da es sich einzig und allein auf militärische und politische Grundlagen gestützt hatte und weil es eine veraltete Wirtschaft repräsentierte. Folglich wandten sich die kapitalistische Zivilisation Lateinamerikas England zu. Die Industriellen und Bankiers Großbritanniens wollten sich im Gegenzug deren Märkte bemächtigen. Obwohl beide Parteien dies nicht wirklich erkannten, entsprachen deren Interessen vollkommen überein.

Kaum waren die Nationen Lateinamerikas unabhängig, wurde im Handelsverkehr mit Kapital und Industrie des Westens nach Elementen und Beziehungen gesucht, die das Wachstum ihrer Wirtschaft erforderte. Im Austausch ihrer Bodenschätze erhielten sie Stoffe, Maschinen und tausende Industrieprodukte. So kam es zu einem ständigen und wachsenden Kontakt zwischen Lateinamerika und der westlichen Zivilisation.

Peru hingegen hatte, anders als Brasilien oder Argentinien, aufgrund seiner geographischen Lage eine enorme Entfernung zu Europa. Näher war hingegen der Osten. Daher wuchs auch der Handel mit Asien. Mit dem Handel kamen die chinesischen Emigranten, welche die importierten Sklaven ablösen sollten. Die Freilassung der Sklaven hatte gewissermaßen die Konsequenz, dass sich die feudale

Wirtschaft hin zu einer mehr oder weniger bourgeoisen Wirtschaft transformierte (vgl. Mariátegui 1986:19-22; vgl. Mariátegui/ v. Oertzen 1986: 55-58).

Die Guano- und Salpeterzeit

Die Wirtschaftsentwicklung Perus beginnt mit der Entdeckung der Guano- und Salpeterreichtümer und endet mit deren Verlust (Mariátegui/ v. Oertzen 1986: 58).

Betrachtet man die Ökonomie, so lagen dazumal fast ausschließlich Gold und Silber im Interesse Spaniens. Sie wünschten sich Peru als Edelmetallproduzent und sorgten dafür, dass sie es blieben. England auf der anderen Seite, sah Peru wiederum als Produzent von Guano und Salpeter. Diese Stoffe waren quasi wertlos für frühere Zivilisationen, in der industriellen Zivilisation wurde aber teuer dafür bezahlt. Peru verfügte damals aber fast exklusiv über Guano und Salpeter. Hinzu kam, dass sich das westliche Industriesystem gerade in einem Entwicklungsschub befand und diese Stoffe benötigten. Des weiteren stand beim Abbau dieser Stoffe kein primitiver und langwieriger Landtransport im Wege, wie bei den Bergbauprodukten. Die Guano- und Salpeterlagerstätten lagen direkt an der Küste, fast in Reichweite der Schiffe, welche kamen, um diese abzuholen.

Die Leichtigkeit, mit welcher die natürlichen Ressourcen ausgebeutet werden konnten, bestimmte das komplette Wirtschaftsleben in Peru. Guano und Salpeter spielten eine extrem große Rolle in der peruanischen Wirtschaft. Deren Erträge wurden zur wichtigsten Steuerquelle. Folge daraus war, dass sich das Land reich fühlte und in verschwenderischer Weise seine Kreditwürdigkeit ausnutzte (vgl. Mariátegui 1986:23f; vgl. Mariátegui/ v. Oertzen 1986: 59).

Grundsätzlich hatten Guano und Salpeter die Funktion, in der Zeit, in welcher Peru aufgrund seiner ungünstigen geographischen Lage nicht besonders viele Möglichkeiten hatte, für einen aktiven Handel mit der westlichen Welt zu sorgen. Es sollten Kolonisatoren- und Zivilisatorenmassen ins Land gezogen werden. Den Handel mit der westlichen Welt unterstellte die peruanische Wirtschaft jedoch der Kontrolle des britischen Kapitals. Aufgrund der aufgenommen Kredite in der Guano- und Salpeterzeit wurde die Verwaltung der Eisenbahnen an die Briten übertragen, was die Antriebskraft der Ausbeutung der Ressourcen Perus war (Mariátegui 1986:24f; Mariátegui/ v. Oertzen 1986: 59).

Der Charakter der gegenwärtigen Ökonomie Perus

In der Nachkriegszeit beginnt mit dem fast vollständigen Zusammenbruch der Produktivkräfte ein neues Kapitel der peruanischen Wirtschaftsentwicklung. Neben den wichtigsten Einkommensquellen, musste Peru auch den Verlust von Guano und Salpeter verzeichnen. Neu entstandene Produktivkräfte wurden sozusagen gelähmt, es kam zu einem allgemeinen Verfall von Produktion und Handel, zur Abwertung der nationalen Währung und zum Verlust der Kreditwürdigkeit im Ausland. Abermals fiel die Macht Militärführern in die Hände, welche weder geistig noch organisatorisch in der Lage waren, die Wirtschaft wieder aufzubauen. Es dauerte nicht lange, dann übernahm die kapitalistische Schicht, welche sich zuvor in der Guano- und Salpeterzeit formiert hatte, wieder ihre Funktionen und nahm ihren Platz ein. Demnach passte sich die Politik der wirtschaftlichen Reorganisation völlig dem Klasseninteresse an, wobei die Interessen des Proletariats, sowie der Klein- und Mittelbourgeoisie völlig außen vor gelassen wurden. Diese Maßnahme und der Grace-Vertrag waren zweifellos die entschiedensten Maßnahmen zur Überwindung der wirtschaftlichen Kriegsfolgen. Mit dem Grace-Vertrag sicherte sich Großbritannien die Vorherrschaft in Peru. Die bis dahin staatlichen Eisenbahnen wurden den Bankiers übergeben, womit der Londoner Finanzmarkt die nötigen Pfänder und Garantien erhielt, die neue Investitionen in peruanische Unternehmen sicherten. Die staatliche Kreditwürdigkeit wurde jedoch zunächst nicht wiederhergestellt. (vgl. Mariátegui 1986: 26; vgl. Mariátegui/ v. Oertzen 1986: 61f)

Die geschwächte Ökonomie der Nachkriegszeit erholte sich langsam und organisierte sich langsam auf einer weniger ergiebigen jedoch solideren Grundlage. Folgende Fakten können laut Mariátegui dies konkretisieren (vgl. Mariátegui 1986: 27f; vgl. Mariátegui/ v. Oertzen 1986: 63f):

1. Das Erscheinen der modernen Industrie:

Die Errichtung von Fabriken, Werken, Transportunternehmen etc., änderte insbesondere das Leben an der Küste. Zudem kam es zu einer Formierung eines Industrieproletariats, welche zunehmend das klassenkämpferische Gedankengut übernahm. Das führte dazu, dass die alten Quellen caudillistischer Gefolgschaft ausgelöscht wurden und sich die Bedingungen der politischen Auseinandersetzungen veränderten.

2. Die Funktion des Finanzkapitals:

Die Entstehung nationaler Banken, welche verschiedene Industrie- und Handelsfirmen finanzieren, aber innerhalb eines engen Rahmens handeln, wo sie den Interessen des ausländischen Kapitals und der Großgrundbesitzer ausgeliefert sind. Auch die Errichtung von Zweigstellen ausländischer Banken, welchen den Interessen nordamerikanischer und englischer Finanzkreise dienen fallen hier hinein.

3. Die Verkürzung der Entfernungen und das Anwachsen des Verkehrs:

Dies geschieht zwischen Peru, den Vereinigten Staaten und Europa. Nach der Inbetriebnahme des Panamakanals, was die geographische Lage Perus merklich verbessert, beschleunigt sich die Eingliederung in die abendländische Zivilisation.

4. Allmählich übertrifft die Macht der Nordamerikaner die der Briten:

Der Panamakanal hat Peru scheinbar eher an die Vereinigten Staaten als an Europa angenähert. Die Beteiligung nordamerikanischen Kapitals an der Ausbeutung des peruanischen Kupfers und Öls, welche schnell zu zwei der wichtigsten Produkte in Peru wurden, gab der wachsenden nordamerikanischen Vorherrschaft eine breite und dauerhafte Basis.

5. Die Entwicklung einer Kapitalistenklasse:

Innerhalb der Kapitalistenklassen überwog nicht mehr, so wie früher die alte Aristokratie. Das große Agrareigentum bewahrte daher seine Macht, während gleichzeitig die der großen Namen aus der Zeit des Vizekönigs zurückging und die Bourgeoisie zunehmend stärker wurde.

6. Die Kautschukillusion:

In den Boomjahren von Kautschuk glaubt das Land, in den Bergen ein Eldorado gefunden zu haben, das teilweise in der Ökonomie, aber besonders in der Vorstellungswelt eine außerordentlich wichtige Bedeutung erlangte. Sogenannte „Abenteurer der starken Klasse“ ziehen in die Gebirge. Jedoch mit dem Niedergang des Kautschuks versank die Illusion am Horizont.

7. Die Exportprofite der europäischen Zeit:

Die steigenden Preise der peruanischen Produkte bewirkten ein rasches Anwachsen der nationalen Privatvermögen und somit verstärkte sich die Vorherrschaft der Küste in der peruanischen Wirtschaft.

8. Die Politik der Anleihen:

Aufgrund der Wiedergewinnung der peruanischen Kreditwürdigkeit im Ausland hat der Staat abermals, bei der Durchführung seiner Infrastrukturprogramme auf ausländische Kredite zurückgegriffen. Auch hier haben die Nordamerikaner den Platz der Briten eingenommen. (vgl. Mariátegui 1986: 63f)

Agrarökonomie und feudaler Grundbesitz

Der größte Teil der peruanischen, vor allem die indigene Bevölkerung arbeitet in der Landwirtschaft, daher behält Peru nach wie vor den Charakter eines Agrarlandes, trotz des wachsenden Bergbausektors. Zudem hat es die Klasse der Grundherren nicht geschafft, sich in eine kapitalistische Bourgeoisie zu transformieren, die Herr über die nationale Wirtschaft ist. Bergbau, Handel und Transport befinden sich in der Hand des Auslandskapitals. Die Großgrundbesitzer haben sich damit abgefunden bei der Zucker- und Baumwollproduktion lediglich als Zwischenhändler zu dienen. Der größte Hindernisgrund für die Entwicklung des Landes war, dass sich aufgrund dessen das Wirtschaftssystem in der Landwirtschaft eine semif feudale Organisationsform erhalten hat. Wegen der steigenden Lebensmittelpreise hatte der Fortbestand der feudalen Verhältnisse Mattigkeit und Armut zur Folge. Zudem kommt, dass es in den Städten fast unmöglich war Handel zu treiben. Die Bewohner konnten sich nur über sogenannte „Tambos“⁵ versorgen. Diese Praxis zeigt, dass die Menschen nicht wie Menschen betrachtet wurden sondern wie eine Sache. Dadurch wurde verhindert, dass die Dörfer gewisse Funktionen übernehmen, welche das Überleben und eine Entwicklung im Rahmen der ländlichen Ökonomie der Täler garantieren könnte (vgl. Mariátegui 1986: 29-32).

Die städtische Industrie und der städtische Handel werden kontrolliert, reglementiert und besteuert, was die Latifundien hingegen umgehen. Dadurch entsteht Konkurrenz,

⁵ Haziendaläden

welche versucht den städtischen Handel und die Industrie zu ruinieren (vgl. Mariátegui/ v. Oertzen 1986: 65).

So stolz man auf die Großgrundbesitzer auch ist, sind sie weit davon entfernt ihr eigenes Werk zu sein. Sie erhielten Kredite, wodurch die Zucker- und Baumwollproduktion erst gedeihen konnte. Grundlage dafür war jedoch der geeignete Boden und billige Arbeitskräfte. Die finanzielle Organisation des Anbaus sowie deren Entwicklung und Gewinne waren vom Weltmarkt abhängig und nicht von den Großgrundbesitzern selbst. Es wurde nichts anderes gemacht, als den Impuls von außen aufzunehmen. Das Auslandskapital war sowieso immer auf der Suche nach Boden, Arbeitskraft und Märkten und wollte die Eigentümer finanzieren und anleiten indem es ihnen gegen die Sicherheit deren Produkte und des Landes Geld lieh. Vor dem modernen Großeigentum und der kapitalistischen Konzentration war noch die freie Konkurrenz gegeben. Damit sich das moderne Großeigentum überhaupt entwickeln konnte, musste das feudale Eigentum zerschlagen und aufgelöst werden. Der Kapitalismus ist eine städtischen Erscheinung, welcher von der Industrie, den Manufakturen und dem Handel geprägt ist. Deshalb wurde als erstes der Boden befreit und das Feudaleigentum zerstört. Die Entwicklung der Stadt war auf die freie bäuerliche Tätigkeit angewiesen (vgl. Mariátegui / v. Oertzen 1986: 65-69; vgl. Mariátegui 1986: 29-34).

3.4.2 Das Bodenproblem⁶

Das Agrarproblem und das Indioproblem

Das Agrarproblem besteht grundsätzlich in der Notwendigkeit den Feudalismus in Peru abzuschaffen. Die feudale Klasse hat aber über die Zeit (als Bourgeoisie getarnt) ihre Stellung gehalten. Trotz der Unabhängigkeitsrevolution bestand die Herrschaft der Großgrundbesitzer weiter und sorgte in der Praxis für die Aufrechterhaltung des Latifundiums. Das Fortbestehen des Feudalismus drückte sich in zwei Phänomenen aus: Großgrundbesitz und Leibeigenschaft, welche immer zusammen gehörten und einander ergänzten. Mariátegui kam in seinen Untersuchungen zu dem Schluss, dass die Leibeigenschaft, welche vor allem auf den Indios lastete, nicht abzuschaffen war, ohne auch den Großgrundbesitz zu beseitigen. Wenn man also das Agrarproblem formuliert,

⁶ Dies ist das dritte Essay seines Werkes „Sieben Versuche, die peruanische Wirklichkeit zu verstehen“

ist es als sozioökonomisches und damit auch politisches Problem anzusehen (vgl. Mariátegui 1986:49-51; vgl. Mariátegui / v. Oertzen 1986: 70-72).

Feudalismus – Kolonialismus

Das Bodenproblem trägt zu Klärung der Haltung gegenüber der Überreste des Vizekönigtums bei. Das koloniale Erbe, welches abgeschafft werden soll, besteht vor allem aus einem feudalen Wirtschaftssystem, das in „gamonalismo“⁷, Großgrundbesitz und Leibeigenschaft seinen Ausdruck findet.

Spanien brachte zuerst quasi das Mittelalter nach Peru mit der Inquisition, dem Feudalismus, etc. und später dann die Gegenreformationen mit dem reaktionären Geist, der jesuitischen Methode und dem scholastischen Kasuismus. Von den meisten dieser Dinge konnten sich die Peruaner mühevoll befreien, indem sie die westliche Kultur angenommen haben. Aber vom wirtschaftlichen Fundament der Hegemonie sind sie nicht losgekommen und die Wurzeln des Feudalismus sind noch unberührt. Das Fortbestehen des Feudalismus trägt dazu bei, dass die kapitalistische Entwicklung erst verspätet eingetreten ist. In der semifeudalen Wirtschaft Perus gehen demokratische und liberale Institutionen unter (vgl. Mariátegui 1986:51f).

Das Indianerproblem ist ein Bestandteil des Bodenproblems, da die indianische Bevölkerung hauptsächlich Bauern sind, die im Einklang mit der Natur leben. Die Zerstörung deren Ökonomie und der Kultur, welche sich von ihr nährte, gehört zu den größten Untaten des Kolonialismus. Weder schätzten noch nutzten die Kolonisatoren deren Agrarökonomie. Stattdessen versuchten sie die Indigenen auszurotten und schifften lieber Sklaven ein (vgl. Mariátegui / v. Oertzen 1986: 72-74).

Die Kolonialpolitik: Entvölkerung und Sklaverei

Den spanischen Kolonialherren fehlte es an jeglicher Fähigkeit eine feudale Ökonomie aufzubauen. Sie hatten lediglich eine etwas phantastische Vorstellung vom ökonomischen Wert der Naturschätze, aber keinerlei Ahnung vom ökonomischen Wert der Menschen. Die Ausrottung der Bevölkerung und die Zerstörung ihrer Institutionen

⁷ „Der Begriff *gamonalismo* bezeichnet nicht allein die soziale und wirtschaftliche Kategorie des Latifundisten und Großgrundbesitzer. Er bezeichnet ein Gesamtphänomen. Den *gamonalismo* verkörpert nicht nur die gamonales im eigentlichen Sinne. Er umfaßt [sic!] eine ganze Hierarchie von Beamten, Mittelsmännern, Handlangern, Schmarotzern usw.“ (Mariátegui 1982: 211, zit. nach v. Oertzen 1986: 40)

ließen das erschlossene Reich in großem Maße verarmen und ausbluten. Durch die Verfolgung und Versklavung der Indianer zerstörten sich die Kolonialherren menschliches Kapital. Der Bedarf an Arbeitskräften stieg hingegen ständig, daher griffen die Spanier auf den Sklavenimport zurück.

Die Gier nach wertvollen Metallen veranlasste die Kolonialherren sich in erster Linie mit dem Bergbau zu beschäftigen. Ihr Interesse war es, die vorwiegend bäuerliche Bevölkerung in BergarbeiterInnen zu verwandeln. Deshalb musste sich die indigene Bevölkerung der Sklaverei unterwerfen. In einem wirklich feudalen System wären die Indios in Form von Landarbeitern zu Leibeigenen gemacht worden, erst die Bergarbeiterschaft machte sie zu Sklaven. Mit dem System der sogenannten „mitas“⁸ führten die Spanier die Zwangsarbeit ein und rissen die Indios von ihren Ländern und aus ihren Traditionen heraus. Die Einfuhr der schwarzen Sklaven versorgte die spanische Bevölkerung an der Küste, wo sich Haus und Hof des Vizekönigs befand. Die Sklaverei etablierte sich und schwächte somit das System. Das koloniale Erbe hinterlässt an der Küste den Charakter, dass sie niemals ganze Menschen benötigten, sondern immer nur Arme (vgl. Mariátegui 1986:54-56; vgl. Mariátegui / v. Oertzen 1986: 75f).

Der spanische Kolonialherr

Die bereits erwähnte Unfähigkeit der Kolonialherrschaft, die peruanische Wirtschaft auf ihrer natürlichen landwirtschaftlichen Grundlage aufzubauen, erklärt sich daraus, dass das Wirtschaftssystem auf demselben Prinzip aufgebaut werden sollte, wie das in Europa, ohne sich den regionalen Bedingungen und deren Nutzen bewusst zu sein (Mariátegui 1986: 56; Mariátegui / v. Oertzen 1986: 77).

Die Spanier brachten keine Eigenschaften mit, welche für die Kolonisation notwendig gewesen wären. Es waren lediglich Adelige, Kirchenleute und Stadtbewohner, die Spanien entsandte. Da sie dachten, dass der Reichtum in den wertvollen Metallen bestünde, vernichteten sie aufgrund des Bergbaus und dem damit verbundenen „mitas“ das menschliche Kapital. Der Kolonialherr ließ sich in den Bergwerken, anstatt auf den Feldern nieder und hatte somit die Mentalität eines Goldsuchers. Es konnte so aber

⁸ Quechua: „Zwangsarbeit, Arbeitsverpflichtung“. Die spanische Kolonialverwaltung machte aus diesem System den Vorwand, ganze Regionen zu entvölkern und die Bewohner in die Bergwerke zu verschleppen, wo die meisten aufgrund der unmöglichen Arbeitsbedingungen starben (v. Oertzen 1986: 76)

keinen Reichtum schaffen, da eine Wirtschaft und eine Gesellschaft ein Werk derer ist, die den Boden bebauen und nicht hastig die Schätze aus der Erde sammeln.

Die einzigen wirklichen Kolonisatoren Spaniens waren eventuell die Jesuiten und Dominikaner. Diese schufen in Peru mehrere wichtige Produktionszentren indem sie in ihren Unternehmen den religiösen, politischen und ökonomischen Aspekt vereinten (vgl. Mariátegui / v. Oertzen 1986: 79; vgl. Mariátegui 1986: 58).

Die „comunidad“⁹ unter der Kolonialherrschaft

Die „Leyes de Indias“¹⁰ schützen das Eigentum der indigenen Bevölkerung und erkannten ihre kommunistische Organisation an. Die Gesetzgebung, soweit diese die indianischen „comunidades“ betraf, akzeptierte die Institutionen und Bräuche, welche den religiösen Geist und den politischen Charakter der Kolonialherrschaft nicht berührten, in Ruhe zu lassen (Mariátegui 1986: 59). Dies entsprach der Feudalen Theorie und Praxis. Die Bestimmungen der Kolonialgesetze über die „comunidad“ erhielten zwar deren wirtschaftliche Funktionsweise aufrecht, aber reformierten zudem diejenigen Bräuche, welche der katholischen Lehre widersprachen. Ziel war es die „comunidad“ in den Verwaltungs- und Steuerungsapparat einzufügen und dem König und der Kirche zu größeren Ruhm und Nutzen zu verhelfen. Die Gesetzgebung bestand jedoch nur auf dem Papier. In der Realität konnten die Besitztümer der Indianer aufgrund der kolonialen Praktiken nicht geschützt werden.

Durch die Grundherrschaft wurde die „comunidad“ in seiner ursprünglichen Funktion völlig entfremdet. Die zur Verfügung stehende Anbaufläche erwies sich mit der Zeit immer mangelhafter und ungenügender. Die Bauern der „comunidad“ hatten keineswegs ausreichend Boden um ihren Lebensunterhalt zu sichern. Umgekehrt standen den Grundbesitzern die notwendigen und unentbehrlichen Arbeitskräfte zur Verfügung. Diese Strategie hatte den Hintergrund, dass es im Interesse stand, den Bauern die Grundbesitze zu überlassen, damit sie ihre Arbeitskraft zur Verfügung stellen und sich zur Arbeit auf den Latifundium zu verpflichten (Mariátegui 1986: 61).

Das „comunidad“ und Latifundium in Peru nebeneinander gleichzeitig bestanden, war einerseits aufgrund der Besonderheiten des Kolonialregimes möglich und andererseits

⁹ Ursprünglich indianische Dorfgemeinschaft mit gemeinsamer Bearbeitung des in Gemeinbesitz befindlichen Grund und Bodens (vgl. Mariátegui 1986: 313).

¹⁰ „Indiogesetze“. Diese wurden 1542 von der spanischen Krone zum Schutz der indigenen Bevölkerung erlassen (v. Oertzen 1986: 80)

aufgrund der Erfahrungen im feudalen Europa möglich. Die „comunidad“ konnte unter diesem System nicht wirklich geschützt, sondern nur geduldet werden. Die „comunidad“ überlebte zwar die Kolonisation, aber nur innerhalb eines Systems der Leibeigenschaft (vgl. Mariátegui / v. Oertzen 1986: 80-82; vgl. Mariátegui 1986: 60-62).

Die Unabhängigkeitsrevolution und der Grundbesitz

Die Unabhängigkeitsrevolution fand in Peru eine noch kaum ausgebildete Bourgeoisie vor. Das bedeutet, dass die Züge einer kapitalistischen Ökonomie noch weniger entwickelt waren, als in den anderen Ländern Amerikas, wo die Revolution auf ein Bürgertum zählen konnte, das dementsprechend weiter ausgebildet war .

Um den Feudalismus vernichten zu können, wären, so zeigte es die bolschewistische Revolution in Russland, zwei Voraussetzungen nötig gewesen: das Vorhandensein einer Bourgeoisie, welche sich ihrer Ziele und Interessen bewusst ist, und eine revolutionäre Geisteshaltung der Bauernklasse, die ihre Forderung nach Recht auf Grundbesitz stellen muss. In Peru besaß die Unabhängigkeitsrevolution noch weniger als in anderen Ländern diese Voraussetzungen. Die Revolution konnte aber nur siegen, da die zwangsläufige Solidarität aller Völker des Kontinents gegen die Herrschaft Spaniens rebellierte. Zudem kam, dass die Tendenzen der ganzen Welt den Prozess unterstützten (vgl. Mariátegui 1986: 62f; vgl. Mariátegui / v. Oertzen 1986: 83f)

Die Agrarpolitik der Republik

Auf die Unabhängigkeitsrevolution folgte die militärische Periode der Caudillos¹¹. In dieser Periode war es undenkbar eine liberale Politik in Bezug auf das Grundeigentum zu entwickeln. Die Militärherrschaft war das Ergebnis einer revolutionären Periode, die selbst nicht in der Lage war, eine neue herrschende Klasse zu erschaffen. Die militärischen Führer ernteten daher die Lorbeeren, welche sie während der Revolution ergattern konnten und konnten aufgrund der Waffengewalt ihre Macht halten. Der Caudillo konnte sich zudem dem Einfluss der sich widersprechenden Klasseninteressen nicht entziehen. Es bestanden Interessenskonflikte zwischen Liberalen und

¹¹ Caudillo ist eine spanische Funktionsbezeichnung und kann als Heerführer übersetzt werden

Konservativen, und es fehlte ihnen eine direkte Vertretung der Bauerninteressen, welche die erstgenannten gezwungen hätte, in ihr Programm die Neuverteilung des Großgrundbesitzes mit einzubeziehen. Ein guter Staatsmann hätte dieses Grundproblem bemerkt und eine Lösung gesucht, um etwas dagegen zu machen. Das war jedoch keiner der militärischen Anführer damals.

Abgesehen davon wirkte das Herrschaftssystem der Caudillos damals unfähig, eine Reform in diesem Ausmaß überhaupt durchzuführen, was vor allem ökonomische und juristische Sachkenntnisse voraussetzt. Schuld dafür war unter anderem die Gewaltbereitschaft. Zudem muss gesagt werden, dass eine neue juristische und ökonomische Ordnung nur durch eine Klasse geschaffen werden kann. Wenn eine solche Klasse existiert, könnte der Caudillo als deren Vertreter und Treuhänder auftreten. Das bedeutete, dass anstatt der persönlichen Willkür, unterschiedliche Interessen und Notwendigkeiten seine Politik bestimmen. In Peru fehlte hingegen damals eine bürgerliche Klasse, welche in der Lage gewesen wäre, einen starken und fähigen Staat aufzubauen. Deshalb stellte der Militarismus eine erste provisorische Ordnung dar, welche, sobald sie nicht mehr unerlässlich war, durch eine fortgeschrittene und organischere Ordnung ersetzt werden musste. Denn es war für diese Ordnung unmöglich, das Agrarproblem weder zu begreifen noch überhaupt zur Kenntnis zu nehmen (vgl. Mariátegui / v. Oertzen 1986: 86f; vgl. Mariátegui 1986: 65f).

Erst mit der Verabschiedung des Bürgerlichen Gesetzbuches begann sich in Peru eine stufenweise Organisation herauszubilden, wohingegen die Militärherrschaft am Zerfallen war. Das Gesetzbuch setzte die Politik der Mobilisierung und Befreiung des Grundeigentums, welche durch die gleichen Prinzipien wie die der ersten Dekrete der Republik zur Frage von Grund und Boden inspiriert wurden, verstärkt fort. Ugarte stellte fest, dass das Gesetzbuch eine legale Abschaffung der „comunidades“ war und die Bande der Grundherrschaft bestätigte (Ugarte 1926: 57, zit. nach Mariátegui 1986: 67).

Absicht der Gesetzgebung in Peru war es die Bourgeoisie und die Mestizen zu stärken, sowie die Bildung einer Kleinbauernschicht durch die Aufteilung des Erbes zu gleichen Teilen, was zuvor von den Großgrundherrschaften verhindert wurde. Aber das bürgerliche Recht ist in diesem Zusammenhang nur eines vieler Instrumente liberaler Politik und kapitalistischer Praxis. Hier werden Hindernisse abgebaut, um den Großgrundbesitz zu demokratisieren, ohne den Bauern angemessenen Schutz zu bieten (Ugarte 1926: 58, zit. nach Mariátegui 1986: 68). Die Folge daraus war, dass sich trotz

des Gesetzbuches der Kleinbesitz nicht entwickeln konnte (Mariátegui 1986: 68; Mariátegui / v. Oertzen 1986: 88).

Großgrundbesitz und politische Macht

Wie bereits beschrieben, haben das noch kaum entwickelte Bürgertum in den Städten und die außerhalb der Gesellschaft angesiedelte Stellung der Indianer verhindert, dass die Unabhängigkeitsrevolution in Peru das Agrarproblem erkannte und anpackte. Das wiederum machte es später unmöglich, dass die Regierungen der Republik eine Politik entwickeln konnten, welche in irgendeiner Form auf etwas weniger ungerechte und ungleiche Verteilung des Bodens zielte. Die Aristokratie der Grundbesitzer wurde während der Militärherrschaft immer stärker und der Handel befand sich in den Händen der Ausländer. Aufgrund dessen konnte sich (ökonomisch betrachtet) kein kraftvolles städtisches Bürgertum herausbilden. Hinzu kann, dass die spanische Erziehung weder Kaufleute noch Techniker ausbildete, sondern Advokaten, Literaten, Theologen, usw., welche im Großen und Ganzen die Anhängerschaft der Kaste der Grundbesitzer darstellte und sich somit den Zielen und Erfordernissen des Industrialismus sowie des Kapitalismus völlig abwandten. Die Kaste übernahm die Rolle des Bürgertums, ohne dass sie ihre kolonialen und aristokratischen Angewohnheiten und Vorurteile aufgaben. Die Macht dieser Klasse gründete sich zum größten Teil auf dem Grundbesitz. Diese Klasse der Eigentümer musste sich quasi mit den Interessen der Kaufleute und der ausländischen Kreditgeber abstimmen, um mit dem Staat und dem öffentlichen Eigentum Handel treiben zu können (vgl. Mariátegui 1986: 68f; vgl. Mariátegui / v. Oertzen 1986: 89).

Die wichtigste Entwicklung und Aufrechterhaltung des Großgrundbesitzes war, dass die Grundbesitzer-Klasse einerseits eine extrem konservative Haltung gegenüber der Frage des Grundeigentums einnahm und andererseits die indianische Bevölkerung nach wie vor in ihrer außergesellschaftlichen Stellung verharrte. Dadurch gab es keine Förderung bewusster Bauernmassen, welche sich den feudalen Interessen entgegenstellen konnten. Obwohl der Liberalismus der republikanischen Gesetzgebung nichts im Bezug auf den Feudalbesitz machte, wurde er beim Gemeineigentum aktiv. In diesem Zusammenhang wurde die „comunidad“ aufgelöst. Man versuchte krampfhaft die Gesellschaft zu verändern, nur gelang dies nicht, da man eine Gesellschaft nicht künstlich ändern kann, wenn vor allem deren Landbevölkerung eine tiefe Verbindung zu ihren Traditionen und

ihren rechtlichen Institutionen hat. Zudem führte die Zerstörung der „comunidad“ nicht dazu, dass die Indios zu Kleinbauern oder Lohnarbeitern gemacht werden sollten, sondern dass ihre Äcker den Gamonalen und deren Anhängern ausgeliefert wurden. So konnten die Großgrundbesitzer die indianische Bevölkerung noch leichter an das Latifundium anbinden.

Der Antrieb für die Konzentration der Grundbesitzer an der Küste geht nicht, wie ursprünglich behauptet wurde, auf die Notwendigkeit über eine ausreichende Menge an Wasser zu verfügen zurück, sondern auf die koloniale Herrschaft. Die Entvölkerung der Küste war gleichzeitig eine Konsequenz der Herrschaft des Großgrundbesitzes und einer der Gründe für dessen Entstehung. Dies war mit Grund dafür, dass die Nutzflächen nicht ausreichend bewirtschaftet werden konnten, da es nicht genug Arbeitskräfte gab. Obwohl die Kolonialherren diese mit Sklaven kompensieren wollten, schafften sie es nicht. Im Hochland gab es jedoch kein Wasserproblem, das Regenwasser gestattete ihnen dasselbe anzubauen, wie an der Küste. Ebenso gab es im Hochland das Phänomen der Bodenkonzentration. Dies zeigt, den wesentlich politisch-sozialen Charakter dieser Frage.

Die Entwicklung mechanisierter Plantagen und die auf den Export ausgerichtete Landwirtschaft an der Küste sind abhängig von der wirtschaftlichen Kolonisierung der lateinamerikanischen Länder durch den westlichen Kapitalismus. Nach und nach kam immer größeres Interesse seitens englischer Kaufleute und Geldgeber für die Ländereien auf. Die Grundbesitze gingen dann zu großen Teilen in die Kontrolle ausländischer Firmen und die Grundbesitzer dienten als Vermittler gegenüber dem westlichen Kapitalismus, um für geringe Entlohnung die Ausbeutung der Ländereien zuzusichern.

Das Latifundium an der Küste hatte damals einen relativ fortschrittlichen Stand kapitalistischer Technisierung erreicht, auch wenn die Ausbeutung nach wie vor auf feudalen Prinzipien beruhte. Der Boden wurde maschinell nach modernsten Verfahren bearbeitet und zur Weiterverarbeitung der Produkte gab es riesige Industrieanlagen. Es stand ein beachtliches Kapital zu Verfügung. Im Hochland hingegen blieben die Produktionszahlen konstant und stiegen nicht an (vgl. Mariátegui / v. Oertzen 1986: 90f; vgl. Mariátegui 1986: 69-71).

Die „comunidad“ während der Republik

Der aktive Liberalismus der republikanischen Gesetzgebung hat sich, wie schon erwähnt, der indigenen „comunidad“ gegenüber aktiv gezeigt. Die allmähliche Enteignung und Absorption der „comunidad“ durch das Latifundium auf der einen Seite und seine Leibeigenschaft auf der anderen Seite zerstörten die rechtlichen und wirtschaftlichen Institutionen, welche teilweise den Geist und die Materie einer alten Zivilisation bewahrt hatten (vgl. Mariátegui 1986: 71f). Die „comunidad“ wurde von den Gesetzgebern als Überrest einer primitiven Gesellschaft und als Überbleibsel der kolonialen Ordnung betrachtet (Mariátegui / v. Oertzen 1986: 92f).

Trotz der Angriffe des liberalen Formalismus, welcher im Dienste des Feudalismus stand, blieb die „comunidad“ weiterhin bestehen. Castro Pozo behauptete, dass die „ayllu“¹² oder „comunidad“ ihren ursprünglichen Charakter als quasi familiäre Institution bewahrten. Jedoch entwickelten sich aufgrund der Gesetzgebung, welche auf die Individualisierung des Grundbesitzes ausgerichtet war und den „comunidades“ die Felder enteignet haben, vier verschiedene Typen von „comunidades“ (vgl. Castro Pozo 1924, zit. nach Mariátegui 1986: 75):

1. „comunidades“ mit Ackerbau
2. „comunidades“ mit Ackerbau und Viehzucht
3. „comunidades“ mit Weiden und Gewässern
4. „comunidades“ mit gemeinsamer Nutznießung des gepachteten Landes

Diese Typen sind aber nicht völlig voneinander abzugrenzen. Man findet die verschiedenen Züge der „comunidades“ auch in den jeweils anderen Typen wieder.

Durch ihr Weiterbestehen beweisen die „comunidad“ die Lebenskraft des indianischen Kommunismus, welcher immer neue Formen der Kooperation und Assoziation erzeugt, was ihm quasi davon abhält zum Individualisten zu werden. Die Solidarität untereinander war Ausdruck des kommunistischen Geistes, auch wenn zwischen den Familien die Bindung an das Gemeineigentum und die Gewohnheit der gemeinsamen

¹² *ayllu* (Quechua) hieß in den Zeiten der Inkas (und teilweise auch heute noch) in Peru die soziale Grundeinheit des Volkes – Dorfgemeinschaft. Es ist eine Großfamilie bzw. Dorfgemeinschaft, welche ein bestimmtes Langlebiet besaß und gemeinsam bewirtschaftete.

Arbeit schon lang Zeit erloschen war (vgl. Mariátegui 1986: 75f; vgl. Mariátegui / v. Oertzen 1986: 96f).

Die „comunidad“ und der Großgrundbesitz

Die Verteilung der „comunidad“ beruhte auf konkreten und praktischen Faktoren ökonomischer und sozialer Natur. Das Gemeineigentum ist in Peru keine primitive Wirtschaftsform, welche durch eine progressive, auf den Privatbesitz beruhende Wirtschaftsform, abgelöst worden ist. Die „comunidad“ sind stattdessen ihres Landes zugunsten des feudalen Latifundiums beraubt worden, da angenommen wurde, dass sie zum technischen Fortschritt unfähig wären.

Wohingegen die „comunidad“ als kommunistische Form der Bodenbewirtschaftung an den Küsten verschwand, wurden sie im Hochland, wo sie durch die Eisenbahn mit dem Handelssystem und den zentralen Transportwegen verbunden wurde, spontan zu Kooperativen. Ohne ihre Bräuche aufzugeben wurde Geld zur Verfügung gestellt, um große Maschinen zu kaufen und es wurden somit Arbeitskosten eingespart, die von der Gemeinde ausgeführt wurden.

Wenn man die „comunidad“ mit den Latifundien als Produktionsbetriebe vergleicht, sieht es für das Latifundium schlecht aus. Kleine landwirtschaftliche Betriebe werden im kapitalistischen System der Großgrundbesitzer verdrängt. Die Großgrundbesitzer sind in der Lage die Produktion durch den Gebrauch von modernen Anbautechniken zu intensivieren. Der Großgrundbesitz stand somit im Interesse der damaligen Gesellschaft, wohingegen die Latifundien in keinsten Weise den ökonomischen Anforderungen entsprachen. Auf der einen Seite erwies sich die „comunidad“ hingegen als entwicklungs- und wandlungsfähig und auf der anderen Seite stellte es ein Produktionssystem dar, welches der indianischen Bevölkerung Anstoß gab das bestmögliche zu leisten (vgl. Mariátegui 1986: 76-78; vgl. Mariátegui / v. Oertzen 1986: 97f)

Indem die „comunidad“ aufgelöst wurde, hatte die Herrschaft des Feudalbesitzes nicht nur eine ökonomische, sondern vor allem eine soziale Institution angegriffen, welche die Traditionen der Indios verteidigte, die Funktion der Bauernfamilie bewahrte und ein volkstümliches Rechtsempfinden ausdrückte und dem hoher Wert beigemessen wurde (Mariátegui / v. Oertzen 1986: 79; Mariátegui / v. Oertzen 1986: 100).

Arbeitsreformen: Leibeigenschaft und Lohnarbeit

In der Landwirtschaft hing die Arbeitsordnung von der Ordnung der Besitzverhältnisse ab. Somit lebte in Peru die Leibeigenschaft in unterschiedlichen Formen weiter sowie das feudale Latifundium. Der Unterschied zwischen der Agrarwirtschaft zwischen der Küste und dem Hochland bestand zum größten Teil in der Technik der Anbaumethoden, der Verarbeitung und dem Verkauf der Produkte. Jedoch blieb das Verständnis von Arbeitskraft überall das gleiche. Die rassistischen Vorurteile gegenüber den Indios, aber auch gegenüber den importierten Sklaven, spielten nach wie vor eine Rolle.

Das gesamte Klima in den Haciendas blieb aristokratisch. Die Beamten der Regierung oder der Verwaltung unterlagen der Autorität des Grundherren. Dieser betrachtete sein Gebiet quasi als außerhalb der Staatsgewalt gelegen, ohne sich überhaupt um die staatsbürgerlichen Rechte der Bevölkerung zu kümmern, welche innerhalb seines Gebietes lebte. Der Grundherr fällt Schiedssprüche, errichtete Monopole und verhängte Sanktionen, die der Freiheit der Landarbeiter und deren Familien widersprachen. Alles, also das Reisen, der Handel und sogar die Lebensgewohnheiten, waren unter der Kontrolle des Haciendabesitzers. Die Siedlungen, in denen die ArbeiterInnen untergebracht waren, unterschieden sich oft nicht besonders von den Unterbringungen, in denen früher die Sklaven leben mussten. Diese unbegrenzte Kontrolle schrieb den Großgrundbesitzern praktisch eine unkontrollierbare Macht zu. Durch das Gesetz des „yanaconazo“¹³ und des „enganche“¹⁴ konnten sich die Grundbesitzer gegen die Einführung von freien Löhnen widersetzen, was für eine liberale kapitalistische Wirtschaft unerlässlich ist. Das System der „enganche“ nahm den ArbeiterInnen jegliches Recht über ihre eigene Person und ihre Arbeit frei zu verfügen, solange sie nicht ihre Verpflichtungen gegenüber ihrer Herren erfüllt haben, was dem früheren Sklavenhandel sehr ähnlich war. Das System des „yanaconazo“ war eine Variante des Systems von Leibeigenschaft, worin der Feudalismus bis in die kapitalistische Epoche, vor allem in den politisch und ökonomisch zurückgebliebenen Dörfern, aufrecht erhalten werden konnte. Mit diesem System wurde die Landbevölkerung an den Boden

¹³ *yanacóna* (spanisch: indianische DienerIn). Das „yanaconazo“ war damals ein eigenes System der Leibeigenschaft.

¹⁴ *enganche* (spanisch: Haken). Hierbei handelt es sich um eine Methode von gewalttätiger und betrügerischer Arbeitsvermittlung, um Hochindianer in die Küstenplantagen zu locken. Ihnen wurde Alkohol oder Kredite zu Wucherzinsen angeboten, welche sie veranlassten Verpflichtungen einzugehen, die sie dann durch Landarbeit begleichen sollten, was aber in der Regel nie gelang (vgl. v. Oerzen 1986: 101)

gebunden und das System des „enganche“ sicherte der Landwirtschaft den Zustrom von Arbeitskräften aus dem Hochland an die Küste. Dies war für die Grundbesitzer von großer Bedeutung, da die Unternehmen Gefahr liefen, aufgrund der nur spärlichen Bevölkerung an der Küste, einen Mangel an Arbeitskräften zu haben (vgl. Mariátegui 1986: 80f; vgl. Mariátegui/ v. Oertzen 1986: 100-102).

Den Grundbesitzer interessierte nicht die Produktivität seines Landes, sondern die Rentabilität. Deshalb reduzierte er seine Produktionsfaktoren nur auf sein Land und die Indios, also die Arbeitskraft. Der Besitz von Boden ermöglichte ihm, die Arbeitskraft der indianischen Bevölkerung grenzenlos auszunutzen (Mariátegui 1986: 85; Mariátegui/ v. Oertzen 1986: 105).

Der „Kolonialismus“ unserer Küstenlandschaft

Den Grad der Entwicklung, welche die Industrialisierung der Landwirtschaft damals durch eine kapitalistische Organisation und Technik erreichte, beruht auf dem Interesse der britischen und nordamerikanischen Kapitalisten an der peruanischen Baumwoll- und Zuckerrohrproduktion. Die Ausdehnung dieser Kulturen kam nur zustande, da die ausländischen Exportfirmen genau diese Kulturen förderten oder unterstützen. Die Produktion ging soweit, dass Baumwolle und Zuckerrohr auf den besten Böden der Täler angebaut wurde. Dies geschah nicht weil sie dafür so geeignet waren, sondern weil diese Kulturen für die ausländischen Investoren gerade von Wert waren. Andere Kulturen hingegen wurden nicht gefördert. Genauso lag die Nahrungsmittelproduktion ausschließlich in den Händen von Kleinbesitzern und Pächtern und es gab vor allem auf den Baumwoll- und Zuckerrohrhazieden kaum genügend Nahrungsmittel zur Versorgung der örtlichen Landbevölkerung. In diesem Zusammenhang wurden traditionelle Kulturen von Nahrungsmitteln für die Baumwoll- und Zuckerrohrgebiete verdrängt. Dies war mit ein Grund, dass sich die Lebenshaltungskosten in den Ortschaften verteuerten. Das Land musste deshalb auf Importe zurückgreifen. Dies wäre aber nicht notwendig, da Peru über genügend Anbauflächen verfügt, mit denen sie die Bevölkerung vor allem mit Grundnahrungsmitteln, wie Weizen und Gerste versorgen könnte. (vgl. Mariátegui 1986: 86f; vgl. Mariátegui / v. Oertzen 1986: 106f).

Jedoch war das wohl aufgrund der herrschenden Wirtschaft in Peru nicht möglich, da diese nach wie vor eine koloniale Wirtschaft darstellte. Ihre Bewegungen sowie deren Entwicklung waren den Interessen und Erfordernissen der Märkte in London und New

York unterworfen. Diese Märkte betrachteten Peru nur als Rohstofflager und als geeigneten Abnehmer für Fertigprodukte. Aufgrund dessen erhielt die peruanische Landwirtschaft Kredite und Transportmöglichkeiten.

Die ausländische Finanzwelt bestimmte Produkt und Preis, und bekam sie ein bestimmtes Produkt in einem anderen Land billiger, wurden die peruanischen Lieferanten ihrem Schicksal überlassen. Die Großgrundbesitzer handelten in Wahrheit nur als Handlanger oder Agenten des ausländischen Kapitals (vgl. Mariátegui 1986: 88; vgl. Mariátegui / v. Oertzen 1986: 108f).

Schlussbetrachtungen

In seiner Schlussbetrachtung ergänzt Mariátegui seine dargelegte Studie noch um einige Überlegungen (vgl. Mariátegui 1986: 89-92; vgl. Mariátegui / v. Oertzen 1986: 109-112):

1. Eines der größten Hindernisse für die Entwicklung des peruanischen Kapitalismus war der Charakter des Grundbesitzes. Die Großgrundbesitzer haben bzw. hätten ihre Böden nie selbst bewirtschaftet. Diese wurden hingegen zum größten Teil von großen oder mittelgroßen Pächtern bewirtschaftet. Die Pächter waren meist kapitalistische Unternehmer, die mehr oder minder nur auf den erwirtschafteten Mehrwert aus waren. Ebenso war es Ziel des Pächters selbst Eigentümer zu werden, aber genau das trug dazu bei, dass das Ackerland sich verteuerte, was wiederum dem Latifundium zugutekam.
Hinzu kam, dass die kapitalistische Bewirtschaftung und Industrialisierung in Peru nur sehr langsam voranschreitet. Das lag an den nach wie vor herrschenden feudalen Privilegien.
2. Das Latifundium stellte gleichzeitig das größte Hindernis für die Einwanderung von Weißen dar (z.B. aus Italien, Mitteleuropa oder dem Balkan). Die städtische Bevölkerung der westlichen Länder wanderte nur im geringen Maße aus und die Industriearbeiter wussten, dass es in Lateinamerika nichts gäbe. Wunsch dieser Einwanderer wäre es gewesen, Kleinbesitzer zu werden, was ihnen aber aufgrund des Großgrundbesitzes verwehrt geblieben wäre.
3. Die Landwirtschaft konnte sich wegen der Abhängigkeit von den Kapitalinteressen und den Märkten von Großbritannien und den USA, nicht entsprechend organisieren.

In erster Linie konnte die Versorgung der Bevölkerung nicht gewährleistet werden und zudem konnten ebenso keine neuen Kulturen erprobt und eingeführt werden.

4. Die Probleme der Gesundheitsfürsorge für die Bevölkerung an der Küste konnten trotz teilweise wirtschaftlichen Aufschwungs nicht verbessert werden. Ebenso wenig wurden die Unterkünfte der Landarbeiter verbessert. Es bestand eine sehr hohe Sterblichkeits- und Krankheitsrate.
5. Der noch bestehende Agrarfeudalismus im Hochland war nicht im Stande, Reichtum und Fortschritt zu fördern. Die einzige Ausnahme stellten die Viehzuchtunternehmen dar, welche die verschiedenen Produkte exportierten. Abgesehen davon sind die Bodenerträge verschwindend gering und die Arbeitsmethoden primitiv.

4 KAPITALISTISCHE VERHÄLTNISSE NORD-SÜD

4.1 Nord-Süd-Beziehungen

Für die Rechtfertigung der Forderungen des Südens an den Westen, also die heutigen marktwirtschaftlichen Länder, wie Nordamerika, Westeuropa und Japan, spielt folgende These eine wichtige Rolle: „[...]Unterentwicklung sei Folge der Eingliederung dieser Länder in das kapitalistische Weltsystem.“ (Elsenhans 1984: 11)

Die erzwungene Eingliederung hat im 15. und 16. Jahrhundert, in Zeiten der Entdeckungsreisen und den Eroberungszügen, begonnen. Es gibt mehrere wichtige Etappen dieser Eingliederung:

1. die Eroberung Lateinamerikas im 16. Jahrhundert
2. der Raub menschlicher Arbeitskraft im Zuge des transatlantischen Sklavenhandels, der im 16. Jahrhundert einsetzte und im 18. Jahrhundert seinen Höhepunkt erreicht hat (vgl. ebd.:11):
3. die Übernahme der asiatischen Seehandelswege und die Ausbeutung der damit verbundenen Gesellschaften durch monopolistische europäische Handelskompanien seit dem 16. Jahrhundert sowie die darauffolgende Besetzung der wichtigsten Regionen Indonesiens und Indiens seit dem 18. Jahrhundert.
4. die Diskriminierung der gewerblichen Produkte der Entwicklungsländer bis ins 18. Jahrhundert, monopolistische Praktiken sowie Gewaltanwendung und seit dem 19. Jahrhundert mittels des Freihandelsprinzips, durch welches die Länder des Südens quasi entindustrialisiert wurden.
5. die koloniale Aufteilung Asiens und Afrikas im 19. Jahrhundert
6. die Spezialisierung der Entwicklungsländer auf die Produktion billiger Rohstoffe, vor allem seit Anfang des 20. Jahrhunderts.
7. die Tätigkeit multinationaler Konzerne in den Entwicklungsländern mit monopolistischer Verfügung über fortgeschrittene Technologie seit dem Zweiten Weltkrieg.

Folge dieser Eingliederung war, dass der Süden dem Westen vorgeworfen hat, er sei ausgebeutet, zu einer ungleichen Spezialisierung gezwungen und wirtschaftlich sowie gesellschaftliche „deformiert“ worden (Elsenhans 1984: 11f).

Ausbeutung ist die Entwendung von Wert, welcher danach für Investitionen nicht zur Verfügung steht. Dies erklärt, warum im Süden das Wirtschaftswachstum durch Kapitalakkumulation ausgeblieben ist. Die ungleiche Spezialisierung begünstigt den Westen beim Güteraustausch. Dadurch wurde die eigene industrielle Entwicklung vorangetrieben, während gewerbliche Fertigkeiten, welche im Süden vor der Kolonisation bereits vorhanden waren, verkümmerten oder durch die Europäer zerstört wurden (vgl. Englert et al. 2006: 15). Wirtschaftliche und gesellschaftliche Deformation bedeutet, dass in den Entwicklungsländern durch Ausbeutung und ungleiche Spezialisierung, gerade diejenigen Produktionszweige, welche für ein breites Wirtschaftswachstum notwendig wären fehlen (vgl. ebd.: 12; vgl. Köhler/Tausch 2002: 211; vgl. Amin 1974: 77f). Dazu zählen Produktionsanlagen zur Herstellung von Investitionsgütern, durch die Arbeitsplätze geschaffen sowie Arbeitskräfte mit neuen Produktionsmitteln produktiver gemacht werden können, ohne dass zusätzliche Importe die Zahlungsbilanz belasten. Entwicklungsländer sind gesellschaftlich deformiert, aufgrund der Ausbeutung und ungleichen Spezialisierung, die von repressiven Herrschaftssystemen durch die europäischen Industrieländer gestützt werden und somit gesellschaftliche Strukturveränderungen zur Überwindung von Unterentwicklung sabotiert werden. Hinzu kommt auch, dass die europäischen Kolonisatoren vor unmenschlichen Unterdrückungsmaßnahmen, welche wirtschaftlicher Kriegsführung und Völkermord in den heutigen Entwicklungsländern beinhalteten, nicht zurückschreckten.

All diese Vorwürfe rechtfertigen es, seitens der Entwicklungsländer, von den westlichen Industrieländern eine Umverteilung des Welteinkommens zugunsten des globalen Südens zu verlangen, da dessen Armut und Unterentwicklung eine Folge der Behandlung durch den globalen Norden gewesen sei. Diese haben sich auf Kosten der Entwicklungsländer ihren heutigen Reichtum aufgebaut und leben jetzt im Reichtum infolge der Fortsetzung dieser ungleichen Verhältnisse (vgl. Elsenhans 1984: 12).

Angesichts der angeführten Ereignisse, lassen sich die begangenen Sünden nicht wegdiskutieren. Diese haben durchaus stattgefunden (vgl. Englert et al. 2006: 25). Aber auch wenn diverse Formen der Benachteiligung der Entwicklungsländer durch die

Industrieländer eingeräumt werden, gäbe es trotzdem zwei Gründe, die der Aussage, dass der Westen seine Entwicklung der Unterentwicklung des Südens zu verdanken habe, gefährlich werden könnten:

- Wenn die wirtschaftliche Entwicklung des Westens auf der Benachteiligung der Entwicklungsländer beruht, dann kann die Unterentwicklung nur über außenwirtschaftliche Maßnahmen im Verhältnis zwischen Westen und Süden überwunden werden. Das geschieht durch den „umgekehrten“ Fluss von Ressourcen, welcher von den Regierungen in den Entwicklungsländern angestrebt wird.
- Wenn die Entwicklung der Industrieländer aufgrund des Zuflusses von Ressourcen aus den Entwicklungsländern und der Nutzung der Märkte dieser erklärt wird, ist es möglich die sozialen Strukturen im Westen zu übersehen. Denn durch diese wurde die Arbeit für das Wirtschaftswachstum mobilisiert und damit wird die Frage nach notwendigen Strukturreformen innerhalb der Gesellschafts- und Wirtschaftssysteme in den Entwicklungsländern überflüssig (vgl. Elsenhans 1984: 13).

4.1.1 Rohstoffreichtum, Rente und ungleiche Spezialisierung

Wegen ihres natürlichen Reichtums sind gerade rohstoffreichere Länder im Außenhandel mit rohstoffärmeren Ländern bedroht, in eine ungleiche Spezialisierung gedrängt zu werden (Schuldt/Acosta 2006: 53). Ein rohstoffreicheres Land ist in der Lage, bei gleichen Arbeitskosten und gleicher technischer Entwicklung, Rohstoffe billiger zu produzieren, als das ein rohstoffärmeres Land je könnte. Bei einer Spezialisierung auf die Rohstoffproduktion kann es mit gleichem Aufwand durch Exporte mehr Fertigwaren importieren als es selbst produzieren könnte. Aufgrund dessen ist es rentabler Kapital in den Rohstoffsektoren anzulegen, als in der verarbeiteten Industrie und daher besteht auch keinerlei Anreiz darauf, die gewerbliche Produktion voranzutreiben (Elsenhans 1984: 25).

Diese Tendenz wird durch die besonderen Formen der Preisbildung bei Rohstoffen vorangetrieben (Acosta 2012: 41). Da die natürlichen Voraussetzungen für die Produktion nach Regionen und Lagerstätten, oft selbst innerhalb eines Landes, verschieden sind, fallen auch die Produktionskosten unterschiedlich aus. Auf dem Weltmarkt bildet sich jedoch ein einheitlicher Marktpreis heraus, und Länder, die günstige natürliche Voraussetzungen haben, erzielen daher höhere Erlöse als Kosten.

Diese Differenz zwischen Erlös und Kosten nennt man Differentialrente und sie entstehen aufgrund natürlicher Voraussetzungen. Das heißt, bei Rohstoffrenten entstehen Einkommen, welche nicht für technischen Fortschritt genutzt werden müssen. Oft hat die Monopolisierung solcher natürlicher Reichtümer durch einzelne Grundbesitzer zur Folge, dass die Differentialrente nur einigen wenigen im betroffenen Rohstoff exportierenden Land zugutekommt (vgl. Elsenhans 1984: 25). Die Rentenökonomie bestimmt die Produktivität und damit alle anderen sozialen Beziehungen (Acosta 2012: 42). Dadurch wird die Einkommensverteilung sehr ungleich. Dies geschieht aber unter anderem auch, weil die Bezieher von Renten dazu neigen, das vorhandene Vermögen aufzukaufen. Bei ungleicher Verteilung des Einkommens bleiben die Märkte für gewerbliche Produkte eher klein, und zudem können die Renten die gewerbliche Produktion auch behindern. In der historischen Entwicklung hat sich gezeigt, dass die Kapitalproduktivität zu Beginn der industriellen Entwicklung eher niedrig ist (zum Teil aufgrund der hohen Kosten der Infrastruktur), dann zunehmend steigt und sich irgendwann stabilisiert. Deshalb sind die Profitraten in den entwickelten Industrieländern durchschnittlich höher als die in den Entwicklungsländern. In den Entwicklungsländern wird jedoch erst dann Kapital vom Westen investiert, wenn die erwartete Profitrate so hoch wie in den Industrieländern ist. Dies gilt aber nur für ein paar Sektoren, zunächst in der Rohstoffproduktion. In den betreffenden Sektoren ist daher die Profitrate höher als die durchschnittliche Profitrate des weniger entwickelten Landes. Daher können die Gewinne aus dem Rohstoffsektor nur in wenigen Produktionszweigen (die sich um den Rohstoffsektor bewegen, zum Beispiel einige Luxusgüterproduktionen) wieder investiert werden. Würde ein solches Land zusätzlich seine Währung abwerten, dann würden sich die lokalen Produktionsfaktoren im internationalen Vergleich verbilligen, die Produktionskosten für bisher importierte Güter würden gegenüber dem Weltmarkt sinken, und die Rohstoffproduktion würde sich ebenso verbilligen. Daraus lässt sich schließen, dass die durchschnittlichen Gewinne bei der Rohstoffproduktion im Außenwert der nationalen Währung auftreten, bei dem der Import von verarbeiteten Produkten kostengünstiger erscheint als deren lokale Produktion.

Gute Rohstoffpreise mindern den Anreiz für eine Diversifizierung der Produktion. Rohstoffärmere Länder müssen daher zur Bezahlung ihrer Importe die gewerbliche

Produktion durch Investitionen verbessern und entwickeln aufgrund dessen neue Technologien und Produkte (vgl. Elsenhans 1984: 25f).

Trotzdem haben es rohstoffreiche Länder geschafft sich zu entwickeln. Dazu zählen vor allem die Siedlungsgebiete der Europäer (wie USA, Australien, Kanada und Neuseeland) sowie Nordeuropa (Norwegen, Schweden, Dänemark, Finnland), die der Blockierung der Entwicklung durch Rohstoffreichtum entgangen sind. In diesen Ländern führt eine breite Streuung des Bodeneigentums oder andere soziale Mechanismen dazu, die hohen Einkommen aus den Rohstoffexporten zur Bildung eines breiten Massenmarktes zu verwenden.

Es hat nicht die Ausbeutung die industrielle Entwicklung der heutigen Entwicklungsländer behindert, sondern gerade deren relativer Reichtum. Wenn Ausbeutung beispielsweise nicht stattgefunden hätte, oder nirgends Zwang zur Öffnung der Märkte angewandt worden wäre, hätte nach erfolgter industrieller Revolution in den Industrieländern jede Bereitschaft zum freien Handel zu einer Entindustrialisierung der Entwicklungsländer führen müssen, außer die Verteilung der Einkommen aus den Rohstoffexporten hätte einen breiten Binnenmarkt für Massenkonsumgüter geschaffen (vgl. ebd: 26f).

4.2 Ausbeutung und die „Entwicklung der Unterentwicklung“

Jahre später schreibt Elsenhans (2012:11) ähnliches: Es ist Fakt, dass in breiten Teilen der Literatur die Behauptung vertreten wird, dass Afrika, Asien und Lateinamerika das Wachstum und die Akkumulation im kapitalistischen Zentrum gestützt hat, und zudem aufgrund der Ausbeutung die wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Entfaltungsmöglichkeiten der Entwicklungsländer be- bzw. sogar verhindert wurden. Statt Entwicklung habe eine „Entwicklung von Unterentwicklung“ (Andre Gunder Frank) stattgefunden, welche immer weitere Ausbeutung erlaubt habe. Auch wenn man gegen diese Behauptung meint, die Entwicklungsländer haben keinen Beitrag zum Wachstum der Industrieländer geleistet, bedeutet das nicht, dass die Peripherie in diesem Prozess nicht benachteiligt wurde. Dazu diskutiert Elsenhans (2012: 11f) drei Komplexe:

1. Konsequenzen der Spezialisierung auf Rohstoffe

2. die Entwicklung der Terms of Trade¹⁵

3. und andere Mechanismen der Ausbeutung sowie die Formen der Organisation von Arbeit und sich daraus ergebenden Widerstandsmöglichkeiten.

Die verstärkte Produktion von Rohstoffen für den Bedarf der Industrieländer war die Folge zweierlei Entwicklungen: der allmählichen Erschöpfung der kostengünstigen bergbäuerlicher Lager an den Standorten nahe der industriellen Produktion und die Steigerung der Realeinkommen.

Der technische Fortschritt hatte nicht nur zur Folge, dass die Effizienz der menschlichen Arbeit erhöht wurde, sondern sollte auch den allmählich sich verschlechternden natürlichen Produktionsbedingungen entgegenwirken. Reiche Lager in geringer Tiefe und in räumlicher Nähe zu den Produktionszentren wurden als erstes ausgeschöpft. Somit nahmen die reichen und leicht abzubauenden Lager nach und nach ab, während weiter entfernte Lager noch nicht mit einbezogen wurden. Bei Verschlechterung der Qualität von den Lagern kann man entweder durch Verbesserung der Abbaumöglichkeiten sorgen, das heißt bessere Förderungstechnologien einführen, auch wenn diese teuer sind, oder man kann auf andere Standorte ausweichen. Die Preisfrage in diesem Zusammenhang hängt vom Fortschritt der Förderungstechnologien im Verhältnis zum Fortschritt der Transporttechnologien ab. Ab Mitte des 19. Jahrhunderts kam es zum Eisenbahnbau auf den Kontinenten des Südens, und zudem sanken zur gleichen Zeit die Massengüterpreise im Schiffsverkehr durch die Einführung des Dampfschiffes. Die zunehmende Erschöpfung der Lager in den nordwesteuropäischen Industrieländern führte zusätzlich noch zu einer technischen Innovation im Bergbau. Es konnten immer tiefere Lager erschlossen und immer größere Anlagen für den Tagebau und die Bergwerke mechanisiert werden. Mit diesen Neuerungen konnte daher eine Produktivitätssteigerung auf reichen und weniger tiefen Lagern erreicht werden (vgl. ebd.: 131-133).

Als zweiten Motor der Ausweitung der Rohstoffproduktion war die Steigerung der Realeinkommen in den Industrieländern. Es entstanden neue Bedürfnisse und damit erhöhte sich in Kontinentaleuropa die Nachfrage nach tropischen Agrarprodukten, wie Kaffee, Tee und Kakao, schneller als das Einkommen. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts

¹⁵ engl.: Handelsbedingungen: bezeichnen das in einer (meist der einheimischen) Währung gemessene Austauschverhältnis zwischen Import und Export eines Landes, das heißt, sie geben an, welche Menge an Gütern eine Volkswirtschaft importieren kann, gemessen an der Gütermenge, die exportiert wird (reale Austauschverhältnisse) (Schubert/ Klein 2011, zit. nach Bundeszentrale für politische Bildung).

bestand der Großteil der Exporte aus dem Süden aus agrarischen Rohstoffen (71 Prozent). Während der ganzen Periode der Industrialisierung des Westens kamen jedoch die Grundnahrungsmittel aus der gemäßigten Zone, das bedeutet vorwiegend aus den entwickelten Ländern, wie den USA, Kanada, Australien und Neuseeland. Bergbau und landwirtschaftliche Rohstoffe trugen hingegen nur wenig zur lokalen Investitionsgüterproduktion bei. Hier spielte es eine Rolle, wo zum ersten Mal Maschinen und Ausrüstung für den Bergbau hergestellt, also Investitionen getätigt wurden. Bei Produkten, welche nur in den Tropen oder Subtropen gedeihen, bestand dagegen kein Anreiz zur Mechanisierung. Dort waren nämlich die Arbeitskräfte ausgesprochen billig, und die Maschinen wären im Vergleich viel zu teuer gekommen. Es gibt nur eine Ausnahme: die Zuckermühle, die bereits im 18. Jahrhundert in Brasilien lokal produziert wurde, aber kein Ausgangspunkt einer sich weiter diversifizierenden Maschinenindustrie wurde.

Ebenso war die Dynamik, welche von der Rohstoffproduktion auf die Beschäftigung ausging, gering. Solange Rohstoffe Geld kosten, gehen die Kapitalisten damit sparsam um. Daher kann man sagen, dass der Kapitalismus durch sinkenden spezifischen Ressourcenverbrauch gekennzeichnet ist. Zudem ist er anderen Formen der Regulierung, wie dem realen Sozialismus, überlegen.

Eine Spezialisierung auf eine ausschließliche Rohstoffproduktion bedeutet eine Spezialisierung auf Produkte, welche im Weltmaßstab überdurchschnittlich wachsen. Wer daher mithalten will, muss seine Produktpalette ausweiten. Zudem sind die Rohstoffpreise im unfairen Austausch gehandelt worden, weil Arbeit in der Rohstoffproduktion des Südens, trotz hoher technischer Leistung, geringer als vergleichbar qualifizierte Arbeit im Westen bezahlt wurde. Es war nicht möglich höhere Löhne zu erzielen, da in den Rohstoffsektoren die Produktivität exponentiell hoch war und somit sich die anderen Sektoren nicht entwickeln konnten (vgl. Elsenhans 2012: 134-136).

5 REICHTUM MESSEN

In diesem Kapitel wird es darum gehen, wie und woran man Reichtum überhaupt messen kann. Hierbei werde ich mich vor allem an zwei Studien halten, die sich mitunter mit dem Thema auseinander gesetzt haben. Die erste Studie ist von der Weltbank und trägt den Titel „Where is the Wealth of Nations?“ und die zweite Studie, die sich teilweise auch auf die Analysen der Weltbank bezieht, ist von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Organisation of Economic Co-operation and Development – OECD) und hat den Titel „Natural Resources and Pro-Poor Growth – The Economic and Politics“.

5.1 Reichtum im weltweiten Vergleich

Das Ende des 20. Jahrhunderts sah eine erneute Verpflichtung zur Beendigung der Armut in den Millennium Development Goals verankert. Es blieb aber eine tiefe Besorgnis, dass die aktuellen Preise des Abbaus und der Schädigung der natürlichen Ressourcen, die sich zum Ziel gesetzten Fortschritt, untergraben. Nachhaltige Ergebnisse erfordern die Erhaltung des gesamten Reichtums (produzierter, natürlicher und humaner), wovon Entwicklung abhängt. Daher ist die „Zusammensetzung von Reichtum“ von Region zu Region verschieden, aber auch von den unterschiedlichen Einkommensniveaus abhängig.

Wenn von Wohlstand gesprochen wird, beziehen sich die Autoren auf die klassisch ökonomischen Faktoren, wie Land, Arbeit und produziertes Kapital als primäre Produktionsfaktoren (vgl. The World Bank 2006: 5f).

Tabelle 1: Gesamtreichtum, 2000 – in \$ pro Kopf und Prozent							
	Natürliches Kapital	Produziertes Kapital	Immaterielles Kapital	Gesamtreichtum	Anteil des natürlichen Kapitals	Anteil des produzierten Kapitals	Anteil des immateriellen Kapitals
Niedriges Einkommen	1,925	1,174	4,434	7,532	26 %	16 %	59 %
Mittleres Einkommen	3,496	5,347	18,773	27,616	13 %	19 %	68 %
Hohes Einkommen (OECD)	9,531	76,193	353,339	439,063	2 %	17 %	80 %
Welt	4,011	16,850	74,998	95,860	4 %	18 %	78 %

Quelle: The World Bank 2006: 4

Tabelle 2: Natürliches Kapital, 2000 – in \$ pro Kopf							
	Bodenschätze	Holzressourcen	Nicht-Holzressourcen	Schutzgebiete	Ackerland	Weideland	Gesamtes natürliches Kapital
Niedriges Einkommen	325	109	48	111	1,143	189	1,925
Mittleres Einkommen	1,089	169	120	129	1,583	407	3,496
Hohes Einkommen (OECD)	3,825	747	183	1,215	2,008	1,552	9,531
Welt	1,302	252	104	322	1,496	536	4,011

Quelle: The World Bank 2006: 4

Tabelle 1 und 2 zeigen die Zusammensetzung des Reichtums pro Kopf nach Einkommensgruppen und der Welt als Ganzes. Die Darstellung der Ergebnisse nach Einkommensgruppen ergibt Informationen über die Unterschiede der unterschiedlichen Einkommensgruppen.

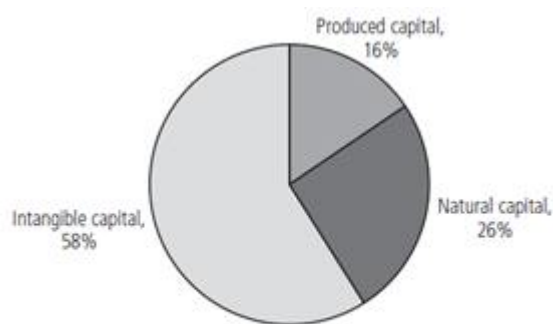
Der Gesamtreichtum pro Kopf variiert beträchtlich zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. Neben diesem großen Unterschied kann man drei weitere Fakten in der Tabelle 1 erkennen:

- Der Anteil des produzierten Vermögens am Gesamtwohlstand ist über die Einkommensgruppen nahezu konstant.

- Der Anteil des natürlichen Kapitals am gesamten Reichtum neigt dazu, mit dem Einkommen zu sinken, während der Anteil des immateriellen Kapitals steigt.
- Der Wert des natürlichen Kapitals pro Kopf ist in den reichen Ländern wesentlich höher als in den armen Ländern. Der Anteil von Wohlstand ist jedoch viel geringer.

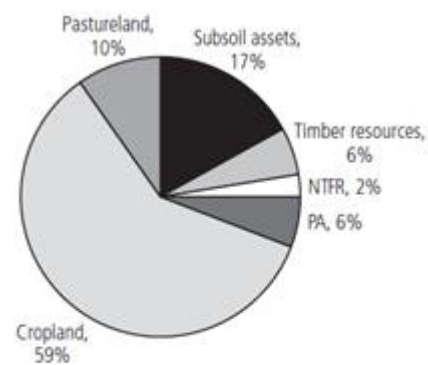
Die Darstellung von Reichtum im weltweiten Vergleich legt nahe, dass der überwiegende Teil des Reichtums immaterielles Kapital ist (The World Bank 2006: 6).

Abbildung 2: Anteile des Gesamtreichtums in Ländern mit niedrigem Einkommen, 2000



Source: Authors.
Note: Oil states excluded.

Abbildung 3: Anteile des natürlichen Reichtums in Ländern mit niedrigem Einkommen, 2000



Source: Authors.
Note: Oil states excluded.
NTFR: Nontimber forest resources. PA: Protected areas.

Quelle: The World Bank 2006: XIII

Abbildung 2 und 3 geben wichtige Einblicke in die Rolle der natürlichen Ressourcen in Ländern mit niedrigem Einkommen. Jedoch ohne die Öl-Staaten, wo die Ressourcenrenten 20 Prozent des Bruttoinlandprodukts überschreiten. Eine Kernaussage ist, dass Naturkapital ein wichtiger Teil des gesamten Reichtums darstellt – größer als der Anteil des produzierten Kapitals. Das deutet darauf hin, dass die Verwaltung der natürlichen Ressourcen ein zentraler Bestandteil der Entwicklungsstrategien sein muss. Die Zusammensetzung des natürlichen Reichtums in den armen Ländern betont die wichtige Rolle der landwirtschaftlichen Flächen. Ein Viertel der gesamten natürlichen Ressourcen sind Bodenschätze sowie Holz- und Nicht-Holz-Waldressourcen¹⁶. Der hohe Anteil der natürlichen Ressourcen des gesamten Reichtums und die Zusammensetzung dieser Ressourcen spielen im Bezug auf Umweltressourcen bei der

¹⁶Unter Nicht-Holz-Waldressourcen versteht man Pilze, Tiere und andere Pflanzen.

Armutsbekämpfung, aber auch der Bekämpfung von Hunger und Senkung der Kindersterblichkeit, eine wichtige Rolle (vgl. OECD 2008: 37-39; vgl. The World Bank 2006: XIII f).

5.2 Reichtum bewerten

Um Reichtum bewerten zu können, stellen sich grundlegende Fragen zum Reichtum der Länder:

- Was ist die wichtigste Komponente des Reichtums in den einzelnen Ländern?
- Wie wirken sich die Anteile der verschiedenen Arten von Reichtum auf das Einkommen aus?
- Führt der Wert des natürlichen Reichtums zur Zunahme oder Abnahme der Entwicklung der verschiedenen Länder?

In den Tabellen 3 und 4 sind die zehn reichsten und die zehn ärmsten Länder der Welt vom Jahr 2000 vertreten. Das Ergebnis ist kaum verwunderlich. Die Zusammensetzung des Reichtums ist in den zehn reichsten Ländern, mit Ausnahme von Norwegen und Japan, sehr konsistent.

Die Liste der zehn ärmsten Länder in Tabelle 4 zeigt, dass Sub-Sahara-Afrika sehr stark vertreten ist. Die Länder in dieser Tabelle sind durch ein hohes Maß an Naturkapital gekennzeichnet (mindestens 25 Prozent der Grundmenge) (The World Bank 2006: 19 f).

Tabelle 3: Gesamtreichtum: die zehn reichsten Länder, 2000				
Land (absteigende Reihenfolge mit pro Kopf Reichtum)	Reichtum pro Kopf (\$)	Natürliches Kapital (%)	Produziertes Kapital (%)	Immaterielles Kapital (%)
Schweiz	648,241	1	15	84
Dänemark	575,138	2	14	84
Schweden	513,424	2	11	87
Vereinigte Staaten	512,612	3	16	82
Deutschland	496,447	1	14	85
Japan	493,241	0	30	69
Österreich	493,080	1	15	84
Norwegen	473,708	12	25	63
Frankreich	468,024	1	12	86
Belgien/Luxemburg	451,714	1	13	86

Quelle: The World Bank 2006: 20

Tabelle 4: Gesamtreichtum: die zehn ärmsten Länder, 2000				
Land (absteigende Reihenfolge mit pro Kopf Reichtum)	Reichtum pro Kopf (\$)	Natürliches Kapital (%)	Produziertes Kapital (%)	Immaterielles Kapital (%)
Madagaskar	5,020	33	8	59
Chad	4,458	42	6	52
Mozambique	4,232	25	11	64
Guinea-Bissau	3,974	47	14	39
Nepal	3,802	32	16	52
Niger	3,695	53	8	39
Republik Kongo	3,516	265	180	-346
Burundi	2,859	42	7	50
Nigeria	2,748	147	24	-71
Äthiopien	1,965	41	9	50

Quelle: The World Bank 2006: 21

Ein negativer Betrag beim immateriellen Kapital kann im Zuge von Entwicklung entstehen, wenn eine Differenz zwischen dem Gesamtvermögen (dem Wert des zukünftigen Verbrauchs) und der Summe von natürlichen und produzierten Ressourcen berechnet wird (The World Bank 2006: 21).

5.3 Methoden zur Bewertung von Kapital

Es gibt laut Weltbank (2006: 21f) zwei Methoden, um Kapital zu bewerten:

- Es kann als die Summe der Additionen, abzüglich der Subtraktionen, des im Laufe der Zeit entstandenen Anfangsbestands (PIM¹⁷) – Beispiel: Aufsummierung der Werte der Bruttoinvestitionen, abzüglich der Abschreibungen von Kapital

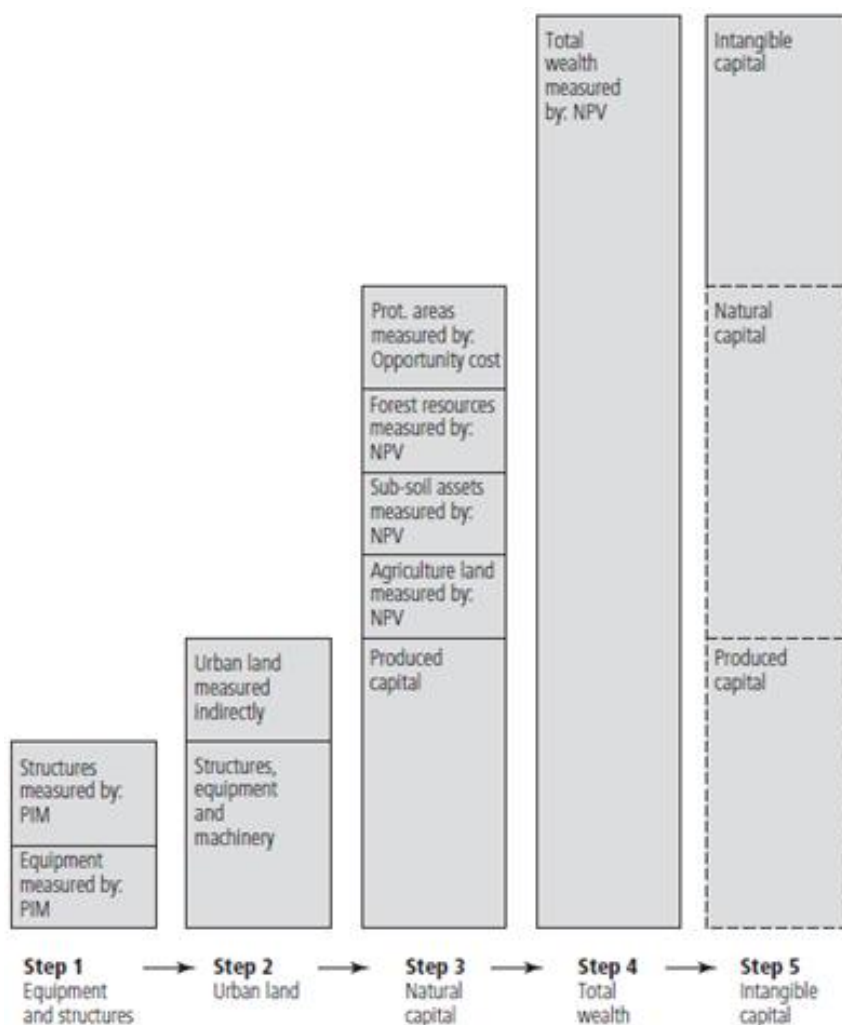
¹⁷ *Perpetual Inventory Method*: Dies ist eine Kumulationsmethode zur Berechnung des Kapitalstocks, welche eine kumulative Anhäufung vergangener Investitionen in einzelne Anlagegüter darstellt, wobei Abschreibungen auf diese Kapitalgüter bedingt durch deren Wertverfall, berücksichtigt werden. Damit beschreibt die PIM die Kapitalbestände als eine gewichtete Summe vergangener Investitionen (CESifo GmbH 2013).

- Alternativ kann das Kapital als aktueller Wert (NPV¹⁸) des Einkommens betrachtet werden und der im Laufe der Zeit entstanden ist. Dies ist, was ein Investor bereit wäre, für eine Kapitalerhöhung zu zahlen.

In der Praxis wird aber die erste Methode verwendet, um den Wert der produzierten Kapitalbestände zu bewerten.

Abbildung 2 stellt die Schritte bei der Bewertung der Vermögenskomponenten dar:

Abbildung 4: Komponenten von Reichtum



Quelle: The World Bank 2006: 22

¹⁸ *Net Present Value*: Dies ist eine Kapitalwertmethode, die für eine Investition den Kapitalwert berechnet. Der Kapitalwert einer Investition ist die Summe, der Barwerte aller mit der Investition verbundenen Ein- und Auszahlungen (Glück 2013).

Produziertes Kapital ist die Summe von Maschinen, Geräten und Vorrichtungen (zum Beispiel Infrastruktur). Städtisches Land wird nicht als eine natürliche Ressource betrachtet und somit wird es mit produziertem Kapital bei der Bewertung von Reichtum in einen Topf geworfen. Der Wert von städtischem Land wird als Prozentsatz des Wertes von Maschinen, Anlagen und Strukturen berechnet.

Natürliches Kapital ist die Summe der nicht erneuerbaren Ressourcen (Öl, Gas, Kohle und mineralische Ressourcen), Ackerland, Weideland, Waldgebiete und Schutzgebiete. Jedoch werden die Werte für Nicht-Holz-Waldressourcen und geschützte Bereiche nur grob geschätzt.

Immaterielles Kapital wird als ein Vermögenswert, aus der Differenz zwischen Gesamtvermögen und der Summe des erzeugten und natürlichen Kapitals berechnet. Da es weder natürliches noch produziertes Kapital umfasst, beinhaltet immaterielles Kapital, Humankapital, also die Summe der Kenntnisse, Fähigkeiten und des Know-how der Bevölkerung. Es beinhaltet auch die institutionelle Infrastruktur des Landes sowie das soziale Kapital, also die Fähigkeit einer Gesellschaft, zusammen auf gemeinsame Ziele hinzuarbeiten (The World Bank 2006: 22-24).

5.4 Weitere Indikatoren zur Beurteilung von Reichtum

5.4.1 Natürliche Ressourcen und Entwicklung

Natürliche Ressourcen sind spezielle Wirtschaftsgüter, die nicht produziert werden, sondern von Natur aus vorhanden sind. Deshalb ergeben sich durch natürliche Ressourcen ökonomische Profite (Renten), wenn diese richtig verwaltet werden. Die Einnahmen können eine wichtige Quelle für die Entwicklungsfinanzierung sein. Länder wie Botswana und Malaysia, haben ihre natürlichen Ressourcen erfolgreich auf diese Weise genutzt. Demnach gibt es keine nachhaltigen Diamantenminen. Es gibt nur nachhaltige Diamanten-Abbauländer. Aufgrund dieser Feststellung ist die Annahme möglich, dass eine Form von Reichtum (hier in Form von Diamanten) in eine andere Form von Reichtum, wie zum Beispiel Gebäude, Maschinen und Humankapital umgewandelt werden kann. Um diese Transformation zu erreichen, erfordert es eine Reihe von Institutionen, welche natürliche Ressourcen verwalten können, Ressourcenrenten ansammeln bzw. sparen und diese Renten profitabel wieder

investieren. Hierzu zählen Ressourcenpolitik, Steuerpolitik, Governance-Strukturen und andere politische Faktoren.

Natürliche Ressourcen haben zwei wichtige Aufgaben in der Entwicklung:

1. Vor allem für die ärmsten Länder und die Gemeinschaften dienen die lokalen natürlichen Ressourcen als Grundlage für deren Lebensunterhalt.
2. Natürliche Ressourcen als Quelle der Entwicklungsfinanzierung: Der Handel von natürlichen Ressourcen kann eine wichtige Quelle von Profiten und Devisen sein. Die Renten von erschöpfbaren, erneuerbaren und potentiell nachhaltigen Ressourcen können dazu verwendet werden, um Investitionen in andere Formen des Reichtums zu tätigen (The World Bank 2006: 7f).

5.4.2 Politik und Institutionen

Ein Schwerpunkt der Analyse der Weltbank ist, die ökonomischen Werte des Grundkapitals von natürlichen Ressourcen und die Veränderungen der Werte dieses Grundkapitals einzuordnen. Diese Informationen werden dazu verwendet, um die Rolle von natürlichen Ressourcen in der Entwicklung zu beleuchten. Die Analyse weist darauf hin, dass Veränderungen in der Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen benötigt werden, um wirtschaftliche Vorteile zu nutzen. Für diese Veränderungen ist es notwendig Reformen in der Politik und in den Institutionen durchzuführen (ebd: 8f).

5.4.3 Sparen und Investitionen

Sparen ist wichtig für die Entwicklung, denn ohne Schaffung eines Überschusses für Investitionen gibt es für die Länder keine Möglichkeit, um von ihrem niedrigen Entwicklungsstand wegzukommen.

Die Netto- bzw. tatsächlichen Ersparnisse messen die wahre Höhe von Ersparnissen in einem Land nach Berechnung der Abschreibungen für das produzierte Kapital; der Investitionen in Humankapital (zum Beispiel in Bildungsausgaben), der Erschöpfung von Mineralien, Energie und Wälder, und den Schäden infolge der lokalen und globalen Schadstoffe. Jedoch erschwert die Ressourcenabhängigkeit oft die Messung der Ersparnisse, da eine Erschöpfung der natürlichen Ressourcen häufig auftritt, aber nicht

immer in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung sichtbar ist (vgl. OECD 2008: 46; vgl. The World Bank 2006: 9).

Ersparnisse in entwickelten und weniger entwickelten Ländern

Wenn bei der Analyse der Ersparnisse nur Länder mit einem hohen Einkommen betrachtet werden, gibt es keine offensichtlich empirischen Beziehungen zwischen den Nettoersparnissen und dem zukünftigen Reichtum.

Die wirft einen wichtigen Unterschied zwischen Industrie- und Entwicklungsländern auf: sie sagt ganz klar, dass die Vermögensbildung, der scheinbare Antrieb für zukünftigen Reichtum, wenn alle Länder betrachtet werden, kein wesentlicher Faktor für die reichsten Länder ist. Dieses Ergebnis zeigt, dass in den reichsten Ländern unter anderem folgende Faktoren Treiber des Wachstums sind: technologischer Wandel, institutionelle Innovation, Learning by Doing und effiziente Institutionen.

Es sind also Entwicklungsländer, in denen tatsächliche Ersparnisse ein nützlicher Indikator für handlungsleitende Politik ist. In der Studie wird auch gezeigt, dass die ärmsten Länder die niedrigsten Sparquoten haben. Die Überprüfung von tatsächlichen Ersparnissen hat gezeigt, dass Investitionen in produziertes Kapital in Verbindung mit Sparmaßnahmen, zielgerichtet auf die Kompensation der Erschöpfung von natürlichen Ressourcen, zu einer künftigen Steigerung des Reichtums in den Entwicklungsländern führen können.

Schlussendlich ist jedoch der Schritt vom Sparen hin zur Investition von entscheidender Bedeutung. Wenn Investitionen nicht profitabel sind, ist die Wirkung auf Reichtum gleich wie die auf den Verbrauch (vgl. The World Bank 2006: 9f).

5.4.4 Fiskalpolitik und Umfassender Reichtum

Eine Fokussierung auf die steuerlichen Aspekte der natürlichen Ressourcen kann einen erheblichen Einfluss auf die makroökonomische Balance und die Wirtschaftsleistung in vielen Ländern haben.

Die Regierung als Besitzer der Ressource(n) sollten die natürlichen Ressourcen nur soweit besteuern, soweit der private Sektor auch bereit, ist in den Abbau von natürlichen Ressourcen zu investieren. Dies gilt auch für Mineralien, Wälder und die

Fischerei. Nur kommt bei Wald und Fischerei der Aspekt der Nachhaltigkeit hinzu: wenn die sektoralen Politiken die Überbeanspruchung dieser Ressourcen unterstützen, dann können die Steuereinnahmen hier nicht aufrecht erhalten werden.

Leicht verdientes Geld in Form von Rohstoffeinnahmen lockt Regierungen die Konsumausgaben zu erhöhen, dass die Rohstoffpreise flexibel sind. Diese Ausgaben sind jedoch oft schwer zu zügeln, wenn eine unvermeidliche Güter-Pleite eintritt. Dies führt zu großen Haushaltsungleichgewichten im betroffenen Land. Grundsätzlich erfordern die Investitionen der Rohstoffrenten ein System, um den Regierungen zu helfen, ihre Rohstoffeinnahmen zu stabilisieren. Dies kann mit Hilfe von Instrumenten durchgeführt werden, welche den mittelfristigen Ausgabenrahmen festlegen und die Ausgaben kontrollieren.

Umfassender Reichtum bietet zudem einen Einblick in die Frage des Steuerraumes, das heißt, in die Fähigkeit einer Regierung, die Ausgaben zu erhöhen ohne Gefahr zu laufen sich zu verschulden. Grundsätzlich ist das Maß einer Veränderung in der Finanzpolitik der Nettowert. Das bedeutet, dass die Steuereinnahmen auf erschöpfbaren Ressourcen nicht vollständig den finanzpolitischen Spielraum erhöhen, da ein Teil dieser Steuern für den Verbrauch von Naturkapital steht (vgl. OECD 2008: 58f; vgl. The World Bank 2006: 10-12).

5.5 Kernaussagen zu Reichtum

Das Hauptinteresse bei der Messung von Reichtum ist nicht das Ranking der Länder, sondern die Zusammensetzung des Reichtums und das Verständnis der Zusammensetzung entlang der unterschiedlichen Einkommensniveaus. Die wichtigsten Schlussfolgerungen in der Analyse von Reichtum beinhalten:

- Niedriglohnländer sind oft stark abhängig von natürlichen Ressourcen. Der Anteil des Naturkapitals ist in diesen Ländern größer als der Anteil des produzierten Kapitals.
- Acker- und Weideland umfassen den größten Anteil (rund 70 Prozent) des natürlichen Reichtums in den armen Ländern, jedoch ohne Öl-Exporte.
- Insgesamt macht das immaterielle Kapital den überwiegenden Anteil des Reichtums in fast allen Ländern aus, wobei der Anteil mit zunehmenden Einkommen größer

wird. Vor allem die ineffiziente Nutzung der erzeugten und immateriellen Vermögenswerte in den ressourcenabhängigen Ökonomien führt zu einem anomalen Ergebnis der scheinbar negativen Anteile an immateriellem Kapital.

- Die Höhe des natürlichen Reichtums pro Kopf steigt tatsächlich mit dem Einkommen. Dies widerspricht der verbreiteten Annahmen, dass Entwicklung zwangsläufig zur Zerstörung der Umwelt und der natürlichen Ressourcen führt.

Der sinkende Anteil des natürlichen Reichtums mit steigendem Einkommen weist nicht darauf hin, dass natürliche Ressourcen unwichtig sind. Nahrung, Holz, Mineralien, Energie, etc. sind lebensnotwendig. Jedoch zeigt es, dass die relative Bedeutung gewisser Rohstoffe zurück geht. Der entscheidende Punkt ist aber, dass Länder mit einem niedrigen Einkommen stark von natürlichen Ressourcen abhängig sind. Zudem beeinflusst die Verwaltung und der Umgang mit den Ressourcen stark den Wohlstand und die Aussichten auf Entwicklung in den armen Ländern (vgl. The World Bank^{31f}; vgl. OECD 2008: 72).

6 ROHSTOFFREICHTUM

Der Reichtum an agrarischen, mineralischen und/oder fossilen Rohstoffen war es, der die koloniale Begehrlichkeit weckte. Die Ausbeutung der Rohstoffe versprach „einen Platz an der Sonne“ und die koloniale wirtschaftliche „Inwertsetzung“ führte zu monokulturellen Produktions- und Exportstrukturen. 60 Prozent der Exporte der Rohstoffe kommen aus den 49 am wenigsten entwickelten Ländern, die zum größten Teil im subsaharischen Raum liegen (Nuscheler 2006: 315).

Frank Uekötter (2009) schreibt daher in einem Artikel:

„Die Kulturgeschichte der Menschheit ist unweigerliche mit Stoffen wie Salz, Öl oder Aluminium verknüpft. Seit jeher überzieht die Ressourcennutzung ein langer, dunkler Schatten: die Rücksichts- und Gedankenlosigkeit der Menschen. Eine Geschichte über Krieg, Macht und Autarkie.“

Die Ressourcennutzung ist seit jeher die gleiche. Der Mensch hat schon immer nicht erneuerbare Rohstoffe und Ressourcen ausgebeutet, transportiert, verkauft und verbraucht. Aber bedeuten Rohstoffe gleich Reichtum? (vgl. ebd.:14).

Die Rohstoffländer sind den Nachfrage- und Preisschwankungen der internationalen Rohstoffmärkte relativ wehrlos ausgeliefert. Dies führt dazu, dass es für die betroffenen Länder schwer ist eine mittelfristige Haushalts- und Entwicklungsplanung durchzuführen. Weiters wird die Importfähigkeit, das Steueraufkommen, die entwicklungspolitischen Handlungs- und Schuldendienstfähigkeiten verengt oder erweitert. Ebenso wirken sich die Nachfrage- und Preisschwankungen auf die Einkommen der Produzenten, die Investitionsfähigkeit der Betriebe, die Beschäftigungslage und oft auch auf die politische Stabilität eines Landes aus. Demnach verfangen sich Rohstoffländer, welche sich nicht um eine Diversifizierung ihrer Produktions- und Exportstrukturen bemühen, in folgendem Falle: niedriger Entwicklungsstand → hoher Anteil von Ressourcen an den Exporten → Devisenschwache Wachstumsimpulse → Verfestigung der Strukturgebrechen von Unterentwicklung → Armut.

Hinter diesen Strukturen stecken Menschen, welche auf unterschiedlichste Weise von den internationalen Marktmechanismen betroffen sind. Vor allem trifft es Kleinbauern,

die Kaffee, Kakao, Erdnüsse oder Baumwolle anbauen, aber ebenso sind die Tagelöhner auf den Feldern betroffen. Grund dafür sind die sogenannten staatlichen oder parastaatlichen Marketing Boards, welche nur Teile des Verkaufserlöses der Waren an die Produzenten auszahlen.

Es wurde bereits mehrfach bewiesen, dass die Kleinbauern nur einen äußerst geringen Teil des Einkommens aus der Produktion für den Export erhalten, und unter miserablen Arbeitsbedingungen arbeiten müssen. An diesem Prozess der Ausbeutung sind viele beteiligt: die Plantagen- und Landbesitzer, welche Tagelöhner anheuern; die Zwischenhändler und Kredithaie; die Transportunternehmen; die Verarbeitungs- und Vermarktungsketten in den Verbraucherländern. Dies führt dazu, dass schlussendlich die Verbraucher im Norden von den billigen Preisen profitieren, während die Produzenten im Süden ein Verlustgeschäft machen (vgl. Nuscheler 2006: 316f).

Erfahrung und Gegenwart beweisen, dass es einen direkten Zusammenhang zwischen Armut und einem hohen Vorkommen an natürlichen Ressourcen gibt. Das bedeutet, dass die Länder die reich an natürlichen Rohstoffen sind, vor allem vom Rohstoffabbau und dem Export dessen leben und deshalb sich in ihrer Entwicklung besonders schwer tun. Primär die Länder, welche nur von wenigen oder gar einem Primärgut abhängig sind, leiden unter niedrigen Entwicklungsständen. Dieses Dilemma wird in der Fachliteratur als „Paradox des Überflusses“ oder „Fluch der natürlichen Ressourcen“ bezeichnet (vgl. Acosta 2012: 37)

Natürliche Ressourcen und Rohstoffe sind das Rückgrat der meisten Ökonomien in Afrika (und anderen Ländern). Neben Agrarprodukten, wie Kaffee oder Tee gehören insbesondere nicht erneuerbare Rohstoffe wie Öl, Diamanten oder Erze, welche für die Industrieproduktion der Weltwirtschaft interessant sind, zu den wichtigsten Exportgütern. Schätzungsweise verfügte Afrika 2003 über 90 Prozent aller Platinvorkommen weltweit. Bei Chrom und Mangan sind es in etwa 80 Prozent, bei Diamanten 60 Prozent, bei Kobalt und Gold 40-50 Prozent und ebenso gibt es Bauxitreserven von 30 Prozent auf dem Kontinent. Bei der Betrachtung von Energieträgern verfügt Afrika nach Schätzungen aus 2006 über zirka 20 Prozent des global vorhandenen Urans, und bei Erdöl, Kohle und Erdgas sind es in etwa bis zu zehn Prozent der weltweiten Reserven. Im Zusammenhang mit der künftig voraussichtlich

wachsenden Nachfrage nach Energieträgern, vor allem aus China und Indien, ist das alles andere als unerheblich.

Die Erdölproduktion Afrikas konzentriert sich auf Nordafrika und dem Golf von Guinea. Die wichtigsten Produzenten sind Algerien, Libyen, Angola und Nigeria. Kleinere Vorkommen gibt es in äquatorial-Guinea, Gabun, Tschad, Sudan, Ghana, Mauretanien und Niger.

Vorkommen von nicht-fossilen mineralischen Rohstoffen, insbesondere Metalle und Diamanten, findet man zum größten Teil im westlichen Westafrika, in Zentralafrika und vor allem im südlichen Afrika. Staaten wie Südafrika oder die Demokratische Republik Kongo verfügen über erweiterte Rohstoffvorkommnisse. Anders ist es zum Beispiel in Sambia (Kupfer) oder Botswana (Diamanten). Sie sind ähnlich abhängig von einem Rohstoff wie die meisten Erdöl produzierenden Länder (vgl. Basedau 2009: 21).

Ein Segen...

Der Rohstoffreichtum erscheint auf den ersten Blick als ein Segen. Die hohen Wachstumsraten von zuletzt über fünf Prozent pro Jahr sind zu einem Großteil auf die Entwicklungen auf dem globalen Rohstoffmarkt zurückzuführen. Vor allem die Erdöl produzierenden Länder haben häufig zweistellige Zuwachsraten in ihren Wirtschaften vorweisen können. Mit diesen Erlösen können sie beispielsweise das Gesundheitssystem und die Infrastruktur verbessern und die Armut eventuell sogar bekämpfen. Die Verfügung über strategisch wichtige Ressourcen führt zudem zu mehr Unabhängigkeit gegenüber dem Westen und anderen Importeuren (vgl. ebd.: 21).

...oder ein Fluch?

Allerdings kann man den Rohstoffreichtum auch als zweischneidiges Schwert betrachten. Der Begriff „Ressourcenfluch“ beschreibt eine Reihe an negativen Folgen für Wirtschaft, Transparenz, Institutionen, Demokratie und Frieden, für die es in Afrika viele Beispiele gibt:

Im Gegensatz zu der Annahme, dass Rohstoffreichtum grundsätzlich der Wirtschaft nützt, haben Studien gezeigt, dass durchaus das Gegenteil der Fall sein kann (vgl. Kronenberg 2004: 400). Als „Dutch Disease“¹⁹ bezeichnet man die hohen

¹⁹ Auch Holländische Krankheit genannt: sie zeigt, dass nicht nur Entwicklungsländer vom Ressourcenfluch betroffen sein können. Auch bereits industrialisierte Länder können diesem Fluch zum Opfer fallen. Bei der Dutch Disease fand aufgrund des schnell wachsenden Ölexportes eine

Deviseneinnahmen, welche eine Inflation erzeugen und diese sich negativ auf die Preise in anderen Sektoren, wie etwa in der Landwirtschaft, auswirken und somit ihre Exportfähigkeit beeinträchtigt (vgl. Basedau 2009: 21; vgl. Bardt 2005: 5). Die Verluste an Arbeitsplätzen können vom Ressourcensektor kaum aufgefangen werden, da hier im Normalfall nur wenige Fachkräfte gefragt sind. Hinzu kommt, dass hohe Einnahmen im Ressourcensektor dazu verführen, Bildung und andere Wirtschaftssektoren zu vernachlässigen. Hingegen fließen die Einnahmen oft in überdimensionale Prestigeprojekte, welche für die Wirtschaft meistens völlig unsinnig sind. Plötzlich abfallende Preise für Rohstoffe stellen die Staaten dann vor große Probleme, welche schnell in der Schuldenfalle enden können (Acosta 2012: 38). Nigeria, ist zwar derzeit der größte Erdölproduzent in Sub Sahara Afrika und dennoch ein gutes Beispiel für all diese Effekte (Basedau 2009: 21). Die vergrößerte Auslandsverschuldung der Entwicklungsländer wurde zum Hebel dafür, deren Ökonomien zugunsten der Industrieländer auszurauben (Exner et al. 2008: 154).

Eine weitere Schwachstelle des Ressourcensektors ist die Anfälligkeit für Korruption. Wegen dem Erfordernis des technischen Wissens sind ausländische Firmen unbedingt für die Förderung von Rohstoffen notwendig. Bei Vertragsabschlüssen kommt es oft zu geheimen Bonuszahlungen für die Eliten oder betroffenen Länder. Demnach sind die staatlichen Firmen im Ressourcensektor Objekt der Ausbeutung durch die politische Klasse. Es verschwinden Milliarden von US-Dollar auf mysteriöse Weise (Basedau 2009: 21).

Dies schadet auch der Demokratie sowie den Menschenrechten. Die Regierenden führen aufgrund der ständig fließenden Geldquelle keine verantwortungsbewusste Regierung und sind der Meinung, dass sie ihren Bürgern keinerlei Rechenschaft ablegen müssten. Eine Verschärfung der Menschenrechte findet dann statt, wenn sich autoritäre Regierungen, mithilfe der Erlöse aus dem Ressourcensektor einen repressiven Sicherheitsapparat finanzieren. Des Weiteren kann die Verfügung über Rohstoffe wie Öl, Diamanten oder Industriemetalle, welche für Industrienationen strategisch wertvoll

Überbewertung der Landeswährung statt. Gleichzeitig stiegen zudem die Importe stark an. Die Produktion und die Exportfähigkeit anderer Wirtschaftszweige war aufgrund dessen stark zurück gegangen (vgl. BMZ: 2006). Hinzu kam ein hoher Lohnkostendruck, welcher zustande kann, da die Rohstoffindustrie tendenziell höhere Löhne zahlen konnte als andere Wirtschaftszweige. Ziehen die anderen Sektoren mit den Lohnkosten nach, dann wird die internationale Wettbewerbsfähigkeit geschwächt.

und daher lukrativ sind, ausländische Regierungen zu einer nachsichtigen Politik gegenüber diesen Staaten bzw. deren Machthabern, führen.

Die größte Gefahr im Zusammenhang mit Ressourcenreichtum sind jedoch gewaltsame Konflikte. Die Aussicht auf die Kontrolle von profitablen Rohstoffen kann zu gewaltsamen Auseinandersetzungen um den Zentralstaat führen. Beispiele dafür sind Sierra Leone und Angola. Autonomie- und Sezessionskonflikte können dann entstehen, wenn ressourcenreiche Regionen innerhalb von Ländern die ökologischen und sozialen Lasten der Produktion tragen müssen, ohne dafür angemessen entlohnt zu werden. Zudem können auch Produktionsanlagen angegriffen werden, um den Forderungen Nachdruck zu verleihen, wie das zum Beispiel in Nigeria oder Niger der Fall war. Es wird erst auf eine internationale Ebene angehoben, wenn regionale oder westliche Mächte eine oder mehrere Konfliktparteien unterstützten, um Zugang zu den Ressourcen zu erhalten (vgl. Basedau 2009: 22). Zudem werden mit der Unterstützung ausländischer Konzerne jene Finanzmittel erwirtschaftet, die notwendig sind, um die Kämpfe fort- bzw. weiterführen zu können. Auch wenn bei den eigentlichen Konfliktursachen die Ressourcen nicht unbedingt im Vordergrund stehen, können vorhandene lukrative Rohstoffe Konflikte verlängern. Indirekte Verschärfung des Risikos für gewalttätige Auseinandersetzungen findet schließlich dann statt, wenn die Rohstoffproduktion durch negative Effekte auf Wirtschaft, Institutionen und Menschenrechte zusätzlich zu Gewalttaten motivieren (vgl. ebd.: 23)

Ob natürliche Rohstoffe nun „Segen“ oder „Fluch“ darstellen, hängt mit einer Reihe von Faktoren zusammen: dazu gehören die Höhe der Erlöse, der Anteil den die multinationalen Konzerne den Regierungen überlassen, der Grad der Abhängigkeit von einer bestimmten Ressource und die von den Regierungen kaum beeinflussbare Entwicklung der Weltmarktpreise. Eine Spannung in der Bevölkerung sowie ein fragiler Staat und eine schwache Regierungsführung stellen jedoch ungünstige Voraussetzungen dar (ebd.: 23).

6.1 Wem gehören die Ressourcen?

Die Frage nach der Verteilung der natürlichen Ressourcen der Erde gehört zu den wichtigsten Problemen, denen man sich angesichts der aktuellen weltpolitischen Lage stellen kann. Das hängt damit zusammen, dass vor allem die fossilen Energieträger

(Erdöl und Erdgas) knapp werden und die weltweiten Lagerstätten nur noch wenige Jahrzehnte zur Verfügung stehen werden. Gleichzeitig werden die Konkurrenten um diese Rohstoffe immer mehr und die Konkurrenz verschärft sich deshalb zunehmend (vgl. Horn 2012 123; vgl. Helfrich 2009: 11f). Denn auf der einen Seite wächst die Weltbevölkerung unverändert stark und auf der anderen Seite steigt das Wohlstandsniveau in vielen Teilen der Erde (besonders in den Schwellenländern) genauso deutlich wie deren industrielle Produktion. Zudem hat der globale Wettbewerb um andere natürliche Ressourcen, wie Metalle und andere industrielle Rohstoffe oder Holz und weiteres organisch nachwachsendes Material, wie Mais für die Bio-Ethanolproduktion, deutlich zugenommen. Hinzu kommt, dass auch Ressourcen knapp werden, die unsere Lebensgrundlage sichern, insbesondere Wasser. Es werden zudem gesamte Ökosysteme, wie Wälder und das Meer zerstört. All diese Problemaspekte sind bedeutungsvoll genug, um Politologen, Entwicklungstheoretiker und Ökonomen zu beschäftigen.

Horn bezieht sich in seiner Auseinandersetzung mit der Frage, wem die Ressourcen gehören, auf zwei Ausführungen: eine eigentumstheoretische und eine gerechtigkeitsstheoretische.

Der eigentumstheoretische Ansatz unterscheidet zwischen zwei Fällen: dem *Allmendeprinzip*, demnach ist alles Gemeinbesitz aller Menschen und dem *Territorialprinzip*, wobei die verschiedenen Rohstoffe dem Staat gehören, auf dessen Staatsgebiet sie sich jeweils befinden. Horn kommt dann jedoch zu dem Schluss, dass die überzeugendste Lösung in der Annahme eines ursprünglichen Selbstbesitzes aller Individuen einerseits und eines ursprünglichen Gemeinbesitzes aller Güter der Erde andererseits liegt. Die Annahme des ursprünglichen Selbstbesitzes impliziert das individuelle Eigentumsrecht, welches materielle und ideelle Güter einschließt, welche mit dem Leben der Individuen in direkter Beziehung stehen. Der ursprüngliche Gemeinbesitz wiederum meint, dass sowohl die natürlichen Ressourcen, als auch die von Kulturen in früheren Epochen der Menschheitsgeschichte geschaffenen Güter, allen Menschen gehören.

Bei den gerechtigkeitsstheoretischen Überlegungen kommt er zu dem Schluss, dass nicht die Verknappung der Ressourcen die bedrohlichste Situation ist, sondern die ungleiche Verteilung dieser. Dies führt dazu, dass es unfaire Ausgangssituationen im wirtschaftlichen und sozialen Wettbewerb zwischen den Staaten gibt. Die Weltordnung

ist demnach kompetitiv organisiert, und jeder Wettbewerb unterstellt die Idee einer prinzipiellen Gleichheit der Startbedingungen. Davon ist das Weltsystem jedoch extrem weit entfernt (vgl. Horn 2012: 123-137).

6.2 Soziale und ökologische Folgen der Rohstoffgewinnung

Der Abbau von Energieträgern wie Kohle, Uran, Öl und vielen Metalle wie Kupfer, Nickel, Blei, Eisen und Chrom, welche für die industriellen Fertigungsprozesse notwendig sind, ist durchaus lukrativ. Genauso ist es bei der Gewinnung von Gold und Silber sowie Edelsteinen wie Smaragden und Diamanten. Dabei werden die begehrten Rohstoffe immer häufiger in abgelegten Regionen und unter schweren Bedingungen gewonnen. Denn viele leicht erschließbare Rohstoffvorkommen sind mittlerweile fast zur Gänze ausgeschöpft oder werden in naher Zukunft zur Neige gehen. Das betrifft vor allem die Ölreserven in der Nordsee oder den Vereinigten Staaten. Das hat die Folge, dass keine Rücksicht mehr auf ökologisch sensible Regionen wie Alaska oder die lateinamerikanischen Regenwälder genommen wird, um dort den Abbau von Öl zu fördern. Der Großteil der noch nicht erschlossenen Gebiete mit Rohstoffvorkommen befindet sich in Regionen, in denen indigene Gemeinschaften beheimatet sind. Das führt dazu, dass es zu massiven Interessenskonflikten zwischen den BewohnerInnen und den jeweiligen Konzernen oder Staaten kommt, welche sich um die Konzessionen bemühen. Hier stehen sich die Rechte der BewohnerInnen auf deren Land und die Ermächtigung des Staates, durch die nationale Verfassung alle unter dem Land liegenden Rohstoffe ausbeuten zu dürfen, gegenüber. Trotz internationaler Abkommen, wie zum Beispiel die Konvention 169 der Internationalen Arbeitsorganisation zum Schutz der Rechte indigener Völker, gewinnen die Staaten fast jedes Mal den Kampf um die Ländereien (Misereor 2008, zit. nach Rötters 2009: 22). Der Nutzen dieser Vorhaben ist jedoch zweifelhaft. Der flächendeckende Raubbau bringt viel ökologische und soziale Nachteile mit sich.

Der Handel mit knappen Ressourcen ist kapitalintensiv und milliardenschwer. Der weltweite Rohstoffabbau wird von wenigen multinationalen Konzernen kontrolliert. Zudem werden durch die Erstarkung der Wirtschaft in den Schwellenländern, wie China und Indien immer mehr Akteure ins Spiel gebracht. Der langfristige Zugang zu Ressourcen wird dadurch verschärft (vgl. Rötter 2009: 22), da die beiden Länder stark von Energieimporten aus dem nahen Osten, Russland und Zentralasien abhängig sind

(Müller- Kraenner 2009: 19). Die neuen und alten Industriestaaten versuchen mit allen Mitteln ihre Versorgung sicherzustellen. Dabei ziehen die Entwicklungsländer oft den Kürzeren. Diese agieren aus einer schwachen Position und sind auf die Devisen der Rohstoffexporte angewiesen. Das Paradox hierbei ist, dass der Rohstoffabbau oft mit der Argumentation der Entwicklung vorangetrieben wird. Insbesondere die Weltbank und die ihr untergeordnete internationale Finanzkorporation erteilen in der Vergangenheit große Kredite für die Erschließung von Rohstoffvorkommen in den Entwicklungsländern. Davon profitierten aber vor allem die Industrieländer, welche durch die erschlossenen Vorkommen ihren Bedarf an billigen Rohstoffen decken konnten und die Abbaufirmen, welche den größten Teil der Gewinne eingeheimst haben. Obwohl es Abgaben in der Höhe von einem bis fünf Prozent des erzielten Verkaufserlöses für die Ressourcen gab, ist es meist nicht transparent genug, um nachvollziehen zu können, wohin die Gelder tatsächlich geflossen sind. Es ist jedoch zu bezweifeln, dass die Zahlungen einem Land zur Entwicklung verhelfen, denn in den meisten Abbauregionen ist davon nichts zu sehen. Hierbei liegt die Annahme nahe, dass der überwiegende Anteil der Abgaben nie die eigentlich betroffenen Personen erreicht, sondern in einem Netz von Korruptionen versinkt.

Der Rohstoffabbau wirkt sich immer auf die Natur und die Sozialstruktur in den Regionen aus. Während die Gewinne fast ausschließlich in private Taschen fließt, wird der Umwelt und der Bevölkerung der Abbauggebiete die Rechnung präsentiert. Die sozialen Probleme sind fast genauso problematisch wie die ökologischen (vgl. Rötters 2009: 22f). Neben der Verseuchung und den gesundheitlichen Problemen für die ArbeiterInnen in den Abbaugebieten und der dort lebenden Bevölkerung zählen dazu vor allem Zwangsumsiedlungen ohne ausreichende Entschädigung, Vertreibungen und der Verlust der landwirtschaftlichen Anbauflächen. Hierbei werden unzählige Menschenrechte verletzt (Heydenreich 2009: 30). Meistens werden keine festen Arbeitsverhältnisse geschaffen, da die Unternehmen kaum ArbeiterInnen unter der ortsansässigen Bevölkerung rekrutieren, stattdessen werden vorzugsweise LeiharbeiterInnen eingestellt, welche zudem die gefährlichsten Arbeiten verrichten. Viele ArbeiterInnen leiden an ernsthaften Erkrankungen und nicht selten kommt jemand aufgrund eines Unfalls ums Leben (vgl. Rötters 2009: 23; Heydenreich 2009: 30).

Um den Abbau zu rechtfertigen werden oft Versprechungen über positive Effekte für den Arbeitsmarkt gemacht, jedoch verlieren gleichzeitig viele AnwohnerInnen aufgrund der Vernichtung der landwirtschaftlichen Nutzflächen ihre Lebensgrundlage. Die

Wirtschaftsleistung steigt durch den Abbau zwar, aber die BewohnerInnen haben nichts davon. Sind die Rohstoffe erschöpft, oder ist der Rohstoffabbau beendet, fällt das Kartenhaus der Entwicklung in sich zusammen (Rötters 2009: 23).

6.3 Das Debakel der internationalen Rohstoffpolitik

Seit fast fünf Jahrzehnten kämpfen die Rohstoffländer ziemlich erfolglos um eine Veränderung der internationalen Handelsbedingungen. Mit einer „Neuen Weltwirtschaftsordnung“ wollten sie eine Steuerung von Angebot und Nachfrage erreichen. Zudem sollte ebenso eine Stabilisierung der Rohstoffpreise auf einem höheren Niveau erreicht werden. Jedoch konnten sie nicht einmal den Zusammenbruch mehrerer Rohstoffabkommen verhindern, die genau diese Punkte erfüllen sollten (vgl. Nuscheler 2006: 321f).

Die Europäische Union sucht zum Beispiel neue Wege zur Erschließung der Rohstoffe in den Entwicklungsländern. Dabei geht es primär um wichtige Mineralien, welche eng mit der künftigen Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft verknüpft sind.

Im November 2010 hat die Europäische Kommission eine neue Handelsstrategie beschlossen, deren zentrales Ziel die weitgehende Öffnung der Märkte für europäische Unternehmen und Agrarbetriebe ist und einen mehr oder weniger ungehinderten Zugang zu Energie und Rohstoffen vorsieht. Die Rohstoffinitiative aus 2008 wurde dabei zur Gänze übernommen.

Die Rohstoffinitiative stellte eine große Importabhängigkeit der EU von wichtigen strategischen Rohstoffen fest. Es geht daher neben der Förderung von Rohstoffen aus europäischen Quellen und der Reduzierung des Verbrauches an primären Rohstoffen vorrangig um die Sicherung des Zugangs zu weltweiten Rohstoffmärkten.

Folgende zwei Aspekte stehen dabei im Mittelpunkt: Direktinvestitionen als Hebel für die Marktöffnung und ein Verbot von Steuerungsinstrumenten bei Rohstoffexporten. Investitionen sollen direkt verknüpft und die Zugänge zu den Märkten und Rohstoffen in den Entwicklungsländern verbessert werden. Diese sind besonders abhängig von ausländischen Direktinvestitionen. Des Weiteren möchte die EU von den Entwicklungsländern eine Zustimmung zum Verbot oder zumindest eine Beschränkung von Ausfuhrbestimmungen aushandeln. Viele Entwicklungsländer beschränken ihre

Rohstoffexporte, um die lokale Industrie zu unterstützen oder durch deren Besteuerung Einkünfte für öffentliche Ausgaben zu erzielen (vgl. Möllers 2011; vgl. Unmüßig 2007). Die Europäische Union ist der Meinung, dass die staatlichen Maßnahmen zunehmen, welche einen freien Rohstoffhandel unterbinden würden. Hier werden vor allem Exportsteuern und restriktive Investitionsregeln genannt. Im EU-Dokument der Rohstoffinitiative steht, dass die Schwellenländer zunehmend Wirtschaftspolitiken verfolgen würden, welche auf den Schutz ihrer Rohstoffbasis gerichtet seien, um ihren eigenen nachgelagerten Industriezweigen Vorteile zu verschaffen. Daher will sich die Europäische Kommission verstärkt für weniger Exportbeschränkungen und für die Einschränkung staatlicher Subventionen stark machen. Bei den Investitionen soll auf den Zugang zu Rohstoffen zu gleichen Bedingungen für alle Unternehmen und Länder hingearbeitet werden (Europäische Kommission 2008).

Der Großteil der Entwicklungsländer, vor allem in Afrika, ist reich an Rohstoffen und arm an Industrien, welche die Rohstoffe verarbeiten bzw. verwerten könnten. Eine richtige Nutzung könnte daher ein Weg aus der Armut und eine Alternative zur Entwicklungshilfe sein (Möllers 2011).

6.3.1 Aus dem Fluch einen Segen machen?

Der Problemdruck der globalen Ressourcenpolitik ergibt sich aus mehreren Faktoren:

1. Aus ökonomischer Sicht steht der steigenden Nachfrage ein begrenztes Rohstoffangebot gegenüber. Vor allem bei sogenannten kritischen Metallen, welche in besonders kleinen Mengen vorkommen, ist die Nachfrageelastizität sehr gering.
2. In sozialer Hinsicht geht es primär um die Verteilung der Gewinne aus der Förderung und Nutzung von Rohstoffen. Besonders die rohstoffreichen Länder wollen gegenüber den Bergbaugesellschaften eine stärkere Beteiligung durchsetzen, zum Teil auch mit Waffengewalt. Innerhalb dieser Länder wollen die Abbauregionen den Verteilungskoeffizient zu ihren Gunsten ändern.
3. Ökologisch gesehen werden Umweltaspekte in die Förderung und Nutzung von Rohstoffen und Materialien seither nur unzureichend mit einbezogen.

Aufgrund dessen steigt insgesamt das Konfliktpotential durch den international ungleichen Marktzugang und durch die Auswirkungen auf arme Bevölkerungsgruppen, auf viele kleine und mittelständische Unternehmen, auf die Umwelt und besonders auf

die Nutzungsmöglichkeiten zukünftiger Generationen (vgl. Bleischwitz/ Bringezu 2009: 42).

In der Vergangenheit war der Export ihrer Bodenschätze für viele rohstoffreiche Entwicklungsländer eher ein Fluch als ein Segen. Dennoch gibt es ein paar Entwicklungsländer, die aus ihrem Rohstoffreichtum Nutzen ziehen können, wie zum Beispiel Chile oder Botswana. Hier lag der Erfolg in den transparent gemachten Zahlungsflüssen, in einer verantwortlichen entwicklungsorientierten Regierungsführung, in einer klugen Wirtschaftspolitik und in einer guten Kooperation zwischen der Regierung, der Privatwirtschaft und den gesellschaftlichen Kräften (vgl. ebd.: 43f).

7 FALLBEISPIELE

7.1 Afrika – ein Überblick

7.1.1 Abhängigkeit und Unterentwicklung in Afrika

Afrika und deren Gesellschaft wurde bereits seit Jahrhunderten durch Abhängigkeit und Ausbeutung verformt. Traditionelle Gesellschaften existieren schlichtweg nicht mehr. Das gesamte Afrika hat unter der Entwicklung des Kapitalismus in Westeuropa gelitten. Durch Abhängigkeitsverhältnisse, zuerst durch den Sklavenhandel und später auch durch die Austauschwirtschaft (Rohstoffexporte), wurden die Gesellschaften Westafrikas komplett verformt. Der Sklavenhandel kostete vielen Millionen AfrikanerInnen das Leben, zudem arbeiteten Millionen auf den Plantagen Lateinamerikas und dem Süden der USA, um das Handelskapital zu erzeugen, das die wirtschaftliche Entwicklung in Europa erst ermöglichte. Es gab ein kontinentales Dreiersystem, das durch das Zentrum Europas, die Peripherie Lateinamerikas, welche unter anderem die Rohstoffe liefert, und das ausgebeutete Proletariat gekennzeichnet war, wobei Afrika das letzte Glied dieser Abhängigkeitskette darstellte. Das internationale Kolonialsystem besteht aber nicht nur aus Europa, Lateinamerika und Westafrika, auch Zentralafrika zählt dazu. Jedoch konnte man in dieses Gebiet aufgrund geographischer und anderer Umstände erst relativ spät Fuß fassen.

Traditionelle Stammesgesellschaften haben sich nur dort halten können, wo der Einfluss durch die Kolonisation weniger stark war. Denn fast der gesamte wirtschaftlich interessante Grund und Boden ging in die Verfügungsgewalt von internationalen Firmen, welche versuchten in riesigen Gebieten nach Bodenschätzen zu suchen, oder aus ihnen landwirtschaftliche Produkte herauszuholen (Tausch 1979: 92).

Die weiten Gebiete des etwa 800 Meter hoch gelegenen Plateaus, welches sich von Südafrika bis nach Kenia erstreckt, wurden im Laufe der Zeit zu einem privilegierten Interessensgebiet für die Besiedlung von „Weißen“, für Direktinvestitionen in Bergbau und Landwirtschaft, sowie für die afrikanische Wanderarbeit in den externen Sektoren. Man muss also in diesem Zusammenhang erwähnen, dass Afrika durchaus zuvor eine kulturelle Gesellschaft sowie besiedelte Regionen hatte. Es bestanden zum Beispiel

Königreiche in Ghana und Zimbabwe, ähnlich den mittelalterlichen Gesellschaften in Europa.

Die Etablierung der Zentrum-Peripherie-Struktur geht auf den europäischen Kolonialismus zurück. Nach dem Kolonialismus bestanden traditionelle Gesellschaften nur noch in Äthiopien, Jemen, Afghanistan und Thailand. Das waren jene Regionen, die keine Entwicklung autonomer oder peripherer Art erfahren haben und somit auf dem Niveau der eigenen feudalen Gesellschaftsordnung stehen blieben. Jedoch setzte dort der Transformationsprozess zu einem peripher-kapitalistischen Land spätestens mit dem Zweiten Weltkrieg ein.

Im restlichen Afrika haben der Kolonialismus und die damit verbundene Verdrängung der landwirtschaftlichen Produzenten von ihrem Grund und Boden, die besten Böden konzentriert und der ursprünglichen (traditionellen) Gesellschaft die Existenzbedingungen geraubt. Daher sind der Verfall der afrikanischen Gesellschaften und deren Unterentwicklung in dieser Zeit zu lokalisieren.

Besonders bedeutend ist aber die Abhängigkeit und Deformation der Küstenregionen Ost- und Südafrikas durch die merkantile Form des Kolonialismus seitens der Osmanen und Araber. Der Sklavenhandel deformierte in diesem Gebiet gleicherweise die einheimischen Gesellschaftsstrukturen. Jedoch nahm diese nicht das gleiche Ausmaß an wie der Sklavenhandel an der Atlantikküste. Folge dieser Deformation ist heutzutage die periphere Stellung des Kontinents. Afrika ist gekennzeichnet von einer extremen Katastrophe im landwirtschaftlichen Bereich. Für die Bevölkerung stehen sowohl quantitativ, also auch qualitativ viel zu wenige Nahrungsmittel zur Verfügung. Ebenso schlecht steht es mit der offenen Arbeitslosigkeit, etwa die Hälfte aller arbeitsfähigen Menschen ist arbeitslos (vgl. Tausch 1979: 92f; vgl. Kappel 1999: 39-44).

7.1.2 Der neue Wettlauf nach Afrika

Globale Gier nach Rohstoffen

Afrika galt immer als abgekoppelt, da es im Bezug auf Wohlstand immer mehr zurück blieb. Heute jedoch wird Afrika quasi von der Welt neu entdeckt. Hierbei geht es primär um die riesigen Rohstoffreserven des Kontinents, wobei in etwa 10 Prozent der weltweiten Ölreserven, neun Prozent der Gasreserven, ein Viertel der Goldvorkommen und die Hälfte der Diamantenbestände auf diesem Territorium liegen. Ebenso lagern

Uran, Metalle und Erze, welche für die Produktion von Industriegütern notwendig sind, in großen Mengen in Afrika (Müller 2011: 42). Ohne Rohstoffe geht nichts. Die natürlichen Ressourcen sind die materielle Grundlage für Wirtschaft und Gesellschaft. Zudem liefern sie den Treibstoff für Wohlstand und Wachstum (Erklärung von Bern 2011: 26)

Das Erbe der Kolonialzeit

Wie bereits am Ende des 19. Jahrhunderts (Tausch 1979; Müller 2011; Uetkötter 2009) findet derzeit wieder ein Wettrennen um die Reichtümer Afrikas statt (Unmüßig 2007; Müller 2011). Dabei kommen aber ganz neue Gesamtentwicklungen in den Fokus: Afrika stellt nicht mehr nur den Jagdgrund der einstigen europäischen Kolonialmächte oder Amerikas dar. Es tauchen heute neue Mächte, wie China, Indien oder Brasilien auf. Aufgrund der riesigen Rohstofflager wird der Kontinent weltweit immer interessanter. Zudem gilt der afrikanische Kontinent mit seiner wachsenden Bevölkerung als lohnender Zukunftsmarkt. Dieser Ansturm auf die Ressourcen bringt für Afrika einerseits große Möglichkeiten, birgt aber andererseits auch hohe Risiken (vgl. Uekötter 2009: 14f; Müller 2011: 43).

Die extrem große Nachfrage nach Rohstoffen kurbelt das Wirtschaftswachstum der afrikanischen Staaten an und ein Teil der ausländischen Direktinvestitionen fließt jetzt auch nach Afrika. Zuvor flossen diese Investitionen eher in Richtung Asien, da es Afrika an einer richtigen Integration in die Weltwirtschaft fehlte. Anfangs zögerten Investoren wegen der unsicheren politischen Verhältnisse, jedoch war die Verlockung nach den Rohstoffen und den Absatzchancen zu groß und sie sahen vielleicht in Afrika das „neue Asien“ (Krafczyk/Trankovits 2010, zit. nach Müller 2011: 43).

Grundsätzlich könnte sich hier aber das alte Spiel fortsetzen: Afrika liefert die Rohstoffe, diese werden exportiert, anstatt direkt in Afrika verarbeitet zu werden und schlussendlich als fertige Ware wieder importiert. Das verfestigt wieder einmal die Strukturen, die schon in der Kolonialzeit Gang und Gebe waren. Der Kolonialismus hat Afrika in verschiedenster Weise geprägt, aber ökonomisch war dieses Erbe besonders massiv und negativ: Die Wirtschaft der afrikanischen Länder wurde fast ausschließlich auf den Export von Agrarerzeugnissen und Bodenschätzen ausgerichtet. Insbesondere „Monokulturen“ wurden in dieser Zeit gefördert, das heißt, es wurden nur ein oder zwei Güter produziert oder abgebaut, von denen die Länder dann abhängig waren.

Diejenigen, die an den Rohstoffgeschäften im Endeffekt verdient haben, waren afrikanische Machthaber und ausländische Konzerne. Der Großteil der Bevölkerung bleibt aufgrund der weitverbreiteten Korruption weiterhin arm. Dies war unter anderem auch der Grund warum in vielen Teilen Afrikas Verteilungskämpfe sowie Konflikte ausgebrochen sind (Müller 2011: 43f).

Der neue Run - ein Gewinn für Afrika?

Dieser neue Wettlauf um die afrikanischen Rohstoffe weckt vielfach die Befürchtung, dass in der langen Geschichte der Fremdbestimmung des Kontinents jetzt ein neues Kapitel aufgeschlagen wird (Müller 2011: 44). Es gibt durchaus positive Auswirkungen aufgrund der zunehmenden Konkurrenz zwischen den Investoren, aber es gibt laut dem senegalesischen Ökonom Sanou Mbaye Bedingungen dafür: früher hätten die Europäer und Amerikaner diktiert, wie es zu laufen hätte und heute haben die afrikanischen Regierungen eine Wahl. Dennoch müssen sie gemeinsame Sozial- und Umweltstandards und Schutzklauseln für die heimischen Märkte einführen, damit sie sich nicht gegeneinander ausspielen und die Bevölkerung ebenso von den Geschäften profitiere. Mbaye warnt aber davor, die Wirtschaft nur auf den Verkauf von Rohstoffen zu stützen. Er ist der Meinung, dass, wenn Afrika aus seinem Rohstoffreichtum etwas machen möchte, dann müssen die Länder des Kontinents genauso Industriebetriebe gründen und den Handel innerhalb Afrikas ausbauen (Raupp 2009, zit. nach Müller 2011: 45)

Der Ressourcenfluch in Afrika

Afrika ist reich an Rohstoffen, aber trotzdem bleibt es arm. Dieses Paradox weist darauf hin, dass Rohstoffreichtum nicht immer automatisch ein Segen ist. Für viele Länder kann es genauso gut ein Fluch sein.

Ressourcen können dann zum Fluch werden, wenn die Korruption überhandnimmt und somit den skrupellosen Diktatoren, welche die Reichtümer eines Staates plündern wollen, dienlich wird. Dies ist nicht der einzige Grund: Ressourcen werden ebenso zum Fluch, da sie Spannungen zwischen den armen und rohstoffreichen Regionen eines Staates verstärken. Das ölreiche Biafra zum Beispiel, spaltete sich 1967 von Nigeria ab und wurde nach einem brutalen Krieg 1969 wieder eingegliedert. Heute werden dessen Bestrebungen (nach Öl) sichtbar. Rohstoffe werden für ein Land also dann zum Fluch, wenn sie die Begehrlichkeit der Nachbarn und der fremden Mächte wecken.

Damit der Ressourcenfluch in den afrikanischen Entwicklungsländern abgeschüttelt werden kann, müssen sie den vollen Gegenwert der Rohstoffe erhalten und dessen Erlöse sinnvoll weiter verwenden. Die Verhandlungsmacht der internationalen Konzerne beschneidet jedoch meistens die Erträge der Entwicklungsländer. Beispielsweise sollten Öl- und Gasgesellschaften ausschließlich für ihre Abbau- und Absatzleistungen bezahlt werden. Der darüber hinausgehende Wert, also die „Rohstoffrente“, müsste an das Land gehen, das die Rohstoffe besitzt. Des Weiteren ist zu erwähnen, dass die Bevölkerung in den afrikanischen Entwicklungsländern an den Umweltzerstörungen in den Abbaugebieten leidet. Wenn es keine Schätze mehr zu holen gibt, machen sich die Konzerne, ohne dafür zu haften, aus dem Staub (vgl. Müller 2011: 59).

Walter Schicho: die wirtschaftliche Abhängigkeit bleibt

Müller schreibt über das Interview 2007 mit Walter Schicho:

Schicho erfasst, dass Afrika vor rund 50 Jahren nur eine politische Unabhängigkeit erlangt habe, eine wirtschaftliche Souveränität jedoch nicht. Die politische Unabhängigkeit habe aber nur wenig gebracht: vieles, was sich damals unter kolonialer Verwaltung zutrug, wurde fortgesetzt. Vor allem Frankreich habe eine sehr enge Kooperation mit den Nachfolgestaaten der ehemaligen Kolonien betrieben. Bei den ehemaligen britischen Kolonien ging das sich Loslösen etwas weiter, allerdings sei es bei der wirtschaftlichen Abhängigkeit der neuen Staaten geblieben.

Die Kolonisierung habe Afrika zwar weitergebracht, aber sie habe genauso negative Auswirkungen gehabt. Der Ausbau der Infrastruktur war auf der einen Seite ein Fortschritt, doch auf der anderen Seite hat diese Art der Infrastruktur der innerafrikansichen Vernetzung weniger genützt, sondern mehr geschadet. Es wurden Eisenbahnen und Straßen gebaut, welche vom Landesinneren an die Küste führten. Das diene ausschließlich dazu, irgendwelche Produkte aus dem Land heraus zu bringen. Dadurch wurde der Export gefördert, aber eine auf lokale Bedürfnisse orientierte Wirtschaft wurde außen vorgelassen.

Walter Schicho macht am Beispiel Bildung nochmals fest, dass auch in diesem Bereich die Investitionen rein auf fremde Bedürfnisse ausgerichtet waren. Denn in Afrika gibt es in etwa 2000 Sprachen, wobei die vorherrschende Mittel der Kommunikation fast ausschließlich nicht-afrikanische Sprachen seien. Das binde Afrika zwar in gewisser

Hinsicht in die globalen Strukturen ein, aber die Verwendung der ehemaligen Kolonialsprachen, wie Englisch, Französisch und Portugiesisch schließe die Mehrheit der afrikanischen Bevölkerung aus, von der Teilnahme an einem modernen Wirtschaftsraum, wie auch von der Politik.

Nach Schichos Analyse nach waren die europäischen Kolonien auf ein Zentrum außerhalb Afrikas orientiert gewesen. Die Probleme hätten bereits mit den unterschiedlichen Währungen begonnen sowie mit der Verrechnung von Importen und Exporten in westlichen Geldsystemen, wie Pfund oder Franc. Demnach starteten die afrikanischen Staaten mit einer doppelt so hohen Barriere in die Unabhängigkeit. Auf der einen Seite hatte der Kolonialismus eine „*grundsätzliche Ausrichtung der Ökonomien*“ auf die Nachfragen der europäischen Märkte bewirkt, auf der anderen Seite waren die politischen Systeme „*überhaupt nicht vorbereitet auf eine selbständige, dynamische und nationale Entwicklung*“. Sie waren maximal auf eine Entwicklung als Teil eines Weltsystems, welches die Kolonialreiche ablösen sollte, eingestellt (vgl. Müller 2011: 64-66).

7.1.3 Afrika im Weltkapitalismus

Afrika im Weltmarkt – Überblick

Im Verhältnis zu anderen Teilen der Welt ist der Entwicklungsrückstand in Afrika an dem niedrigen Stand der Sozialindikatoren und an der extrem hohen Armut zu erkennen. Da die Steigerung des Wohlstandes in der Bevölkerung im besten Falls eine indirekte Folge der kapitalistischen Veränderung der Produktivkräfte ist, zeigen am besten makroökonomische Indikatoren die Schwierigkeiten des Kapitalismus in Afrika. Diese Daten zeigen, dass Sub-Sahara Afrika in der Weltwirtschaft bis zu Beginn der 2000er Jahre immer wieder an den Rand gedrängt wurde.

Anhand des Welt-Sozialproduktes kann man erkennen, dass bis ins Jahr 2000 der Anteil Afrikas kontinuierlich sank, unterdessen der Anteil der Weltbevölkerung stetig ansteigt. Seit 2004 stabilisiert sich jedoch die Lage aufgrund der steigenden Rohstoffpreise (vgl. Goldberg 2007: 5f).

Tabelle 5: Bruttoinlandsprodukt basierend auf den Kaufkraftparitäten					
		1980	2000	2005	2013
Welt	Anteile in Mrd. \$	11,471.350	42,857.059	57,639.545	86,698.366
	Anteile in Prozent	100	100	100	100
Entwicklungsländer	Anteile in Mrd. \$	3,551.363	15,872.916	23,812.787	43,705.468
	Anteile in Prozent	30.959	37.037	43.854	50.411
Sub-Sahara Afrika	Anteile in Mrd. \$	299.924	864.274	1,269.901	2,226.355
	Anteile in Prozent	2.615	2.017	2.263	2.568

Quelle: IMF, World Economic Outlook Database, October 2013

Der Grad der kapitalistischen Durchdringung von außen wird fast immer am Umfang der ausländischen Direktinvestitionen gemessen. Hier ergibt sich das gleiche Bild: Der Anteil Afrikas an den Direktinvestitionen in den Entwicklungsländern, was in etwa ein Drittel darstellt, ist bis zu Beginn der 2000er Jahre gesunken. Diese Quote hat sich jedoch als Letztes infolge des Rohstoffbooms stabilisiert (vgl. Goldberg 2007: 6).

Tabelle 6: Zufluss von Direktinvestitionen in den Entwicklungsländern				
	2000	2006	2012	2012
Entwicklungsländer	100%	100%	100%	702.826 Mrd. \$
Sub-Sahara Afrika	2,5%	3,9%	5,8%	41.006 Mrd. \$

Quelle: UNCTAD, World Investment Report, Database 2013

Ähnlich sieht es beim Welthandel aus: der Anteil Afrikas ist nur gering und ist ebenso rückläufig bei einer Stabilisierung der letzten Jahre.

Tabelle 7: Anteil am Welthandel				
	1980	2006	2012	2012
Welt-Exporte	100%	100%	100%	18.401 Mrd. US \$
Afrika-Exporte	6 %	3%	3,4%	630 Mrd. US \$

Quelle: World Trade Organisation, Database

Bei diesen Zahlen ist zu berücksichtigen, dass die afrikanische Bevölkerung seit Mitte des 20. Jahrhunderts wächst. In den Zeiten davor war das Wachstum hingegen immer niedriger gewesen als das der restlichen Weltbevölkerung.

Jedoch wird der Entwicklungsrückstand Afrikas bei einem Vergleich der Investitionsquoten, welche quasi das Akkumulationstempo widerspiegeln, am sichtbarsten (vgl. Goldberg 2007: 6).

Tabelle 8: Investitionen in Prozent des Bruttoinlandsprodukts		
	2000-2006	2007-2013
Welt	22,9 %	24,1 %
Entwickelte Länder	22,0 %	20,3 %
Entwicklungsländer	25,9 %	31,3 %
Sub-Sahara Afrika	19,5 %	22,5 %

Quelle: IMF, World Economic Outlook Database, October 2013

Da diese Quoten auch Ersatzquoten beinhalten, bedeutet eine Investitionsquote von 19,5 Prozent, dass der Kapitalstock gerade so erhalten werden kann. Obwohl es einen leichten Anstieg der Investitionsquoten gibt, bleibt Afrika international gesehen, wirtschaftlich ganz unten. Investitionen außerhalb des Bergbausektors dürften sogar weiter stagnieren. Jedenfalls ist und bleibt Afrika in die Weltwirtschaft integriert, aber auf eine einseitige Art und Weise. Afrika ist als Absatzmarkt für den Rest der Welt nur von geringer Bedeutung, aber umgekehrt ist der Weltmarkt für Afrika überlebensnotwendig. Das sieht man am Anteil des Außenhandels am afrikanischen

Inlandsprodukt, welcher fast genauso hoch ist wie in Europa oder Ostasien und sogar deutlich höher als in Südasien oder Lateinamerika (vgl. Goldberg 2007: 6).

Tabelle 9: Außenhandel in Prozent des Inlandsprodukts, 2012		
	Exporte	Importe
Welt	30,1 %	30,3 %
OECD	27,6 %	28,4 %
Europa und Zentralasien	42,4 %	40,2 %
Lateinamerika und Karibik	24,7 %	26,1 %
Südasien	22,4 %	30,6 %
Ostasien	32,6 %	31,9 %
Sub-Sahara Afrika	35,0 %	34,8 %

Quelle: The World Bank, World Development Indicators, Database 2013

Obwohl Afrika stärker am Weltmarkt integriert ist als das aufstrebende Asien, hat es kaum Auswirkungen auf die afrikanische Binnenwirtschaft, da die Exporte und die Binnenwirtschaft nur sehr spärlich miteinander in Verbindung stehen. Die Auswirkungen der hohen Rohstoffexporte und der steigenden Auslandsinvestitionen (besonders in der kapitalintensiven Mineralölförderung) sind jedoch begrenzt. Auf die übrige Wirtschaft gibt es hier keinerlei positive Auswirkungen (vgl. Goldberg 2007: 6f). Es gilt also nach wie vor das, was der erste Präsident Tansanias, Julius Nyerere, über Afrikas Wirtschaft sagte: *„Afrika produziert, was es nicht selbst konsumiert, und konsumiert, was es nicht selbst produziert.“* (Nuscheler 2006: 212).

Tabelle 10: Warenexporte nach Gütergruppen und Regionen in Prozent, 2012					
	Welt	Europa	Nordamerika	Asien	Afrika
Insgesamt	100 %	35,6 %	13,2 %	31,5 %	3,5 %
darunter:					
Energie- und Bergbauprodukte	23,1 %	13,2 %	17,0 %	12,3 %	69,5 %
Landwirtschaftliche Produkte	9,2 %	10,8 %	10,9 %	6,8 %	9,1 %
Verarbeitete Produkte	64,1 %	74,1 %	66,7 %	78,3 %	16,4 %

Quelle: WTO (2013a), International Trade Statistics, S. 22 und S. 60; WTO (2013b), Worls and Regional Export Profiles 2012.

Afrika ist mehr als je zuvor Exporteur von Rohstoffen bzw. von verarbeiteten Produkten einer niedrigen Fertigungsstufe und immer noch geht der größte Teil an Europa und Amerika. Im Unterschied zu den anderen Weltteilen zeigt sich, dass einerseits bei den Exporten nicht-erneuerbare Rohstoffe dominieren und andererseits die Importe auf verarbeiteten Produkten bestehen. Der Verarbeitungsgrad der Produkte ist bei den afrikanischen Exporten wesentlich niedriger als der von den Importen. Zudem erscheint der intra-afrikanische Handel äußerst niedrig zu sein (vgl. Goldberg 2007: 7). Laut Welthandelsorganisation ist der Anteil des regionalen Handels am Gesamtaußenhandel im Jahr 2012 für Europa 37 Prozent, für Asien 30 Prozent, für Nordamerika 17 Prozent und für Lateinamerika 4 Prozent. Wohingegen Afrika nur einen Wert von rund 3 Prozent aufweist (WTO 2013b). Auch wenn man berücksichtigt, dass der illegale Handel unberücksichtigt bleibt, ist dies ein extrem niedriger Wert und stellt durchaus eine Ausnahme dar. In Anbetracht der vielen kleinen afrikanischen Länder müsste der intra-afrikansiche Handel eigentlich eher über dem internationalen Durchschnitt liegen (vgl. Goldberg 2007: 7).

**Abbildung 5: Zusammensetzung
des afrikanischen Exports (2012)**

Energie- und Bergbauprodukte	69 %
Agrarprodukte	9 %
Verarbeitete Produkte	16 %



Quelle: WTO 2013b: World and Regional Export Profiles 2012

Anhand dieser Daten kann man erkennen, dass sich die Rolle Afrikas seit dem Ende des Sklavenhandels fast überhaupt nicht verändert hat. Afrika ist nach wie vor Rohstofflieferant. Dabei überwiegen vor allem nichterneuerbare Rohstoffe, wobei die Bedeutung von landwirtschaftlichen Rohstoffen in den letzten Jahrzehnten zurückgegangen ist. Obwohl es Vorurteile vielleicht vermuten lassen, verfügt Afrika keineswegs über so große Vorteile in der Agrarproduktion (vgl. Goldberg 2007: 7). Afrika ist arm an fruchtbaren Böden, die Klimazonen unterteilen sich von Nord nach Süd, was die Verarbeitung von modifizierten Anbautechniken erschwert, zudem kommen die unregelmäßigen Regenfälle und das tropische Klima, das die Verbreitung von Schädlingen und Krankheiten begünstigt (Tetzlaff/ Jakobeit 2005: 30f).

Es sind die Mineralen und andere nichterneuerbare Rohstoffe die den Reichtum Afrikas für den Weltmarkt darstellen. Daher profitiert Afrika sehr stark von der erhöhten Nachfrage dieser Rohstoffe aus Asien. Allerdings sind die Rohstoffvorkommen Afrikas begrenzt. Das aktuell wichtigste afrikanische Exportprodukt ist Erdöl, auf das rund 42 Prozent aller Exporte entfallen (vgl. Goldberg 2007: 8). Angesichts des immer näher kommenden „*peak-oil*“²⁰ findet ein Wettlauf der alten und neuen Weltmächte nach Afrika statt (Wagner 2007), jedoch ist das Ende der Vorräte absehbar.

²⁰ Produktionshöhepunkt von Rohöl

Tabelle 11: Weltanteil Afrikas an nicht-erneuerbaren Energiestoffen in Prozent, 2012				
	Ressourcen	Reserven	Förderung	Verbrauch
Erdöl *	9,4 %	8,2 %	11,2 %	4,1 %
Erdgas *	12,9 %	7,4 %	6,2 %	3,5 %
Steinkohle	0,5 %	3,8 %	3,8 %	2,8 %
Uran	12,9 %	4,9 %	1,1 %	0,6 %
Insgesamt	1,4 %	5,5 %	7,7 %	3,2 %
*konventionell und nicht-konventionell				

Quelle: BGR, Reserven, Ressourcen und Verfügbarkeit von Energierohstoffen 2013

Reserven sind die bekannten und gegenwärtig wirtschaftlich abbaubaren Vorräte. Ressourcen enthalten die bekannten, aber derzeit nicht wirtschaftlich abbaubaren sowie die unbekannten, aber wegen geologischer Konstellationen vermuteten Vorräte. Auffallend ist der geringe Verbrauch. Wenn es Afrika in der Zukunft gelingt einen Strukturwandel zu schnellem Wachstum und mehr Verarbeitung zu schaffen, dann haben sie ein großes Problem: die heimischen Vorräte werden erschöpft sein.

Etwas besser sieht es bei Metallen und Kohle aus: Metalle, Gold, und Diamanten machen 14,5 Prozent der Exporte aus. Dessen ungeachtet hat Afrika nur bei wenigen Rohstoffen aktiven Einfluss auf dem Weltmarkt (vgl. Goldberg 2007: 8).

Tabelle 12: Weltanteile an Vorräten und Förderung der mineralischen Rohstoffe in Prozent, 1994		
	Vorräte	Förderung
PT-Metalle	88,5 %	68,2 %
Kobald	77,9 %	43,9 %
Chromit	73,8 %	44,4 %
Vanadium	53,5 %	48,5 %
Mangan	48,6 %	21,9 %
Gold	47,0 %	30,9 %
Bauxit	29,9 %	16,7 %
Rutil	18,8 %	45,4 %
Kupfer	8,4 %	7,3 %
Phosphat	53,4 %	28,5 %
Diamanten	36,8 %	50,8 %

Quelle: Barth/ Kürsten 1996, zit. nach Goldberg 2007

In Anbetracht der immer knapper werdenden Ressourcen und der hohen Rohstoffpreise ist es nicht verwunderlich, dass Afrika entgegen seiner scheinbar gering geschätzten Stellung in der Weltwirtschaft neuerlich zum Objekt der Begierde wurde. Neben den bereits bekannten Mächten sind neue Wettbewerber auf der Bildfläche erschienen, vor allem China bemüht sich um den Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen mit Afrika. Das Handelsvolumen zwischen Afrika und China hat sich zwischen 1990 und 2005 verzehnfacht und ist daher keinesfalls von unbedeutender Relevanz.

Das gestiegene Interesse an den afrikanischen Rohstoffen, begründet sich insbesondere durch den niedrigen Energieverbrauch und die Tatsache, dass weite Teile, bis auf Südafrika, als wenig erschlossen gelten. Daher wird vermutet, dass dort noch unbekannte Ressourcen liegen (vgl. Goldberg 2007: 8).

7.2 Die Rohstoffökonomie in Botswana

Botswana hatte aufgrund der klimatischen Bedingungen (geographische Lage und natürliche Bedingungen) ungünstige Voraussetzungen/ Ausgangssituationen für deren Entwicklung. Botswana ist eine Rohstoffökonomie, wobei die Rohstoffrenten dem Staat zufließen. Jedoch hat sich diese Rohstoffökonomie, anders als Nigeria oder Angola, ziemlich erfolgreich entwickelt. Das Einkommen pro Kopf stieg von 200 (1960) auf

ungefähr 3.500 US-Dollar (2002) an. Ein Drittel der Wirtschaftsleistung erbringt der Diamantensektor. Dieser Sektor begünstigte vor allem das Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts. Ungefähr zwei Drittel der Export- und Staatseinnahmen stützen sich auf die Aktivitäten des Diamantensektors (Kappel 2005).

Botswana ist flächenmäßig ein großer Staat mit einer relativ geringen Bevölkerungszahl (Tetzlaff 2008: 82). Seit seiner Unabhängigkeit von Großbritannien im Jahre 1966 war Botswana ein Land mit ungefähr einer Million Einwohner und die Ökonomie war von der Viehwirtschaft abhängig. Das Land wurde von den Institutionen und Bräuchen des Volksstammes der BamaNgwato geleitet (Acemoglu et al; zit. nach OECD 2008:141) und hatte eine ununterbrochene Mehrheitenverfassung. Zwar ist bis dahin noch kein demokratischer Machtwechsel eingetreten, aber immerhin war das Verfassungssystem so flexibel, dass sich die steigende Frustration in der Bevölkerung in den Wählerstimmen für die entgegengesetzten Parteien niederschlagen konnte. Zur Machtübernahme hat es aber nie gereicht, was nicht ausschließlich auf das britische Mehrheitswahlrecht zurückzuführen war, sondern auch auf die außerordentliche Qualität des ersten Präsidenten des Landes Sir Seretse Khama und seiner Partei, der Botswana Democratic Party (Schicho 1999 zit. nach Tetzlaff 2008: 83).

Ein theoretisches Merkmal der erfolgreichen Demokratie Botswanas ist die marktwirtschaftliche Effektivität der politischen Führung bei dem Umgang mit den Wirtschafts- und Finanzaufgaben des Landes (ebd.: 84).

Die erste Regierung nach der Unabhängigkeit fällte zwei Entscheidungen, welche sich später als entscheidend für das Wachstum und die Entwicklung Botswanas herausstellte. Eine Minen- und Mineralien-Verordnung gab alle Mineralrechte an den Staat anstatt an die Stammesbehörden ab. Ausländische Firmen wurden aufgefordert Erkundungen über die mineralische Vorkommnisse zu tätigen und es wurde bald klar, dass das Land reich an Vermögenswerten, insbesondere Diamanten ist.

Die zweite wichtige Entscheidung war die Neuverhandlung mit dem Bergbauunternehmen De Beers im Jahre 1975. Diese überließen dem Staat die Hälfte der Gewinne aller Diamanten-Erträge.

Die Staatseinnahmen, vor allem aus dem Export der Diamanten, flossen unter einer restriktiven Finanzkontrolle in Investitionen im Bereich Bildung, Gesundheit und Infrastruktur. Dazu beigetragen hat, dass eine Reihe von Regeln aufgestellt wurden, wie zum Beispiel die Schaffung eines „Sustainability Budget Index“, welcher verhindern soll, dass Haushaltsdefizite entstehen. Dies geschieht durch die Kontrolle des

Verhältnisses zwischen Einnahmen und Ausgaben aus nicht-mineralischen Produkten. Solange das Verhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben passt, werden die Einnahmen der natürlichen Ressourcen für Investitionen verwendet.

Aufgrund dieser Vorgehensweise erlebt Botswana fast drei Jahrzehnte hohe Wachstumsraten und in den späten 1990er Jahren stieg das Land sogar zu einem Land mit mittleren Einkommen auf (vgl. Acemoglu et al; zit. nach OECD 2008: 141).

Botswana ist ein Ausnahmebeispiel und hat trotz dessen geographischer Nachteile (Binnenland, hohe Transportkosten, klimatische Nachteile und Abhängigkeit von natürlichen Ressourcen) die Möglichkeit für ein nachhaltiges Wachstum. Daher kann Botswana als Beispiel dafür genannt werden, dass trotz reichhaltiger Ressourcenvorkommen Entwicklung möglich ist (vgl. Kappel 2005).

Zusammenfassend kann daher angemerkt werden, dass Botswana unter der politischen Führung patriotisch denkender und weit blickender Präsidenten nicht vom sogenannten Rohstofffluch betroffen ist. Botswana ist demnach nicht zu einem gierigen Rentenstaat geworden, der von einem schmarotzerhaften und untereinander zerstrittenen Staatsapparat geführt wird. Es stellt genau das Gegenteil dar: einen gut organisierten, von oben steuernden nationalen Herrschaftsverband mit einer fähigen Führung mit Verantwortung in Politik und Verwaltung (vgl. Tetzlaff 2008: 88).

7.3 Nigeria: Reich und doch arm

Nigeria ist ein reiches Land, nichts desto trotz leben ca. 45 Prozent der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze. Nigeria verfügt über enorme Vorkommen an *Erdöl*, und galt daher 1960, als es die Unabhängigkeit erhielt, als das Land mit dem meisten Entwicklungspotential Afrikas. Heute steht Nigeria an zehnter Stelle der erdölfördernden Länder, aber von den Profiten hat das Land nicht wirklich etwas davon. Es verdienen zum größten Teil die großen Ölkonzerne und die jeweiligen Machthaber des Staates an den Profiten. Genau deswegen, und weil die Bevölkerung erkannt hat, dass sie sich etwas holen könnte, wird seit Jahrzehnten um die Macht im Land gekämpft (vgl. Scinexx 2001; vgl. Basedau/ Mehler 2005: 28).

Das Beispiel Nigeria belegt eindrücklich, dass die Mehrheit der Bevölkerung trotz Rohstoffreichtum in der Armut verharren kann und die sozialen Unterschiede sogar oft noch größer werden. Obwohl sich die Öleinnahmen pro Kopf zwischen 1970 und 2000

beinahe verzehnfachten, stagnierte das BIP pro Kopf, sodass Nigeria im Jahr 2000 zu den 15 ärmsten Ländern der Welt gehörte (Erklärung von Bern 2011: 364).

Seit den 1970er Jahren wird die Entwicklung Nigerias durch die Ölindustrie bestimmt. Die Erlöse durch die Ölexporte wurden im Vergleich zu den gesamten Exporten immer größer und belaufen sich seit einigen Jahren auf über 95 Prozent. Zudem wird Nigerias Öl zum größten Teil von transnationalen Konzernen produziert. Trotz positiver Annahmen haben die Erdölförderungen Nigeria jedoch sehr geschadet. Mit der Förderung von Öl hat gleichzeitig ein ständiger Abstieg der meisten anderen Industriezweige begonnen.

In den 1960er Jahren zählte Nigeria noch zu den wichtigsten Exporteuren von Agrarprodukten und die Landwirtschaft konnte Nahrungsmittelversorgung der Bevölkerung gewährleisten. Heutzutage stehen nicht mehr die landwirtschaftlichen Exporteure im Vordergrund, sondern die Ölexporteure. Hinzu kommt, dass Industrieprodukte fast überhaupt nicht exportiert werden. Zudem setzte mit den Ölexporten eine Aufwertung der Währung ein. Die Importe wurden dadurch immer günstiger und der Abstieg der Landwirtschaft sowie der Industrie wurde dadurch gefördert.

Der Staat konzentrierte sich primär auf die Einnahmen aus der Ölproduktion. Dadurch wurde das Herbeischaffen anderer Einnahmequellen völlig vernachlässigt. Zudem verschwinden jährlich tausende Tonnen von Rohöl, ohne dass die Anführer (Mitglieder der lokalen Regierung und Kaufleuten) dieser Diebstähle ermittelt werden. Trotz des Anstieges des durchschnittlichen Einkommens der Bevölkerung seit dem Jahr 2000, lag das Einkommen pro Kopf 2009 unter dem des von 1970 (vgl. Kappel 2010). Und obwohl das Einkommen pro Kopf gestiegen ist, blieb das Bruttosozialprodukt pro Einwohner jedoch auf demselben Level wie damals (Seifert/ Werner 2005: 189f). Das bedeutet, obgleich die Wirtschaft während der letzten Jahre gewachsen ist, leben immer noch mehr als zwei Drittel der Nigerianer in sehr großer Armut. Die arme Bevölkerung merkt quasi nichts von dem Wirtschaftswachstum. Die Armut ist vor allem in der landwirtschaftlichen Bevölkerung besonders groß, aber auch in der Stadt steigt die Armut immer weiter an.

Hinzu kommt, dass Gewalt in Nigeria seit vielen Jahren an der Tagesordnung steht. Diese ist geprägt durch politisch religiöse Kämpfe, Ressourcenkonflikte, Konflikte zwischen Ölkonzernen und der lokalen Bevölkerung, politische Auseinandersetzungen

zwischen dem Norden und dem ressourcenreichen Süden sowie Konflikte zwischen politisch-sozialen Akteuren, kriminellen Gruppen und dem Staat (vgl. Kappel 2010).

Brennpunkt Niger-Delta

Da Nigeria fast ausschließlich aus dem Verkauf seiner Öl- und Gasvorkommen lebt und diese Rohstoffe die Stahlkammern darstellen, welche die auseinanderlaufenden Interessen des Landes zusammen halten, müsste die Befreiung und Entwicklung des Niger-Deltas höchste Priorität besitzen. Jedoch weder die Militärs noch die Politiker oder Konzerne haben bisher Konzepte zur Hebung des Lebensstandards der Bevölkerung vorgelegt. Es fehlt an allem: Schulen, Krankenhäuser und Arbeitsmöglichkeiten. Stattdessen herrscht Raubbau und rücksichtslose Öl- und Gasförderung auf Kosten der lokalen Bevölkerung und der Umwelt (vgl. Bergstresser 2010: 23-26).

Hierbei sind zwei Dimensionen besonders relevant: die wirtschaftliche und die politische.

Bei der wirtschaftlichen Dimension geht es hauptsächlich um die übermäßige Abhängigkeit der Bevölkerung. Hierbei spielt vor allem die Verschwendung der Gelder eine wichtige Rolle, wobei diese Gelder meistens in private Taschen fließt. Dies geschieht wegen instabiler Verteilungssysteme der Einnahmen, politischer Arrangements der lokalen Machteliten und mangelnder Kontrollmechanismen.

In der politischen Dimension steht die nur eingeschränkte Anwendung der Gesetze bzw. deren einseitige Auslegung im Vordergrund. Dazu zählen die ungesicherten Eigentumsrechte in der Region, welche immer wieder zu Konflikten führen. Zudem wird die sogenannte „*unheilige Allianz*“ von Ölonternehmen und Staat am deutlichsten an den autoritären Maßnahmen gegen die lokalen Gemeinden sichtbar. Diese Ausgangssituation hat den Konflikt im Niger-Delta verstärkt, insbesondere weil die lokalen Gemeinschaften nicht von den Öleinnahmen profitieren.

Es bestehen facettenreiche Interessen, in denen es um politische Hegemonie, Ressourcenkontrollen, Umweltschutz und Identität sowie oft auch um kriminelle Aktionsräume geht (vgl. Kappel 2010).

8 ZUSAMMENFASSUNG DER ERGEBNISSE

Das Ziel der Diplomarbeit war, einen Überblick über die derzeitige Situation im Diskurs über den sogenannten Ressourcenfluch zu geben. Es stand vor allem die Frage im Vordergrund, ob es in Folge eines Reichtums an Ressourcen zu einem Fluch oder Segen dessen führt?

Bevor jedoch auf diese Frage genauer eingegangen wurde, habe ich versucht den theoretischen Rahmen abzustecken. Zuerst habe ich mich den Gerechtigkeitstheorien gewidmet. Diese zeigen, dass es notwendig ist, sich überhaupt mit Gerechtigkeit erst einmal auseinanderzusetzen. Die „Theorie der Gerechtigkeit“ von John Rawls stellt eine Kritik an den Staaten des real existierenden Sozialismus dar. Rawls verfasst daraufhin zwei Gerechtigkeitsgrundsätze, dessen Ziel, die Abänderung oder sogar die Abschaffung ungerechter Gesetze und Institutionen sein sollten. Im Anschluss daran setzt sich auch Amartya Sen mit der Frage von Gerechtigkeit auseinander. Er knüpft an den Gerechtigkeitsgedanken von Rawls an, geht aber noch einen Schritt weiter, indem er sich nicht wie Rawls, nur auf einer hypothetischen Ebene bewegt, sondern auf der tatsächlichen Handlungsebene. Für Sen ist es für die Überwindung von Ungerechtigkeiten wichtig, dass sie auf Grundlage tatsächlicher Werte und Prioritäten der Betroffenen stattfinden. In anderen seiner Schriften geht er unter anderem auch darauf ein, dass Armut zu einem Mangel an Chancen führt. Dies kann man auch auf die Annahme zurückführen, dass Fairness die Grundlage von Gerechtigkeit ist. Er geht außerdem auf Abhängigkeitsverhältnisse ein, welche aufgrund verschiedener Mängel, wie einem schlechten Sozialklima oder unterschiedlicher persönlicher Merkmale, zustande kommen können.

Im Zusammenhang mit Entwicklung als Freiheit, nach Sen, wird deutlich, wie wichtig die Befähigung der Menschen ist. Befähigung bedeutet Freiheit und kann daher zu mehr Handlungsspielraum führen. Das kann wiederum dazu führen, dass Entwicklung stattfinden kann.

Diese Annahme führt dann zu den Entwicklungstheorien, bei denen zunächst der Entwicklungsbegriff diskutiert wird. Dieser ist selbst ein Teil der Entwicklungsproblematik. Entwicklung ist nicht einfach zu definieren und wird allgemein oft auf das wirtschaftliche Wachstum reduziert. Der Begriff bedeutet jedoch

mehr als das. Er inkludiert zum Beispiel Partizipation und politische Rechte, soziale und kulturelle Freiheit, Bildung, Gesundheit und die Sicherung der Grundbedürfnisse. Nichts desto trotz habe ich mich in meiner Arbeit zum überwiegenden Teil an der Entwicklung als wirtschaftliches Wachstum gehalten.

Auf Entwicklung als wirtschaftliches Wachstum bezieht sich auch William Arthur Lewis in seiner „Theorie des ökonomischen Wachstum“. Aufgrund des Umfangs seiner Theorie habe ich nur einige wichtige Ausschnitte erfasst.

Lewis war zu seiner Zeit einer der wenigen, der schon relativ früh auf einen Unterschied zwischen arm und reich hingewiesen hat. Diese Unterschiede führte er vor allem auf die wirtschaftlichen Verhältnisse mit ihren Institutionen, der Öffnung der Märkte und der damit verbundenen Kapitalakkumulation zurück. Für die weniger entwickelten Länder war es hingegen wichtig, sich zunächst einmal Kapital zu schaffen. Dies geschieht in erster Linie durch ausländische Finanzierungen und Investitionen. Dies lässt schon einen ersten Einblick auf eine Theorie der Abhängigkeit geben. Deshalb habe ich mich im nächsten Schritt der Dependenztheorie gewidmet. Die Dependenztheorie hat ihren Ursprung in Lateinamerika und versucht vorrangig Unterentwicklung bzw. Entwicklungsblockaden zu erklären. Es gibt zwei wichtige Werke in diesem Zusammenhang: der „Periphere Kapitalismus“ von Dieter Senghaas und die „Entwicklung der Unterentwicklung“ von Andre Gunder Frank. In diesen beiden Werken werden primär die Abhängigkeitsverhältnisse zwischen den Entwicklungsländern und den entwickelten Ländern untersucht. Diese sind auf die herrschenden kapitalistischen Marktverhältnisse zurückzuführen.

Abschließend zum theoretischen Teil findet noch ein Exkurs in die peruanische Wirklichkeit statt. Diese Darstellung von José Carlos Mariátegui machte schon lange Zeit vor der Dependenztheorie darauf aufmerksam, dass es wichtig ist, keine allgemeinen Theorien über die wirtschaftlichen Verhältnisse aufzustellen. Stattdessen sollte auf die gesellschaftliche Wirklichkeit geschaut werden, um aus der vorherrschenden Abhängigkeit entkommen zu können. Mariátegui war daher quasi ein Vorreiter der Dependenztheorie.

Es lässt sich erkennen, dass sich alle Theorien direkt oder indirekt mit Abhängigkeit, Beziehungen zwischen Nationen und/oder Unternehmen bzw. Konzernen und (ungleichen) Austausch beschäftigen.

Aufbauend auf dem theoretischen Teil werden im darauffolgenden Kapitel die kapitalistischen Verhältnisse zwischen dem globalen Norden und dem globalen Süden näher betrachtet. Hier wird deutlich, dass die herrschende Abhängigkeit in der Geschichte weit zurück geht. Es kann auch als koloniales Erbe betrachtet werden. Aufgrund der überlegenen Stellung der Industrieländer im Norden wurden die Entwicklungsländer im Süden in eine ungleiche Spezialisierung (von Rohstoffen) gedrängt und verloren dadurch oft ihre Lebensgrundlage, da landwirtschaftliche Produktion nur mehr eine untergeordnete Rolle spielte. Aber auch durch den ungleichen Austausch entstanden Ausbeutungs- und Abhängigkeitsverhältnisse.

Die Ausbeutungsverhältnisse spiegeln sich vor allem im Handel mit Rohstoffen wieder. Die Nutzung von Rohstoffen ist seit jeher die gleiche: Rohstoffe wurden und werden ausgebeutet, transportiert, verkauft und verbraucht. Jedoch geht der Reichtum an Rohstoffen nicht immer mit wirtschaftlichem Wachstum oder Entwicklung einher. Die Rohstoffländer sind von der Nachfrage und den Preisschwankungen abhängig. Zudem ist der Ressourcensektor stark von Ausbeutung und Korruption gekennzeichnet.

Nach der allgemeinen Darstellung der kapitalistischen Verhältnisse zwischen Nord und Süd folgt der quantitative Teil. Dieses Kapitel befasst sich mit der Frage, wie und mithilfe welcher Indikatoren kann Reichtum überhaupt gemessen werden. Dazu gibt es zwei Studien: auf der einen Seite die Studie der Weltbank „Where is the Wealth of Nations?“ und auf der anderen Seite die Studie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung „Natural Resources and Pro-Poor Growth – The Economics and the Politics“. Beide Studien befassen sich vorrangig mit den Indikatoren, anhand derer Reichtum gemessen werden kann. Mit Hinblick auf diese beiden Studien wird zunächst der Reichtum im weltweiten Vergleich betrachtet. Hier wird verdeutlicht, dass das produzierte Vermögen über die unterschiedlichen Einkommensgruppen zwar nahezu konstant ist, aber es einen beträchtlichen Unterschied bei den Anteilen am Reichtum gibt. Arme Länder haben zwar oft höhere natürliche Ressourcen, schneiden aber am Reichtum oft nicht mit. Dies variiert von Region zu Region und kann auch aufgrund verschiedener Indikatoren der Fall sein. Zum Beispiel spielen Politik und Institutionen eine wichtige Rolle. Besonders die Fiskalpolitik kann sich stark auf den Wohlstand einer Gesellschaft auswirken. Hierbei spielt die Fähigkeit der Regierung eine wichtige Rolle, weil wenn diese unfähig ist ihre Steuern sowie ihre Ausgaben zu regeln, dann wird das betroffene Land es kaum schaffen Profite zu

machen und sich daher auch wirtschaftlich nicht entwickeln können. Ebenso sind Ersparnisse und Investitionen wichtig für die Entwicklung eines Landes. Denn ohne Schaffung eines Überschusses gibt es kein Kapital für Investitionen, und die Länder verharren in ihrem niedrigen Stadium der Entwicklung.

Die wichtigste Aussage zur Messung von Reichtum ist, dass Länder mit einem niedrigen Einkommen oft stark von natürlichen Rohstoffen abhängig sind. Sie besitzen große Flächen an Acker- und Weideland und besitzen dadurch auch die größten Anteile an natürlichen Ressourcen. Zudem beeinflusst die Verwaltung und der Umgang mit den Ressourcen stark die Aussichten auf Entwicklung.

Ob nun natürliche Rohstoffe einen Segen oder einen Fluch darstellen, hängt von mehreren Faktoren ab: die Höhe der Erlöse, die Teilhabe der Konzerne an den Rohstoffen, der Grad der Abhängigkeit von den Rohstoffen und dem Weltmarktpreis. Hier spielen aber auch die sozialen und ökologischen Auswirkungen eine wichtige Rolle. Konflikte aufgrund herrschender Ungleichheiten und Umweltzerstörung und -verschmutzung, wobei gleichzeitig die Lebensgrundlage (Boden) zerstört wird, können sich genauso negativ auf die Entwicklung eines Landes auswirken.

Einen weiteren wichtigen Punkt stellt die Tatsache dar, dass es in der internationalen Rohstoffpolitik zu keiner Einigung zwischen den Rohstoffländern und den rohstoffimportierenden Ländern kommt. Während die Rohstoffländer für bessere Handelsbedingungen kämpfen, suchen die rohstoffimportierenden Länder nach neuen Wegen zur Erschließung der Ressourcen. Dabei stellt sich nun die Frage, wie kann man aus dem Fluch einen Segen machen? Um das zu schaffen, müsste man an mehreren Dingen arbeiten: den internationalen Verhältnissen, der Verteilung und dem fairen Handel sowie an der lokalen Regierungsführung. Zudem könnte man anhand positiver Beispiele, wie in Brasilien oder Botswana, etwas lernen.

Daher wurde im letzten Abschnitt der Arbeit das Beispiel Afrika näher betrachtet. Es sollte zum besseren Verständnis der Rohstoffproblematik dienen. Es wird dargestellt wie Afrika sich in die Weltwirtschaft eingliedert hat und welche Faktoren dabei eine Rolle spielten.

Afrika ist reich an Rohstoffen, trotzdem herrscht dort zum größten Teil Armut. Im Verhältnis zu anderen Teilen der Welt ist der Rückstand an den niedrigen Sozialindikatoren zu messen. Zudem herrscht ein hoher Grad an kapitalistischer

Durchdringung. Weiters sind die Handelsanteile im weltweiten Vergleich rückläufig. Trotzdem zählt Afrika mehr als je zuvor zu den Hauptexporteuren von Rohstoffen. Die Rolle Afrikas hat sich demnach auch seit Ende des Sklavenhandels kaum verändert: sie sind nach wie vor Rohstofflieferant, nur sind es heute primär Energierohstoffe und Mineralien, die exportiert werden.

Besonders im Bezug auf Erdöl ist die Lage kritisch. Das Fallbeispiel Nigeria zeigt in diesem Zusammenhang, dass aufgrund der reichhaltigen Rohstoffvorkommnisse von Erdöl eine hohe Abhängigkeit besteht. Nigeria verharnt trotz dieser großen Erdölvorkommen in Armut. Diese hängt unter anderem mit Korruption, Misswirtschaft und sozialen Ungleichheiten zusammen. Diejenigen, die von den Öleinnahmen profitieren, sind nicht die Bevölkerung, sondern die Regierungen und Machteliten (Konzerne). Dies führt zu zahlreichen Konflikten in der Region.

Anders sieht es in Botswana aus. Botswana ist eines der wenigen Beispiele, die sich aufgrund ihrer Rohstoffreichtümer entwickeln konnte. Somit stieg es zu einem Land mit mittleren Einkommen auf. Dies konnte aber nur passieren, da die politische Führung weitblickend und patriotisch handelt. Sie schafften es eine kompetente und gut organisierte Verwaltung mit Verantwortungsbewusstsein aufzubauen. Daher zählt Botswana, vor allem in Afrika, zu einem Ausnahmenbeispiel.

Insgesamt kann also gesagt werden, dass ein hohes Vorkommen an natürlichen Rohstoffen sowohl Fluch als auch Segen sein kann. Meistens ist es jedoch ein Fluch. Es gibt nur wenige Beispiele, wie Botswana und Brasilien, die es geschafft haben im Zuge des Rohstoffhandels ihre Entwicklung voranzutreiben.

Ich traue mich zu behaupten, dass weite Teile Afrikas es nicht so bald schaffen werden, ihre Situation zu verändern. Wegen der herrschenden kapitalistischen Wirtschaftsordnung wird es ihnen nicht gelingen, sich mit Hilfe ihrer Rohstoffreichtümer zu entwickeln. Dafür benötigt es konkrete und auf die Rohstoffländer ausgerichtete Rohstoffabkommen, welche eine Ausbeutung der Rohstoffe und Abhängigkeitsverhältnisse verhindern. Dies wird, meiner Meinung nach, nicht so bald der Fall sein, da insbesondere die Industrieländer viel zu sehr auf ihre eigenen Vorteile bedacht sind und diesen nicht aufgeben wollen.

Demnach stellt sich mir die Frage, was (noch) alles kommen muss, damit sich die Einstellung der Industrieländer ändert? Dies ist jedoch eine ganz andere Frage, welche sich hier und heute auch nicht beantworten lässt.

9 LITERATURVERZEICHNIS

Acosta, Alberto (2012): Rohstoffreichtum: der Fluch der Demokratie. In: Nueva Sociedad, Sonderheft 06/2012.

Amin, Samir (1974): Zur Theorie von Akkumulation und Entwicklung in der gegenwärtigen Weltgesellschaft. In: Senghaas, Dieter (Hg.) (1974): Peripherer Kapitalismus: Analysen über Abhängigkeit und Unterentwicklung. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1. Auflage.

Basedau, Matthias (2009): Ressourcenreichtum. In: Informationen zur politischen Bildung, Nr. 303/2009, 21-23.

Basedau, Matthias/ Mehler, Andreas (Hg.) (2005): Resource Politics in Sub-Saharan Africa. Hamburg: Institut für Afrika-Kunde, Hamburg African Studies 14.

Becker, Marc (1993): Mariategui and Latin American marxist theory. Athens : Ohio University Press.

Bergstresser, Heinrich (2010): Nigeria. Macht und Ohnmacht am Golf von Guinea. Frankfurt am Main: Brandes & Apsel Verlag, 1. Auflage.

Bleischwitz, Raimund/ Bringezu, Stefan (2009): Internationale Ressourcenpolitik. Aus dem Fluch einen Segen machen. In: Politische Ökologie: Ressourcen. Kampf um knappe Schätze. Reihenband 115-116, Juni 2009, München: oekom Verlag, 42-45.

BMZ - Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2006): BMZ Diskurs 008: Entwickelt Öl? Möglichkeiten der entwicklungsorientierten Nutzung der Öleinnahme in Subsahara Afrika.

Egger, Miriam (2006): Die Auslandsarbeit der politischen Stiftungen zwischen Entwicklungs- und Transformationskontext: Eine Untersuchung der Tätigkeit der Friedrich-Ebert-Stiftung in Lateinamerika und Osteuropa – Eine Studie zum organisationalen Lernen. Dissertation Universität Berlin.

Elsenhans, Hartmut (1984): Nord-Süd-Beziehungen. Geschichte – Politik – Wirtschaft. Stuttgart: Verlag W. Kohlhammer.

Englert, Birgit/ Grau, Ingeborg/ Komlosy, Andrea (2006): Globale Ungleichheit in historischer Perspektive. In: ders.: Nord-Süd-Beziehungen. Kolonialismen und Ansätze ihrer Überwindung. Wien: Mandelbaum Verlag, S. 13-28.

Elsenhans, Hartmut (2012): Kapitalismus global. Aufstieg – Grenzen – Risiken. Stuttgart: Verlag W. Kohlhammer.

Erklärung von Bern (Hg.) (2011): Rohstoff. Das gefährlichste Geschäft der Schweiz. Zürich: Salis Verlag, 1. Auflage.

Europäische Kommission (2008): Die Rohstoffinitiative – Sicherung der Versorgung Europas mit den für Wachstum und Beschäftigung notwendigen Gütern. Brüssel: Europäische Kommission.

Exner, Andreas/ Lauk, Christian/ Kulterer, Konstantin (2008): Die Grenzen des Kapitalismus. Wie wir am Wachstum scheitern. Wien: Ueberreuter Verlag.

Fiechtner, Manuel/ Förster, Katharina/Franke, Johanna/ Frei, Désirée/ Gärtner, Philipp/ Hössel, Philipp/ Kläring, Julia/ Kniesburgs, Alissa/ Köster, Sophie/ Milde, Sarah-Fee/ Naeth, Alexander/ Neumann, Sebastian/ Richter, Leonie/ Riebelmann, Greta/ Stürmer, Adina/ Troes, Melanie/ Vanck, Annika/ Weis, Andreas (2013): Zeitgerechte Stadt. Masterprojekt. Berlin: TU - Institut für Stadt- und Regionalplanung.

Frank, Andre Gunder (1969): Die Entwicklung der Unterentwicklung. In: Fischer, Karin/ Hödl, Gerald/ Sievers, Wiebke (Hg.) (2010): Klassiker der Entwicklungstheorie. Von Modernisierung bis Post-Development. Wien: Mandelbaum Verlag, 2. Auflage, 147-167.

Füssel, Kuno (1986): Einleitung zur deutschen Ausgabe. In: Mariátegui, José C. (1986): Sieben Versuche der peruanischen Wirklichkeit zu verstehen. Berlin: Argument Verlag.

Goldberg, Jörg (2007): Afrika im Weltkapitalismus. Überleben im Goldland. München: Institut für Sozial-Ökologische Wirtschaftsordnung e.V., isw-Report 72, Dezember 2007.

Helfrich, Silke (2009): Einleitung. In: ders.: Wem gehört die Welt? Zur Wiederentdeckung der Gemeingüter. München: oekom und Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung, S. 11-23.

Heydenreich, Cornelia (2009): Die Folgen des IT-Booms für Entwicklungsländer. Echte Kreislaufwirtschaft sieht anders aus. In: Politische Ökologie: Ressourcen. Kampf um knappe Schätze. Reihenband 115-116, Juni 2009, München: oekom Verlag, 30-32.

Horn, Christoph (2012): Wem gehören die Ressourcen dieser Erde? Wem steht welcher Anteil an den Kooperationserträgen zu? In: Reder, Michael/ Pfeifer, Hanna (Hg.) (2012): Kampf um Ressourcen. Weltordnung zwischen Konkurrenz und Kooperation. Stuttgart: Kohlhammer Verlag, 123-137.

Hüther Michael (2006): Klassiker der Ökonomie. Von Adam Smith bis Amartya Sen. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, Band 611.

Kappel, Robert (1999): Die anhaltende Unterentwicklung Afrikas. In: Internationale Politik und Gesellschaft, IPG 01/1999, S. 39-56.

Köhler Gernot/ Tausch, Arno (2002): Keynesianism: Unequal Exchange and Global Exploitation. New York: Nova Science Publishers.

Kronenberg, Tobias (2004): The curse of natural resources in the transition economies. In: Economics of Transition, Volume 12 (3) 2004, S. 399-426.

Lewis, William Arthur (1956): Die Theorie des wirtschaftlichen Wachstums. Zürich: Polygraphischer Verlag.

Mariátegui, José C. (1986): Sieben Versucher der peruanischen Wirklichkeit zu verstehen. Berlin: Argument Verlag.

Mariátegui, José C./ v. Oertzen, Eleonore (1986): Revolution und peruanische Wirklichkeit - ausgewählte politische Schriften. Frankfurt am Main : ISP-Verlag.

Möllers, Hein (2011): Her mit dem Stoff! Die Rohstoffpolitik der EU bedroht die Entwicklung in Afrika. In: Afrika Süd, Nr. 1, Januar/Februar 2011, 35-37.

Müller, Helmut L. (2011): Afrika. Der geplünderte Kontinent. Wien: Verlag Kremayr & Scheriau.

Müller- Kraenner (2009): Globale Versorgungssicherheit. Pokern um Energie und Macht. In: Politische Ökologie: Ressourcen. Kampf um knappe Schätze. Reihenband 115-116, Juni 2009, München: oekom Verlag, 18-21.

Neuhäuser, Christian (2013): Amartya Sen zur Einführung. Hamburg: Junius Verlag.

OECD - Organisation for Economic Co-operation and Development (2008): Natural resources and pro-poor growth: the economics and politics. Paris: OECD. DAC Guidelines and Reference Series.

Nohlan, Dieter/ Schultze, Rainer-Olaf (Hg.) (2005): Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien, Methoden, Begriffe. München: C.H.Beck Verlag, 3. Auflage, Band1 und Band 2.

Nolte, Paul (2005): Soziale Gerechtigkeit in neuen Spannungslinien. In: us Politik und Zeitgeschichte: Ungleichheit – Ungerechtigkeit. ApuZ Nr. 37/2005, September 2005, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 16-23.

Nuscheler, Franz (2006): Entwicklungspolitik. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Rawls, John (2003): Eine Theorie der Gerechtigkeit. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Rötters, Sebastian (2009): Soziale und ökologische Folgen der Rohstoffgewinnung. Des einen Freud, des anderen Leid. In: Politische Ökologie: Ressourcen. Kampf um knappe Schätze. Reihenband 115-116, Juni 2009, München: oekom Verlag, 22-24.

Schuldt, Jürgen/Acosta, Alberto (2006): Ölrenten und Unterentwicklung: ein unaflösbarer Zusammenhang? In: Internationale Politik und Gesellschaft, IPG 04/2006, S. 63-79.

Seifert, Thomas/ Werner, Klaus (2005): Schwarzbuch Öl. Eine Geschichte von Gier, Krieg, Macht und Geld. Wien: Deuticke Verlag.

Seers, Dudley (1974): Was heißt „Entwicklung“? In: Senghaas, Dieter (Hg.) (1974): Peripherer Kapitalismus: Analysen über Abhängigkeit und Unterentwicklung. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1. Auflage.

Sen Amartya Kumar (1975): Ökonomische Ungleichheit. Frankfurt am Main: Campus Verlag.

Sen, Amartya Kumar (1984): Resources, values and development. Cambridge, Mass. [u.a.]: Harvard Univ. Press.

Sen, Amartya Kumar (1999): Entwicklung der Freiheit. In: Fischer, Karin/ Hödl, Gerald/ Sievers, Wiebke (Hg.) (2010): Klassiker der Entwicklungstheorie. Von Modernisierung bis Post-Development. Wien: Mandelbaum Verlag, 2. Auflage, 281-291.

Sen, Amartya Kumar (2002): Ökonomie für den Menschen: Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft. München: Deutscher Taschenbuch Verlag.

Sen, Amartya Kumar (2010): Die Idee der Gerechtigkeit. München: Beck.

Senghaas, Dieter (Hg.) (1974): Peripherer Kapitalismus: Analysen über Abhängigkeit und Unterentwicklung. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1. Auflage.

Tausch, Arno (1979): Armut und Abhängigkeit. Politik und Ökonomie im peripheren Kapitalismus. Wien: Wilhem Braumüller Univ. Verlag. Studien zu österreichischen und internationalen Politik, Band 2.

Tausch, Arno/ Herrmann, Peter (2001): Globalization and European integration. Huntington, New York: Nova Science Publ.

Tetzlaff, Rainer (2008): Afrika in der Globalisierungsfalle. Wiesbaden: VS Verlag.

Tetzlaff, Rainer/ Jakobeit, Cord (2005): Das nachkoloniale Afrika. Politik – Wirtschaft – Gesellschaft. Wiesbaden: VS Verlag, 1. Auflage.

The World Bank (2006): Where ist the Wealth of Nations? Measuring Capital fort he 21st Century. Washington : The World Bank.

Töbke Gonçalves, Bianca (2005): Entwicklungstheorie. Von der Modernisierung zum Antimodernismus. Münster: LIT Verlag.

Uekötter, Frank (2009): Die Geschichte der Ressourcennutzung. Vom Raffen und Rauben. In: Politische Ökologie: Ressourcen. Kampf um knappe Schätze. Reihenband 115-116, Juni 2009, München: oekom Verlag, 14-17.

Unmüßig, Barbara (2007): Kampf um Rohstoffe. Das Great Game des 21. Jahrhunderts. In: Forum Umwelt und Entwicklung, Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung, Rundbrief 4/2007, S. 3-4.

Wagner, Jürgen (2007): Das neue Objekt der Begierde: Afrikanische Ölkriege und die Rolle des Westens. In: Zeitschrift Marxistische Erinnerung, Nr. 71, Frankfurt am Main - siehe auch <http://www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de/article/646.das-neue-objekt-der-begierde-afrikanische-oelkriege-und-die-rolle-des-westens.html> [Zugriff: 22.12.2013]

Internetquellen:

Bardt, Hubertus (2005): Rohstoffreichtum – Fluch oder Segen?. In: IW-Trends; Köln: IW Medien Nr. 1, 02/2005. <http://www.iwkoeln.de/de/studien/iw-trends/beitrag/53806> [Zugriff: 04.01.2014]

BGR - Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (2013): Energiestudie 2013. Reserven, Ressourcen und Verfügbarkeit von Energierohstoffen. http://www.bgr.bund.de/DE/Themen/Energie/Produkte/energiestudie2013_Zusammenfassung.html [Zugriff: 22.12. 2013]

Bundeszentrale für politische Bildung (o.J.): Terms of Trade. <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/18331/terms-of-trade> [Zugriff: 26.12.2013]

CESifo GmbH – Münchener Gesellschaft zur Förderung der Wirtschaftswissenschaft: Perpetual-Inventory-Methode. <http://www.cesifo-group.de/de/ifoHome/facts/Glossar/01-Wachstum-und-Konjunktur/Perpetual-Inventory-Methode.html> [Zugriff: 03.01.2014]

Czogalla, Jürgen (2010): Amartya Sen: Die Idee der Gerechtigkeit. <http://philosophisch-ethische-rezensionen.de/rezension/Sen1.html> [Zugriff: 25.12.2013]

Glück, Oliver (2013): Kapitalwertmethode. <http://www.welt-der-bwl.de/Kapitalwertmethode> [Zugriff: 03.01.2014]

Kaller-Dietrich, Martina/ Mayer, David (2012): Andre Gunder Frank – die radikal-politische Strömung der Dependencia. <http://www.lateinamerika-studien.at/content/geschichtepolitik/geschichte/geschichte-175.html> [Zugriff: 18.12.2013]

Kappel, Robert (2005). Wirtschaftsreformen und Armutsbekämpfung in Afrika. APuZ, 17-25. <http://www.bpb.de/apuz/29269/wirtschaftsreformen-und-armutsbekaempfung-in-afrika?p=all> [27.12.2013]

Kappel, Robert (2010): Nigeria: die Instabilität wächst. In: German Institute of Global and Area Studies - GIGA Focus Afrika, Nr. 2, 2010. www.giga-hamburg.de/de/system/files/publications/gf_afrika_1002.pdf [Zugriff: 27.12.2013]

IMF- International Monetary Fund: World Economic Outlook Database October 2013. <http://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2013/02/weodata/index.aspx> [Zugriff: 20.12.2013]

Pagina-Libre (2002): Stellungnahme zu dem Artikel "José Carlos Mariátegui und kulturelle Fragen der peruanischen Revolution". In: Peru Kämpft Nr. 11, Juni 2002. <http://www.pagina-libre.org/PK/PK11/Mariategui.html> [Zugriff: 26.12.2013]

Schroth, Jörg (o.J.): Überblick über Rawls' Theorie der Gerechtigkeit. <http://www.ethikseite.de/rawls-overview.html> [Zugriff: 18.12.2013]

Sinexx. (2001). Aus reich mach arm. Wie der Krieg um Rohstoffe Potentiale ruiniert. <http://www.scinexx.de/dossier-detail-225-7.html> [Zugriff 27.12.2013]

SWR 2 –Südwestrundfunk 2 (2010): Amartya Sen: Die Idee der Gerechtigkeit. <http://www.swr.de/swr2/literatur/buch-der-woche/-/id=8316184/nid=8316184/did=7080448/tw8vs7/> [Zugriff: 25.12.2013]

The World Bank: All Indicators. <http://data.worldbank.org/indicator/all?display=graph>
[Zugriff: 28.12.2013]

UNCTAD – United Nations Conference on Trade and Development: UNCTAD Statistics. <http://unctad.org/en/Pages/Statistics.aspx> [Zugriff: 28.12.2013]

WTO – World Trade Organization: Databases, publications and tools. http://www.wto.org/english/res_e/statistics_e/data_publications_e.htm [Zugriff: 22. 12. 2013]

WTO –World Trade Organisation (2013a): International Trade Statistics 2013. www.wto.org/statistics [Zugriff 28.12.2013]

WTO –World Trade Organisation (2013b): World and Regional Export Profiles 2012 http://www.wto.org/english/res_e/statistics_e/world_region_export_profiles_2012_e.pdf [Zugriff: 28.12.2013]

10 ANHANG

10.1 Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Gesamtreichtum, 2000 – in \$ pro Kopf und Prozent	59
Tabelle 2: Natürliches Kapital, 2000 – in \$ pro Kopf	59
Tabelle 3: Gesamtreichtum: die zehn reichsten Länder, 2000	61
Tabelle 4: Gesamtreichtum: die zehn ärmsten Länder, 2000	62
Tabelle 5: Bruttoinlandsprodukt basierend auf den Kaufkraftparitäten	86
Tabelle 6: Zufluss von Direktinvestitionen in den Entwicklungsländern	86
Tabelle 7: Anteil am Welthandel	87
Tabelle 8: Investitionen in Prozent des Bruttoinlandsprodukts	87
Tabelle 9: Außenhandel in Prozent des Inlandsprodukts, 2012	88
Tabelle 10: Warenexporte nach Gütergruppen und Regionen in Prozent, 2012	89
Tabelle 11: Weltanteil Afrikas an nicht-erneuerbaren Energiestoffen in Prozent, 2012	91
Tabelle 12: Weltanteile an Vorräten und Förderung der mineralischen Rohstoffe in Prozent, 1994	92

10.2 Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Wirtschaftsverbindungen im peripheren Kapitalismus	25
Abbildung 2: Anteile des Gesamtreichtums in Ländern mit niedrigen Einkommen, 2000	60
Abbildung 3: Anteile des natürlichen Reichtums in Ländern mit niedrigen Einkommen, 2000	60
Abbildung 4: Komponenten von Reichtum	63
Abbildung 5: Zusammensetzung des afrikanischen Exports (2012)	90

10.3 Abstract – *Englisch*

This thesis deals with the question of whether an abundance of raw materials is basically a blessing or a curse. Following a discussion of the theoretical framework, which includes further consideration of general theories of justice and theories of development, it will be attempted to demonstrate the capitalist relations between the North and the South. In addition, it discusses the “*Peruvian Reality*” according to José Carlos Mariátegui. Mariátegui was a Peruvian Marxist who, in the course of his work, “*Seven Interpretative Essays on Peruvian Reality*”, captured the relationship between dependency and exploitation even long before the dependency theory was developed.

The capitalist relations between the North and the South also illustrate, due to their long history, the previously discussed relationship between exploitation and dependency. This becomes particularly obvious in the context of commodities trading. Raw materials have always been exploited, transported, sold and consumed. However, this raises the question of whether being rich in natural resources actually constitutes wealth. Therefore, in one of the next steps, it will be determined based on which criteria wealth can be measured, and which factors are relevant for this determination. Factors such as institutions, politics (including in particular fiscal policy), participation, and of course both existing raw materials themselves and manufactured and intangible goods play a role. Depending on the context, in relation to economics, politics, culture and the environment, wealth can be defined differently. Accordingly, different opportunities arise for countries to develop. Whether raw materials are seen as a blessing or a curse also depends on the degree of dependence. For example, inequality and environmental degradation have a negative impact on a country’s development. Good administration and patriotic political leadership, on the other hand, may be beneficial for a country’s development. This is illustrated in particular by the case studies of Nigeria and Botswana. Botswana is a prime example of how it is possible for a country to develop because of large raw material deposits. Through patriotic policies and an organised administration, and through the reasonable trade in diamonds, Botswana managed to develop into a middle-income country. Nigeria, on the other hand, despite its rich oil fields, remains in a state of poverty. Nigeria has high levels of corruption and mismanagement. Any profits benefit, for the most part, the government and local companies.

Africa is rich in natural resources. Some countries have managed to develop, others have not. It is therefore clear that an abundance of natural resources is not necessarily a curse.

10.4 Abstract – Deutsch

Diese Diplomarbeit befasst sich mit der Frage, ob der Reichtum an Rohstoffen grundsätzlich einen Segen oder einen Fluch darstellt. Nach abstecken des theoretischen Rahmen, welcher die nähere Betrachtung von allgemeinen Gerechtigkeitstheorien und Entwicklungstheorien beinhaltet, wird versucht, die kapitalistischen Verhältnisse zwischen Nord und Süd dazustellen. Zudem findet ein Exkurs in die „*Peruanische Wirklichkeit*“ nach José Carlos Mariátegui statt. Er war ein peruanischer Marxist, der im Zuge seines Werkes „*Sieben Versuche, die peruanische Wirklichkeit zu verstehen*“, schon lange vor der Dependenztheorie Verhältnisse von Abhängigkeit und Ausbeutung erfasste.

Die kapitalistischen Verhältnisse zwischen Nord und Süd verdeutlichen nochmals aufgrund ihrer langen Geschichte, die zuvor besprochenen Ausbeutung- und Abhängigkeitsverhältnisse. Dies wird vor allem im Handel mit Rohstoffen sichtbar. Rohstoffe werden seit jeher ausgebeutet, transportiert, verkauft und verbraucht. Jedoch stellt sich hier die Frage, ob es tatsächlich auch Reichtum ist, wenn man viele Rohstoffe besitzt. Deshalb wird in einem nächsten Schritt erarbeitet, woran Reichtum überhaupt zu messen ist und welche Faktoren dafür eine Rolle spielen. Es spielen Faktoren, wie Institutionen, Politik (darunter vor allem die Fiskalpolitik), Partizipation, und natürlich auch die vorhandenen Rohstoffe selbst sowie produzierte und immaterielle Güter eine Rolle. Je nach Kontext, bezogen auf Wirtschaft, Politik, Kultur und Umwelt kann sich Reichtum unterschiedlich gestalten. Ebenso entstehen für die Länder dadurch unterschiedliche Chancen sich zu entwickeln. Ob Rohstoffe nun einen Segen oder einen Fluch darstellen hängt aber auch von dem Grad der Abhängigkeit ab. Ungleichheiten und Umweltzerstörung wirken sich zum Beispiel negativ auf die Entwicklung eines Landes aus. Obgleich eine gute Verwaltung eine patriotisch politische Führung für die Entwicklung fördernd sein kann. Dies verdeutlichen besonders die beiden Fallbeispiele Nigeria und Botswana. Botswana ist ein Paradebeispiel dafür, wie es möglich ist sich aufgrund großer Rohstoffvorkommen zu entwickeln. Durch eine patriotisch geführte Politik und eine organisierte Verwaltung haben sie es geschafft, durch den vernünftigen Handel mit Diamanten, sich zu einem Land mit mittleren Einkommen zu entwickeln.

Wohingegen Nigeria trotz ihrer reichhaltigen Erdölvorkommen in einem Zustand der Armut verharrt. Hier herrscht ein hohes Maß an Korruption und Misswirtschaft. Die Profite kommen zum größten Teil der Regierung und den dort ansässigen Konzernen zugute.

Afrika ist reich an Rohstoffen, einige Länder haben es geschafft sich zu entwickeln, andere nicht. Man kann also erkennen, dass Rohstoffreichtum nicht per se Fluch bedeutet.

10.5 Lebenslauf

Name	ILLE
Vorname	Carina
Geburtsdatum/ -ort	18.06.1986/ Wien
Staatsbürgerschaft	Österreich
Wohnort	Wien
E-Mail	carina.ille@gmx.at

Ausbildung	seit 2006	Universität Wien, Diplomstudium Internationale Entwicklung
	2005-2006	Universität Wien, Diplomstudium Ernährungswissenschaften – abgebrochen
	2000-2005	Höhere Technische Bundeslehranstalt Wien 22
	1996-2000	Mittelschule Aderklaaerstraße
	1992-1996	Volkschule Lieblgasse